



HESSISCHER LANDTAG

Antwort der Landesregierung

auf die Große Anfrage der Abg. Faeser, Hartmann, Hofmeyer,
Rudolph, Schäfer-Gümbel, Siebel, Waschke (SPD) und Fraktion
betreffend Rechtsextremismus in Hessen

Drucksache 16/5052

Vorbemerkung der Fragesteller:

Die seit Jahren fortdauernden Aktivitäten von Rechtsextremisten und Straftaten mit rechtsextremem, rassistischem und antisemitischem Hintergrund in Hessen machen deutlich, dass die Gefahr von rechts weiter besteht. Auch in Hessen sind - wie auch in anderen Bundesländern - seit Jahrzehnten rechtsextreme Gruppierungen und Bestrebungen zu beobachten. Die Perspektive des öffentlichen Interesses darf nicht auf die rechtsextreme NPD und die ihr nahe stehende studentische Burschenschaft "Dresdensia Rugia" sowie sogenannte freie Kameradschaften ("Freie Nationalisten Rhein-Main", "Berserker Kirtorf", "Schwarze Division Mainz-Wiesbaden") verkürzt werden. Dies wird nach Ansicht der fragstellenden Fraktion dem eigentlichen Ziel, der Verringerung rechtsextremen und neofaschistischen Gedankenguts in der Gesellschaft und der Aktivitäten seiner Anhänger, nicht gerecht. Die Beantwortung der Großen Anfrage soll mit dazu beitragen, dass sich Bürgerinnen und Bürger ein umfassendes Bild über rechtsextremistische Bestrebungen in Hessen machen können. Die Analyse der Situation ist Grundlage für ein wirkungsvolles Handeln gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus und soll Anreiz für jede Demokratin und jeden Demokraten sein, hinzusehen und sich einzumischen. Denn Rechtsextremismus ist bei allem notwendigen Einsatz staatlicher Mittel nachhaltig nur in einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu bekämpfen, in die deutlich für die Grundsätze von Demokratie und Menschenrechte Partei ergriffen wird. Der beste Schutz der Verfassung sind Bürgerinnen und Bürger, die sich diese zu eigen machen, ihre Grundrechte ausüben und alle Angriffe gegen die Menschenwürde zurückweisen.

Das Polizeirecht, das Strafrecht, das Zivilrecht und die Strafverfolgungsbehörden können immer nur das letzte Mittel des Gemeinwesens sein, um gegen rechtsextreme Straftäter vorzugehen. Daneben müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um präventiv zu handeln, um weitere Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund zu verhindern. Neben einer opferbezogenen Prävention sollen auch Fragen nach Möglichkeiten der Veränderung des Bewusstseins bei potenziellen Tätern und vor allem Mitläufern gestellt werden. Im Rahmen der Prävention muss sich das besondere Interesse bei der Eindämmung des Rechtsextremismus aber auch auf die Instrumente der Bildung und Aufklärung von Kindern und Jugendlichen, auf die politische Bildung und die Mittel der Jugendarbeit richten, um demokratische Jugendliche zu stärken. Notwendig bleibt der Blick auf die gesamte Gesellschaft, da ihre Verfasstheit das Verhalten von Jugendlichen erst hervorbringt. Die Eindämmung des Rechtsextremismus durch das Einwirken auf das rechtsextreme Potenzial in der Gesellschaft ist ein wichtiger, aber nicht alleiniger Ansatz einer wirkungsvollen Politik gegen rechts. Darüber hinaus geht es vor allem um eine konsequente Politik gegen die Ausgrenzung und für die Stärkung der Rechte und Chancen von Minderheiten. Nicht zuletzt ist die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ebenso ein Mittel gegen das Vergessen der Untaten und Verbrechen der Vergangenheit wie Mahnung und politischer Auftrag, damit Hass, Ausgrenzung und Gewalt niemals wieder eine politische Chance haben. Rechtsextremistische Strömungen in der Gesellschaft werden nicht nur bei Wahlen, durch Mitgliederzahlen von neofaschistischen und rechtsextremistischen Organisationen und Parteien oder bei Themen wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus Einwanderung etc. sichtbar. Gefahr droht unserer Gesellschaft auch, wenn Politikerinnen und Politiker aus demokratischen Parteien ideologischen Elementen des undemokratischen und menschenverachtenden Gedankenguts bis in die Mitte der Gesellschaft hinein Vorschub leisten. Nach einer repräsentativen Umfrage, die 1998 durchgeführt wurde, haben rund 13 v.H. aller Bundesbürgerinnen und Bundesbürger rechtsextreme Einstellungen. In den letzten Jahren wird immer deutlicher, dass - vor allem über Musik - versucht wird, schon Kinder und Jugendliche für fremdenfeindliche Ideen und undemokratische gesellschaftliche Strukturen zu begeistern. Das Medium Musik hat großen Einfluss gewonnen, sodass besondere Aufmerksamkeit auch auf diese Szene zu richten ist. Darüber hinaus ist erschreckend, wie weit die multimediale Vernetzung der Rechtsextremisten fortgeschritten ist. Neben Fax, Handys oder sogenannten "Nationalen Infotelefonen" sind auch viele Websites (Internetadressen) bekannt geworden, auf

denen rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische und andere neofaschistische Ideologien verbreitet werden. Umfassende Aufklärung über Strategien und Ziele der Rechtsextremisten und deren Organisationsstrukturen sowie die argumentative Auseinandersetzung mit der rechtsextremistischen Ideologie sind gefordert, um den Rechtsextremisten und den Neonazis offensiv entgegenzutreten.

Vorbemerkung der Landesregierung:

Die Bekämpfung von Extremismus und politisch motivierter Gewalt hat bei der Landesregierung einen hohen Stellenwert und wird von ihr als zentrale Aufgabe wahrgenommen.

Polizei und Verfassungsschutz in Hessen setzen klare Schwerpunkte in der frühzeitigen, konsequenten und nachhaltigen Bekämpfung von Rechtsextremismus, die Präventionsbemühungen aller involvierten Ressorts haben dabei eine zentrale Bedeutung.

Die Bekämpfung von Rechtsextremismus mit allen Nuancen des Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit und des Antisemitismus ist zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe geworden, mit der sich neben der Landesregierung die hessischen Sicherheitsbehörden sowie zahlreiche private Initiativen, Vereine, Netzwerke - quer durch alle Bevölkerungsschichten und politischen Parteien - kritisch, engagiert und staatsbewusst auseinandersetzen.

Rassismus, Fremdenhass, menschenverachtende Vorurteile und Gewalt gegen Andersdenkende dürfen in unserem Land keine Chance haben.

1. Lage

1.1 Straftaten/Gewalttaten

In Hessen gibt es im Verhältnis zur Einwohnerzahl die wenigsten rechtsextremen Gewalttaten. In der Gegenüberstellung aller Bundesländer hat Hessen mit 0,41 Gewalttaten aus dem Bereich Rechts je 100.000 Einwohner die geringste Belastung. Während in Hessen die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen gleich geblieben ist, ist im bundesweiten Durchschnitt ein Anstieg um 23,5 v.H. zu verzeichnen.

Für 2005 sind in Hessen 681 Straftaten der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) - rechts - registriert worden, wobei der deliktische Schwerpunkt - wie auch in den vergangenen Jahren - mit insgesamt 402 Fällen bei den Propagandadelikten liegt.

Die Anzahl der Gewalttaten bewegt sich mit 26 Fällen etwa auf dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraums (27 Fälle). Tötungsdelikte/Tötungsversuche mit rechtsextremem, fremdenfeindlichem oder antisemitischem Hintergrund in Hessen wurden in den letzten Jahren nicht bekannt.

Die Ursache des geringen Fallaufkommens in Hessen liegt in konsequent umgesetzten Bekämpfungs- und Vorbeugungsmaßnahmen, die auch dazu geführt haben, dass in Hessen nur wenige Großveranstaltungen der rechten Szene stattgefunden haben, die augenscheinlich von der polizeilichen Strategie - bestehend aus kombinierten präventiven und repressiven Maßnahmen - abgeschreckt worden ist.

1.2 Rechte Organisationen in Hessen

Im Rechtsextremismus setzt sich der Mitgliederrückgang fort. Im Jahr 2004 waren es 3.150, 2005 noch 3.050 Personen. Dies ist jedoch kein Grund, in der Wachsamkeit nachzulassen. Unter anderem, weil innerhalb einzelner Felder des Rechtsextremismus die Mitgliederzahlen gestiegen sind, bei den Neonazis auf 250 (2004: 200) und auch die NPD hat einen Zuwachs auf 350 Personen (2004: 300) verzeichnen können.

Mit den Ergebnissen bei der Bundestagswahl (NPD in Hessen: 1,2 v.H.), REP in Hessen: 0,8 v.H.) haben die Bürgerinnen und Bürger dem Rechtsextremismus eine deutliche Absage erteilt. Auch die Zahlen bei den hessischen Kommunalwahlen 2006 waren deutlich gewesen.

Im Bereich der rechtsextremen Parteien ist derzeit insbesondere bei der NPD eine Annäherung an die Strategie der Bundes - NPD festzustellen, indem ein Schulterchluss mit Neonazis, Skinheads und der "Kameradschaftsszene" erfolgt. Diese Tendenz konnte aufgrund bekannt gewordener NPD-Kandidaturen bei den Kommunalwahlen im März dieses Jahres sowie der Wahl eines führenden Neonazi zum Landesvorsitzenden der NPD-Hessen am 27. Mai 2006 beobachtet werden. Gleichwohl geben die jüngsten Wahlergebnisse zur hessischen Kommunalwahl 2006 der rechtsextremen Parteien NPD (0,4 v.H.) und Republikaner (1,5 v.H.) keine Anzeichen für eine Zunahme.

Ein besonderes Augenmerk gilt der rechtsextremistischen "Kameradschaftsszene". Die Entwicklung innerhalb der - vornehmlich neonazistisch geprägten - Kameradschaftsszene zeichnet sich durch die Verschmelzung von Neonazi- und Skinheadszenen sowie die große Anziehungskraft für junge Szeneinteressierte und - angehörige aus.

Zu beobachten sind eine Zunahme der Vernetzung mit anderen Organisationen und Kameradschaften, um regionale Schranken zu überwinden, sowie die personelle Stabilisierung bestehender und die verstärkte Neugründung vergleichbarer Gruppen. Bei einigen bestehenden Gruppen ist festzustellen, dass ihr Auftreten zunehmend politischer wird (Demonstrationen, Aktionen, Flugblattverteilungen).

Zunehmend wird das äußere Erscheinungsbild allgemein gültigen und gesellschaftlich akzeptierten Standards angepasst. Klar identifizierbares rechtes Auftreten wird weitgehend vermieden, um nicht auf Ablehnung oder aktiven Widerstand des politischen Gegners oder der Bevölkerung zu stoßen.

Das größte Wachstumspotential ist zurzeit im Bereich der Kameradschaftsszene und der "Freien Nationalisten" zu sehen, da diese insbesondere im Bereich der Skinheadszenen und der noch unpolitischen Jugend aktive Nachwuchsgewinnung betreiben.

Die rechtsextremistische Musikszene ist eine zusätzliche Plattform, die zur Nachwuchsgewinnung genutzt wird und mit der finanzielle Ressourcen beschafft werden können. Jugendliche als auch Heranwachsende sind mit dem Medium Musik in Form von Tonträgern als auch Musikkonzerten zunehmend zu beeinflussen.

1.3 Rechte Veranstaltungen

Die Bandbreite der rechtsextremistischen Veranstaltungen in Hessen umfasst das Betreiben von Infoständen, die Durchführung von Saalveranstaltungen, Kameradschaftsabenden, Demonstrationen und Aufzügen sowie die Veranstaltung von Skinheadkonzerten.

Während bundesweit die Zahl der Skinhead-Konzerte sehr stark gestiegen ist (von 137 auf 193) ist die Zahl der Skinhead-Konzerte in Hessen fast gleich geblieben (von 8 auf 9). Gleichwohl ist hier höchste Wachsamkeit geboten, da mit den menschenverachtenden und rassistischen Liedtexten insbesondere junge Menschen in diese extremistische Subkultur gezogen werden.

Diese Aktivitäten werden in Hessen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten konsequent verhindert bzw. unterbunden.

2. Bekämpfungsmaßnahmen

Die geschilderten Bekämpfungsmaßnahmen gegen den Rechtsextremismus sind polizeilich auch bundesweit abgestimmt und in einem umfangreichen Katalog repressiver und präventiver Maßnahmen festgeschrieben worden.

Ab dem Jahr 2001 ging die Anzahl der gemeldeten Straftaten in Hessen erheblich zurück.

Um sich dem Thema "Gewaltprävention" noch intensiver anzunehmen, hat die Landesregierung im Dezember 2002 den Aufbau eines landesweiten "Netzwerkes gegen Gewalt" beschlossen.

Auch unter Berücksichtigung der Ereignisse von Erfurt wurde eine ressortübergreifende Projektgruppe unter gemeinsamer Federführung des Kultus- und Innenministeriums unter Beteiligung der Staatskanzlei sowie des Justiz- und Sozialministeriums mit dem Ziel der Implementierung eines ressortübergreifenden hessenweiten "Netzwerkes gegen Gewalt" eingerichtet.

Ziel der Maßnahmen ist die Kooperation von Schulen, Staatlichen Schulämtern, Jugendämtern, Staatsanwaltschaften und Polizei im Bereich der Gewaltprävention in Zusammenarbeit mit dem Landespräventionsrat.

Diese ist unter Einbindung von Elternvertretungen, Suchtberatung, kommunalen Präventionsgremien und örtlichen Sportvereinen landesweit intensiviert und institutionalisiert worden, um den Gewaltphänomenen unter jungen Menschen entschlossener begegnen zu können.

So wurde zum 1. Juli 2003 ein gemeinsames Kompetenzzentrum "Geschäftsstelle Netzwerk gegen Gewalt" des Kultus- und des Innenressorts im Hessischen Landeskriminalamt eingerichtet. Die Geschäftsstelle ist mit einem Mitarbeiter aus dem Polizeivollzugsdienst sowie einer Mitarbeiterin aus dem Geschäftsbereich des Hessischen Kultusministeriums besetzt, sodass beide Ressorts zu gleichen Teilen die dortigen Aufgaben für das "Netzwerk gegen Gewalt" wahrnehmen.

Eine Zusammenarbeit in dieser Form hatte es bislang noch nicht gegeben. Sie eröffnet für alle Beteiligten die Möglichkeit, schnell und unbürokratisch die Kompetenzen mehrerer Ressorts zu nutzen.

Die Geschäftsstelle ist eine Serviceeinrichtung, deren Kernaufgabe die Information, Beratung und Unterstützung der Netzwerkpartner vor Ort ist.

Sie hat hierzu einen Informationspool¹ über Projekte und Maßnahmen zur Gewaltprävention in Hessen eingerichtet, auf den alle Interessierten zurückgreifen und sich entsprechend beraten lassen können.

Über die Geschäftsstelle werden Erfahrungen aus lokalen Projekten an alle Netzwerkpartner weitergegeben, sodass zum einen von Vorarbeiten anderer profitiert werden kann, zum anderen wird der Informationsaustausch untereinander systematisiert und damit auch erleichtert.

Im Rahmen von jährlich veranstalteten Fachtagungen zu Themen der Gewaltprävention werden konkrete Projekte vorgestellt und der fachliche Austausch zwischen Behörden und Institutionen gefördert und somit die interdisziplinäre Zusammenarbeit gestärkt.

Bundes- und landesweit haben sich neben den kommunalen Präventionsräten und Präventionsforen Initiativen, Vereine, Verbände und Netzwerke dem Kampf gegen Rechtsextremismus verschrieben.

Innerhalb des Landespräventionsrates beschäftigt sich die Geschäftsstelle "Gewalt und Minderheiten" auch mit der Thematik "Hinsehen und Handeln" - Prävention von Rechtsextremismus.

Seitens der Polizei wird gegen die rechte Klientel so früh wie möglich eingeschritten, um deren Aktionen bereits im Vorfeld zu unterbinden. Verantwortliche sollen nach Möglichkeit namhaft gemacht, die rechte Szene - bei Anlegen einer niedrigen Einschreitschwelle sowie Ausübung eines hohen Kontroll- und Aufklärungsdrucks - verunsichert werden.

Insbesondere anlässlich für die rechte Szene relevanter Termine, wie der Geburtstag Hitlers, Veranstaltungen zum 1. Mai, der Todestag von Heß, Heldengedenktag oder Sommer- und Wintersonnenwendfeiern - werden landesweit koordinierte Kontrollen sowie Gefährderansprachen durchgeführt. Darüber hinaus werden Omnibusunternehmen sensibilisiert und zur Verhinderung von geschlossenen Fahrten der rechten Szene die Reisewege polizeilich überwacht.

So ist das hessische Maßnahmenprogramm zur Bekämpfung Politisch motivierter Kriminalität - rechts - eingeführt worden, welches ein umfangreiches Bündel von Bekämpfungsmaßnahmen beinhaltet. Von den Polizeibehörden wurden unter anderem Aufstellungen von Aktivisten der rechten Szene sowie ermittelte Treff- und Brennpunkte zur Intensivierung der Aufklärung und gezielten Überwachung erarbeitet.

Darüber hinaus hatte das HLKA z.B. das "Informationsblatt zur Bekämpfung Politisch motivierter Kriminalität" - rechts - aktuell überarbeitet, das rechtzeitig vor der Fußball - Weltmeisterschaft allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Hessen zur Verfügung gestellt wurde, um den eingesetzten Kräften Handlungssicherheit für diesen Phänomenbereich zu geben.

Die Broschüre wurde in einer Größenordnung von 20.000 Exemplaren gedruckt und auch den Kräften der Bundespolizei zur Verfügung gestellt.

Ursächlich für die rückläufige Tendenz ist auch das von der Hessischen Landesregierung eingerichtete interministerielle Projekt "Ausstiegshilfen Rechtsextremismus in Hessen", das nach erfolgreicher Pilotphase in Hessen dauerhaft als Programm fortgeführt wird.

Die Mitarbeiter der Geschäftsstelle IKARus (Informations- und Kompetenzzentrum des Programms Ausstiegshilfen Rechtsextremismus in Hessen) beim Hessischen Landeskriminalamt haben die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern

- bei den Hessischen Staatsschutzdienststellen,
- bei den Schulen,
- bei der Jugendhilfe und den Sozialämtern und
- bei der Justiz

weiter intensiviert und strukturell gefestigt. Die Kooperationspartner arbeiten in lokalen Netzwerken zusammen, um z.B. an Schulen und Ausbildungsstellen Informationen zum Rechtsextremismus zu geben oder gemeinsam Gegenstrategien bei Aktivitäten der rechten Szene vor Ort zu entwickeln.

Dazu gehören auch öffentliche Diskussionen und Aufklärungskampagnen durch Interessengruppen.

¹ www.netzwerk-gegen-gewalt.de

Die konzeptionelle Arbeit basiert auf vier Säulen:

- Repression,
- Intervention,
- Qualifizierung/Fortbildung/Prävention,
- politischer Diskurs.

Im Rahmen der Repression sollen Straftaten mit polizeilichen Mitteln eingedämmt, aber auch direkte Angebote zur aktiven Ansprache von Ausstiegswilligen angeboten werden.

Bei den intervenierenden Maßnahmen wird im Umfeld von Sympathisanten und Mitläufern Aufklärung betrieben mit dem Ziel der Enttabuisierung des Rechtsextremismus. Der Schwerpunkt liegt dabei in den Schulen.

Qualifizierung kann sinnvoll und zielorientiert nur durch pädagogisches Fachpersonal erfolgen.

Dabei haben Sensibilisierung und Aufklärung über die Ursachen des Rechtsextremismus Priorität.

Der politische Diskurs stellt dabei eine gesamtstaatliche Aufgabe dar. Informationen, Aufklärungen, z.B. in den Vereinen, in politischen Gruppierungen, Eltern- und Bürgerinitiativen stehen auf der Tagesordnung.

Gemeinsam mit den jeweiligen Kooperationspartnern wird eine individuelle, regionale Zusammenarbeit geleistet, dabei werden die örtlichen Polizeidienststellen als fester Bestandteil integriert. Nur so sind flächenspezifische und zielgruppenorientierte Lösungsmöglichkeiten erfolgreich umsetzbar.

Allein im Jahr 2005 fanden 50 Informationsveranstaltungen statt.

Die bisher positive Bilanz des Projektes kann fortgeschrieben werden und stellt sich zum gegenwärtigen Stand wie folgt dar:

- Seit Projektbeginn wurden 115 Sympathisanten innerhalb der rechten Szene direkt angesprochen,
- 38 Personen haben die Hilfen des Programms angenommen,
- 37 Personen haben die Szene verlassen, davon werden noch acht Personen unmittelbar betreut,
- bei einer Person mussten die Hilfemaßnahmen abgebrochen werden.

Bei den Aussteigern, die aus ganz Hessen kommen, handelt es sich um 35 männliche und drei weibliche Personen im Alter zwischen 16 und 23 Jahren. Darunter befinden sich ca. 30 v.H. Schüler. Die Übrigen kommen aus handwerklichen und kaufmännischen Berufen. Von diesen haben ca. 30 v.H. keine Arbeitsstelle.

Derzeit kommen durchschnittlich zwei Personen monatlich als Ausstiegswillige in Betracht, eine Person hat sich unmittelbar aus der Justizvollzugsanstalt mit dem Wunsch zum Ausstieg an die Geschäftsstelle gewandt.

Zur weiteren gezielten Prävention wurde im Frühjahr 2006 mit einer Informationsveranstaltung die Kampagne des Programms der Polizeilichen Vorbeugung "Wölfe im Schafspelz" in Hessen gestartet

Die Informations- und Aufklärungskampagne wurde im Rahmen eines "kleinen Aktionstages" erstmals in den hessischen weiterführenden Schulen umgesetzt. Das Medienpaket "Wölfe im Schafspelz" besteht aus einer DVD und beinhaltet den Spielfilm "Platzangst" und eine Dokumentation zum Thema Rechtsextremismus. Es wurde mit einer Auflage von zunächst 1.200 Stück an den weiterführenden Schulen von den Jugendkoordinatoren, den Jugendsachbearbeitern und den Staatsschutzsachbearbeitern der Flächenpolizeipräsidien verteilt. Zusätzlich zum Kampagnenkonzept wurde ein Kreativwettbewerb ausgeschrieben, bei dem Schüler kurze Videofilme zum Thema Rechtsextremismus drehen können, der im Oktober 2006 bundesweit prämiert werden soll.

Bei der durchgeführten persönlichen Ansprache in den Schulen wurde ergänzend auf das ressortübergreifende Programm "Ausstiegshilfen aus dem Rechtsextremismus in Hessen" hingewiesen. Die eigens dafür eingerichtete Geschäftsstelle IKARus beim HLKA steht als kompetenter Partner für weitere fachkundige Informationen, Informationsveranstaltungen und Hilfeleistungen zur Verfügung.

Der mit dem Kampagnenkonzept einhergehende Schülerwettbewerb wurde auf Veranlassung des HLKA landesweit im Internet (polizei.hessen.de) eingestellt

Das Projekt "Prävention im Team" (PiT-Hessen) wird seit dem 1. Juli 2004 als Modellprojekt des Netzwerks gegen Gewalt der Hessischen Landesregierung in der Stadt Frankfurt am Main sowie in der Stadt und dem Kreis Offenbach an insgesamt 15 Schulen durchgeführt.

PiT-Hessen ist das einzige Gewaltpräventionsprogramm, das neben der Durchführung eines Anti-Gewalt-Trainingsprogramms mit Schülerinnen und Schülern den Ansatz der Teambildung der im schulischen Umfeld für Gewaltprävention Verantwortlichen, Schule, Jugendhilfe und Polizei beinhaltet und damit nachhaltig Einfluss auf die Entwicklung der beteiligten Institutionen nimmt.

Die Wirksamkeit des Programms wurde bereits durch eine Evaluation der Philipps-Universität Marburg bestätigt. Teambildung und Trainingsprogramme beeinflussen die beteiligten Institutionen und setzen einen Diskurs über Gewalt und Gewaltprävention in Gang. Es könne schon jetzt gesagt werden, dass sich das Modellprojekt bewährt hat.

Vor dem Hintergrund dieses Evaluationsergebnisses und auch wegen der Vielzahl von Anfragen aus anderen hessischen Regionen wurde entschieden, dass Projekt ab dem Jahr 2007 allen hessischen Schulen mit der Sekundarstufe I anzubieten.

Das PiT-Projekt verkörpert in besonderer Weise den kooperativen Ansatz mit der präventiven Themenstellung "Gewaltphänomene im Umfeld von Schulen" und unterscheidet sich damit wesentlich von anderen gewaltpräventiven Projekten.

Grundsätzlich kann in Hessen auf die klassischen Instrumente der Präventionsarbeit, der Jugendförderung und der Jugendbildung verwiesen werden, die von den zuständigen Ressorts als auch von der Landeszentrale für politische Bildung in vielfältiger Form angeboten und von der Öffentlichkeit gut angenommen werden.

Hier kann auf eine Vielzahl von Veröffentlichungen und Publikationsverzeichnisse zurückgegriffen werden. Die im Sachzusammenhang durchgeführten Studien wurden sämtlich öffentlich präsentiert. Sie hatten das Ziel, sowohl die Ergebnisse der Studien als auch Informationen und Erkenntnisse zum Thema Jugend und Rechtsextremismus einem breiten Publikum, vor allem Pädagoginnen und Pädagogen sowie Politikerinnen und Politikern zugänglich zu machen, um für den Umgang mit rechtlichen Jugendlichen gerüstet zu sein.

Ein Schwerpunkt der Landeszentrale ist es, im Rahmen der Bildungsangebote auch die Ergebnisse der NS-Forschung zu berücksichtigen und sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dies geschieht mittels Fachvorträgen und Fachtagungen für interessierte Bürgerinnen und Bürger, durch Förderung von Ausstellungen in Städten und Gemeinden des Landes durch Ankauf, Weitergabe und Ausleihe von Publikationen, aber auch durch die Präsentation der hessischen Gedenkstätten sowie anderer Einrichtungen des Gedenkens mit ihrer auf der NS-Forschung basierenden Arbeit auf der Homepage der Landeszentrale für politische Bildung. Der Fokus liegt dabei nicht nur auf dem repressiven Bereich von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, sondern auch auf Präventionsmaßnahmen, unter anderem an den Schulen oder professionellen Ausstiegshilfen.

Sie hatten das Ziel, sowohl die Ergebnisse der Studien als auch Informationen und Erkenntnisse zum Thema Jugend und Rechtsextremismus einem breiten Publikum, vor allem Pädagoginnen und Pädagogen sowie Politikerinnen und Politikern zugänglich zu machen, um für den Umgang mit rechtlichen Jugendlichen gerüstet zu sein.

Im Zuge der Umsetzung wurden auch weitere Beispiel gebende Projekte, Initiativen und Programme aufgeführt. Unter anderen gehört der Einsatz der thematisierten Filmdokumentation "Wir sind da!" über die Geschichte der Juden in Deutschland an bundesdeutsche Schulen zu den Empfehlungen.

Zur Umsetzung wurde seitens der Projektgruppe empfohlen, die Filmdokumentation in den Medienpool der Bundeszentrale für Politische Bildung aufnehmen zu lassen sowie an das Institut für Kino- und Filmkultur e.V. heranzutragen. Zusätzlich wäre der Einsatz der Filmdokumentation für die Erziehungs- und Bildungsarbeit an Schulen zu prüfen.

Seit dem Jahre 2001 wird durch das Innenressort eine Benefizveranstaltung des Vereines "Schule machen ohne Gewalt" (SMOG e.V.) begleitet. Der Verein resultierte aus einem Präventionsprogramm des Polizeipräsidiums Osthessen. 2002 gegründet führte SMOG e.V. bis heute nahezu 2000 altersspezifische Präventionsseminare in Kindergärten, Schulen und Vereinen durch. Mit den Seminaren "Erziehung lernen", "Faustlos", "Nicht mit mir", "Cool sein - cool bleiben", "Streitschlichtung" und dem Projekt "Buslotsen" wird in jeglichen Altersgruppen gegen jede Form von Gewalt präventiv vorgegangen. Diese beinhalten als Teilbereich auch rechtsextremistische Gewalt und fördern bei den Teilnehmern das Verständnis für Migration.

3. Ausblick

Hessen wird den erfolgreich eingeschlagenen Weg bei der Bekämpfung und Verhütung rechtsextremistischer Tendenzen weiter verfolgen, rechten Bestrebungen und Aktivitäten konsequent begegnen und denen, die den Absprung aus der rechten Szene suchen, Hilfestellungen geben.

Es besteht kein Zweifel daran, dass auch weiterhin intensive Aufklärung und konsequentes Vorgehen im Rahmen der zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten erforderlich ist. Die nachfolgend dargestellten Erkenntnisse sind Beleg dafür, wie erfolgreich die Hessische Landesregierung den Weg beschreitet.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantwortet der Minister des Innern und für Sport die Große Anfrage im Namen der Landesregierung wie folgt:

I. Die rechtsextremistische Szene in Hessen

Frage 1.1 Wie viele Personen gehören nach Informationen der Landesregierung in Hessen rechtsextremistischen Organisationen (einschließlich freier Kameradschaften) und Parteien an und wie hoch schätzt die Landesregierung das Potenzial von Anhängern ohne feste Bindungen oder Mitgliedschaft in solchen Organisationen ein, die für rechtsextremistischen Organisationen und Medien ansprechbar sind?

In Hessen gehören dem rechtsextremistischen Spektrum etwa 3.050 Personen an. Davon entfallen auf die rechtsextremistischen Parteien NPD, DVU und Republikaner:

- NPD: rund 350,
- DVU: rund 800,
- REP : rund 800.

Auf gewaltbereite Skinheads entfallen rund 70 Personen, auf Neonazis rund 250 und auf sonstige, nicht zuzuordnende Gruppen 100.

Über das darüber hinaus gehende Potenzial von Anhängern ohne feste Bindung und Mitgliedschaft, die für rechtsextremistische Positionen empfänglich sind, kann keine verlässliche Aussage getroffen werden. Für die rechtsextremistischen Parteien kann als ein Anhaltspunkt die Anzahl an Wählerstimmen bei Parlaments- und Kommunalwahlen herangezogen werden. Hieran zeigt sich, in welchem Umfang Personen über die Mitgliedschaft hinaus mobilisierbar sind. Die Wahlentscheidung für rechtsextremistische Parteien erfolgt allerdings oftmals nicht aus Überzeugung, sondern aus einer Protesthaltung. Aus der Zustimmung bei Wahlen kann daher nicht zwingend auf eine Bereitschaft dieses Wählerpotenzials zu offenem Bekenntnis geschlossen werden. Über das Potenzial von Anhängern der Neonazi- und Skinheadszenen, das über die Zugehörigkeit zu einzelnen Organisationen hinausgeht, können keine verlässlichen Zahlen angegeben werden. Dies liegt bereits daran, dass es formelle Mitgliedschaften in der Regel nicht gibt.

Frage 1.2 Wie viele Personen des rechtsextremistischen Spektrums werden nach Erkenntnissen der Polizei und des Verfassungsschutzes als gewaltbereit eingeschätzt?

Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes sind in Hessen etwa 750 Personen des rechtsextremistischen Spektrums als gewaltbereit einzustufen. Hierbei handelt es sich überwiegend um rechtsextremistisch geprägte Skinheads.

Als Tatverdächtige der Politisch motivierten Kriminalität - rechts - in Hessen sind nach Erkenntnissen des Hessischen Landeskriminalamtes derzeit 49 Personen als gewaltbereit eingestuft.

Frage 1.3 Wie viele Personen - auch Schätzungen - sind unter 25 Jahren, unter 16 Jahre alt im organisierten Rechtsextremismus?

Im organisierten Rechtsextremismus sind derzeit etwa 960 Personen unter 25 Jahren aktiv. Personen unter 16 Jahren werden nicht erfasst.

Frage 1.4 Wie hoch ist der Anteil von Frauen im organisierten Rechtsextremismus?

Im Bereich des organisierten Rechtsextremismus wird die Anzahl der Frauen auf rund 500 geschätzt; bei einer Gesamtzahl des geschätzten Personenpotenzials von rund 3.050 (s. Verfassungsschutzbericht 2005).

Rund die Hälfte dieser Frauen ist der jüngeren Altersklasse unter 35 Jahren zuzurechnen.

Frage 1.5 Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über soziale Herkunft, Schichtung und Ausbildungsniveau der Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen?

Eigene Untersuchungen zu diesem Themenkomplex werden von der Landesregierung nicht durchgeführt. Insoweit wird auf einschlägige wissenschaftliche Untersuchungen verwiesen.

Frage 1.6 Wie groß ist der Anteil von Spätaussiedlern in der rechtsextremistischen Szene und wie begründet sich dies nach Ansicht der Landesregierung?

Hierzu liegen keine konkreten Erkenntnisse vor.

2. Rechtsextremistische Organisationen

Frage 2.1 Welche rechtsextremistischen Organisationen, Parteien und Zusammenschlüsse regionaler Art sind in Hessen derzeit aktiv, insbesondere:
 Deutsche Volksunion (DVU), Die REPUBLIKANER Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), Junge Nationaldemokraten (JN), Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB), Bund freier Bürger, Bürgerbewegung Solidarität (ehemals Europäische Arbeiterpartei), Deutsche Liga für Volk und Heimat, Bündnis für Deutschland (BfD), Gesellschaft für freie Publizistik, Deutsches Kulturwerk, Kampfbund, Deutscher Sozialisten, NSDAP/AO, Kameradschaft Bergstraße, Kameradschaft Westermwald, Motorsportclub 28, Aktionsbündnis Mittelhessen, Schwarze Division, Berserker Kirtorf, Deutsche Sozialisten/Außerparlamentarische Opposition, Freie Nationalisten Rhein-Main, Deutsche Reichspartei, Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene (HNG) ?

Das LfV Hessen berichtet kontinuierlich in den Verfassungsschutzberichten über rechtsextremistische Bestrebungen von Organisationen, Parteien und sonstigen Zusammenschlüssen. Nachfolgend werden in alphabetischer Reihenfolge die derzeit wesentlichen rechtsextremistischen Zusammenschlüsse, die als Beobachtungsobjekt des LfV geführt werden, genannt.

1. Personenzusammenschlüsse

- Ab jetzt...Bündnis für Deutschland Partei für Volksabstimmung und gegen Zuwanderung ins soziale Netz,
- Aktion Freies Deutschland,
- Aktionsbündnis Mittelhessen,
- Aktionsbüro Rhein-Neckar,
- Die Artgemeinschaft - Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.,
- Burschenschaft Dresdensia-Rugia (DR), Gießen,
- Deutsche Bürgerinitiative,
- Deutsche Partei,
- Deutsche Sozialisten/Außerparlamentarische Opposition (DS/APO),
- Deutscher Freundeskreis für europäische, abendländische Kultur und Sprachen,
- Deutsches Kolleg,
- Deutsche Volksunion,
- Freie Nationalisten Rhein-Main/Revolutionärer Block,
- Friedenskomitee/Deutschland-Bewegung,
- Frieden 2000 - Nachrichten für die Deutschland-Bewegung und deutsche Aufbau-Organisation,
- Gesellschaft für Freie Publizistik e.V.,
- Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.,
- Kameradschaft Bergstraße,
- Kameradschaft Berserker Kirtorf,
- Kameradschaft Schwarze Division Germania (Sektion Taunus),
- Kampfbund Deutscher Sozialisten,
- Ku-Klux-Klan-Gruppen in Deutschland,
- Motor Sport Club 28,
- Nationaldemokratische Partei Deutschland,
- Junge Nationaldemokraten,
- Nationale Kameradschaft Frankfurt (in den "Freien Nationalisten Rhein-Main" aufgegangen),
- Nibelungensturm Odenwald (NSO),
- Die Republikaner,
- Republikanische Jugend Hessen,
- Schutzbund für das deutsche Volk e.V.,
- Thule-Seminar e.V.,
- Sturmfront Odenwald (SO).

2. Verlage/Vertriebsdienste, Buchläden und Druckereien

- Klosterhaus Verlag,
- Klosterhaus Versandbuchhandlung.

Frage 2.2 Sind der Landesregierung, dem Verfassungsschutz oder der Polizei weitere in Hessen aktive rechtsextremistische Gruppen oder Organisationen bekannt?
 Wenn ja, welche und wie groß ist die Anzahl der Aktivisten/Mitglieder (bitte einzeln auflisten)?

Siehe Antwort zu Frage 2.1.

Es liegen hier jedoch keine abschließenden Erkenntnisse zu Organisationsstrukturen und personelle Zusammensetzungen bei den aufgelisteten Organisationen/Gruppen vor.

3. Mobilisierungsfähigkeit rechtsextremistischer Gruppierungen

- Frage 3.1 Wie viele Personen werden nach Einschätzung der Landesregierung über die aktiven Mitglieder hinaus zu Veranstaltungen, Konzerten oder Demonstrationen mobilisiert?
- Welche rechtsextremistischen Organisationen aus Hessen nahmen mit wie vielen Personen (auch Schätzungen) an überregionalen Veranstaltungen und Demonstrationen im Bundesgebiet teil (z.B. Rudolf-Heß-Aufmarsch in Wunsiedel, Maidemonstrationen etc.)?
 - Wie viele rechtsextremistische Kundgebungen und Demonstrationen fanden in den letzten zehn Jahren in Hessen statt, mit wie vielen Teilnehmern aus welchen Organisationen und Spektren?
Wer waren die Anmelder?

Die Zahl der aktiven Mitglieder rechtsextremistischer Organisationen ist nicht vollständig bekannt.

So muss zwischen den rechtsextremistischen Parteien (NPD, REP und DVU) und der Neonazi- und Skinheadszone differenziert werden.

Es ist davon auszugehen, dass zu Veranstaltungen, Konzerten und Demonstrationen neben den aktiven Mitgliedern stets auch Sympathisanten aus dem Umfeld teilnehmen, deren Zahl die der aktiven Mitglieder übersteigt. Eine Abgrenzung der aktiven Mitglieder und der darüber hinaus mobilisierten Sympathisanten lässt sich von daher nicht vornehmen. Je nach Veranstaltung variiert die Teilnehmerzahl zwischen 5 und 500 Personen.

Für die Partei Die Republikaner lässt sich die Frage, wie viele Personen über die aktiven Mitglieder hinaus mobilisiert werden können, nur sehr eingeschränkt beantworten. Die Partei hat in den letzten zehn Jahren in Hessen mit Ausnahme von Wahlkampfveranstaltungen keine Konzerte oder Demonstrationen und kaum öffentliche Veranstaltungen durchgeführt.

Eine von der Jugendorganisation der REP veranstaltete Demonstration gegen die sogenannte "Wehrmachtausstellung" fand am 6. Juni 1998 in Kassel statt. Die Mehrzahl der 300 Demonstranten setzte sich aus NPD-Anhängern und Neonazis zusammen.

Die REP beschränken sich zumeist auf (parteinterne) Saalveranstaltungen, Infostände usw. Hieran beteiligen sich naturgemäß überwiegend Parteimitglieder. Gäste und interessierte Besucher sind bei den Veranstaltungen der Partei eher die Ausnahme. Generell lässt sich sagen, dass es den REP kaum gelingt, Personen außerhalb ihrer Mitgliedschaft zu mobilisieren.

Die DVU wirbt für ihre wenigen Veranstaltungen ausschließlich im Mitglieder- und Abonnementkreis. Die Veranstaltungen, ausgenommen die jährliche Mitgliederversammlung in Passau, finden von der Öffentlichkeit weitgehend un bemerkt statt, sodass sich der Teilnehmerkreis auf Mitglieder, deren Angehörige und wenige Gäste beschränkt.

Von der DVU initiierte Demonstrationen oder Konzerte wurden in den letzten Jahren nicht bekannt.

Die NPD ist die einzige rechtsextremistische Organisation, der es in größerem Umfang gelingt, Personen außerhalb ihrer Mitgliedschaft anzusprechen und zu mobilisieren. Dies ist auf ihre seit 1996 aktionistische und stark auf öffentliche Demonstrationen und Kundgebungen setzende Strategie zurückzuführen. So gelang es ihr seit 1997 mehrmals, zu zentralen Kundgebungen und Veranstaltungen mehrere tausend Menschen zu mobilisieren.

In Hessen fanden im Vergleich zu anderen Bundesländern, insbesondere den neuen Bundesländern, jedoch nur relativ wenige von der NPD angemeldete Demonstrationen und Kundgebungen statt.

Auffällig war, dass an fast allen Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen der NPD eine große Zahl von Neonazis und Skinheads teilnahm. Häufig dominierten sie schon rein zahlenmäßig das jeweilige Geschehen. Auch erhielten führende Neonazis auf den von der NPD organisierten Veranstaltungen schon fast regelmäßig Rederecht.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es der NPD in den letzten Jahren zunehmend gelungen ist, über die eigene Mitgliedschaft hinaus zahlreiche Personen zu Demonstrationen, Kundgebungen und Saalveranstaltungen zu mobilisieren. Allerdings relativiert sich dieser scheinbare Erfolg stark, wenn man berücksichtigt, dass von diesen "Mobilisierungserfolgen" fast ausschließlich die Neonazis und Skinheads betroffen sind. Mobilisierungen im Bereich des bürgerlichen Spektrums gelangen nicht.

Die Neonazis beteiligten sich seit der Kooperation zwischen NPD und Neonazis an zahlreichen von der NPD angemeldeten Demonstrationen und Kundgebungen, führten aber ebenso auch eigene Veranstaltungen durch. An diesen Demonstrationen nahmen überwiegend Neonazis und Skinheads, aber auch einige NPD-Mitglieder teil.

Darüber hinaus organisierte die Neonazi-Szene auch in Hessen geschlossene Saalveranstaltungen. Bei den Teilnehmern handelte es sich nahezu ausschließlich um Neonazis, Skinheads und einzelne NPD-Mitglieder. Personen außerhalb des gefestigten rechtsextremistischen Spektrums konnten von der Neonazi-Szene nicht mobilisiert werden.

Ein wichtiger Gradmesser für die Mobilisierbarkeit der rechtsextremistischen Skinhead-Szene sind die Anzahl und die Besucherzahlen bei Konzerten dieser Szene.

An den Skinhead-Konzerten dürften überwiegend rechtsextremistisch orientierte Skinheads und zum erheblich kleineren Teil auch überzeugte Neonazis teilgenommen haben. Letztere nutzen solche Skinhead-Konzerte gerne zur Rekrutierung von Nachwuchs. Es ist allerdings davon auszugehen, dass zu solchen Konzerten auch ein Anteil eher unpolitischer Skins mobilisiert werden kann.

Seitdem die NPD ihren aktionistischen Kurs mit zahlreichen Demonstrationen, Kundgebungen und Saalveranstaltungen eingeschlagen hat, lässt sich mit steigender Tendenz auch eine Mobilisierbarkeit von rechtsextremistisch geprägten Skinheads für solche Veranstaltungen beobachten.

Bei den sonstigen rechtsextremistischen Musikveranstaltungen, wie Balladen- und Liederabende, liegt die Teilnehmerzahl deutlich unter den Besucherzahlen bei Skinhead-Konzerten. Nicht selten werden Liedermacher von rechtsextremistischen Parteien und Organisationen eingeladen, um mit einem musikalischen Rahmenprogramm zusätzliche Teilnehmer für eine politische Veranstaltung zu gewinnen. Unter den Besuchern von Liederabenden sind Skinheads eine Minderheit. Vornehmlich wird ein breiteres rechtsextremistisches Publikum angezogen.

Zu a:

Diese Frage kann nicht abschließend beantwortet werden, da eine Vielzahl von hessischen Rechtsextremisten/rechtsextremistischen Organisationen an Veranstaltungen und Demonstrationen im gesamten Bundesgebiet, vorwiegend an Veranstaltungen zum 1. Mai sowie Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltungen teilgenommen hat, hierzu jedoch keine Erkenntnisse zu Teilnehmermeldungen vorliegen.

Die Zahl der hessischen Teilnehmer variiert je nach Veranstaltung von wenigen Teilnehmern bis zu rund 50 Personen.

Zu b:

In Hessen wurde den Sicherheitsbehörden in den letzten zehn Jahren etwa 200 Veranstaltungen/Kundgebungen von Rechtsextremisten bekannt. Um die weiteren Aktivitäten der Sicherheitsbehörden nicht zu gefährden, können hier nicht alle Veranstaltungen abschließend genannt werden.

Seit 2000 fanden ca. 50 rechtsextremistische Kundgebungen und Demonstrationen in Hessen statt. Die Teilnehmerzahlen schwankten dabei nach polizeilichen Feststellungen zwischen 20 und 1.200 Personen.

Die Anmelder der Kundgebungen und Demonstrationen in Hessen waren neben Privatpersonen und Freien Nationalisten rechtsextremistische Parteien und Organisationen aus Hessen, aber auch aus dem gesamten Bundesgebiet.

Demonstrationen und Kundgebungen in Hessen 1995 bis 2006: Siehe Anlage 1.

Frage 3.2 Welche Rolle spielen die "Nationalen Infotelefone" in Hessen?

"Nationale Infotelefone" sind eines der Kommunikationsmittel der rechtsextremistischen Szene. Hierüber werden Informationen über Veranstaltungen, Aktionen und Organisationen für den Abruf bereitgestellt. Das erste Infotelefon der rechtsextremistischen Szene wurde 1992 in Wiesbaden geschaltet. Dieses und weitere konnten aufgrund von Exekutivmaßnahmen der Sicherheitsbehörden wiederholt stillgelegt werden.

Die Infotelefone haben in den vergangenen Jahren an Bedeutung verloren. Sie wurden und werden zunehmend verdrängt durch die Kommunikationsmittel des Internets, E-Mail, Mobiltelefone und SMS. So gibt es derzeit nur noch eine geringe Anzahl an Infotelefonen. In Hessen ist derzeit nur noch das Infotelefon des Aktionsbündnisses Mittelhessen aktiv.

4. Veränderungen in der Struktur

Frage: Bei welchen Organisationen oder Zusammenschlüssen hat es in den letzten zehn Jahren signifikante Veränderungen im Bezug auf Mitgliederzahl, ansprechbares Potenzial, Altersstruktur oder Radikalisierung oder Veränderung des Feldes der Agitation gegeben?

"Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD)

Am 23. März 1996 wurde Udo Voigt zum Bundesvorsitzenden der NPD gewählt. Mit Amtsbeginn schlug dieser umgehend einen Kurs der Neupositionierung ein. Grundkonsens der NPD ist seitdem das "Drei-Säulen-Konzept" mit den drei Grundsäulen:

- "Kampf um die Köpfe",
- "Kampf um die Straße",
- "Kampf um die Parlamente".

Im September 2004 beschlossen der Bundesvorsitzende der NPD, Udo Voigt, und der Bundesvorsitzende der DVU, Dr. Gerhard Frey, bei Wahlen zunächst nicht mehr gegeneinander anzutreten und fixierten ihr Bündnis, den sogenannten Deutschlandpakt, am 15. Januar 2005 auf einem DVU-Bundesparteitag schriftlich. Darin verpflichteten sich die beiden Parteien, bei den kommenden Wahlen auf Europa-, Bundes-, und Landesebene bis Ende 2009 nicht miteinander zu konkurrieren. Stattdessen wollen die Parteien abwechselnd zu der jeweiligen Wahl antreten und dabei jeweils Kandidaten der anderen Partei auf den eigenen Listen berücksichtigen.

Im Rahmen dieser so genannten "Volksfront" -Strategie intensivierte die NPD ihren "Kampf um die Köpfe und den organisierten Willen". Ziel der Partei ist es, eine "Volksfront von rechts" unter Beteiligung möglichst vieler rechtsextremistischer Kräfte zu schaffen. Im Zuge dessen traten drei führende Neonazis noch im September 2004 der NPD bei.

Insbesondere seit dem Einzug in den sächsischen Landtag versucht die NPD sich als Gravitationszentrum im Rechtsextremismus zu etablieren.

Einen besonderen Schwerpunkt legte die Partei hierbei auf den "Kampf um die Köpfe", also die "Intellektualisierung" von Rechtsextremisten.

Zudem zeichnet sich ab, dass sich die NPD besonders im Wahlkampf auf wirtschafts- und sozialpolitische Themen konzentrieren und revisionistische Themen vermeiden will. Ziel ist es, die Wählerbasis mit einem konservativ-bürgerlichen Auftreten zu erweitern.

Im Wahlkampf hat mittlerweile der Kampf um die Jung- und Erstwähler oberste Priorität.

Dies wird deutlich durch die Presseveröffentlichung der NPD anlässlich der durchgeführten Wahl des neuen Landespartei Vorstandes in Hessen am 27. Mai 2006.

Zitat:

"Zimmermann² stellte den Anwesenden das 4-Säulen-Konzept der Jungen Nationaldemokraten (JN) Hessen vor:

1. Der Kampf um die Dörfer mittels Verteilaktionen, Stützpunktgründungen und Ähnliches,
2. der Kampf um die Schulen, z.B. durch das Stellen von Klassen- und Schulsprechern,
3. die Zusammenarbeit mit den Kameradschaften und
4. die Intellektualisierung der Jugend mittels Schulungslagern und Gründung eines nationalen Bildungswerks."

An Umfragen und früheren Wahlergebnissen, wie der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Februar 2005, ist zu erkennen, dass der Anteil der 18- bis 25-jährigen NPD-Wähler bemerkenswert hoch ist. Meist handelt es sich um männliche Arbeiter und Arbeitslose.

Mit einer eigenen Schulhof-CD versucht die NPD schon bei den Schülern und Berufsschülern anzusetzen.

Auch die Nebenorganisation der NPD, die "Jungen Nationaldemokraten", war im vergangenen Jahr wieder vermehrt aktiv. Die Mitgliederzahl der JN Hessen liegt bei etwa 20 Personen.

Nachdem sich die JN Hessen im Jahre 2003 aufgrund des Rücktritts ihres damaligen Landesvorstands und interner Auseinandersetzungen aufgelöst hatte, kam es im vergangenen Jahr zu neuen Stützpunktgründungen in ganz Hessen, darunter Gießen, Offenbach, Frankfurt am Main, Marburg-Biedenkopf, Main-Kinzig und Lahn-Dill. Bei diesen Neugründungen ist allerdings zu beachten, dass es zumeist an der erforderlichen personellen Mobilisierungsfähigkeit fehlte.

² Simon Zimmermann, Vors. Der Jungen Nationaldemokraten Hessen

So konnten in vielen Fällen ordnungsgemäße Gründungsversammlungen nicht durchgeführt werden.

Andere Parteien

Die rechtsextremistischen Parteien "Die Republikaner" und "Deutsche Volksunion" liegen mit ihren Mitgliederzahlen in Hessen mit jeweils 800 Personen deutlich über denen der NPD. Ihre bundesweite Bedeutung erreicht aber bei weitem nicht die der NPD. Im Sinne der Anfrage haben sich, wie oben hinsichtlich der NPD aufgeführt, bei den anderen rechtsextremistischen Parteien in Hessen keine derart markanten Veränderungen hinsichtlich inhaltlicher Neupositionierung und Agitationsfelder ergeben. Sie spielen im rechtsextremistischen Spektrum nur eine untergeordnete Rolle. Ihr Erscheinungsbild ist von inneren Auseinandersetzungen und Mitgliederschwund (REP und auch "Deutsche Partei", DP) geprägt, speziell in Hessen sind DVU und DP in der öffentlichen Wahrnehmung noch weniger präsent.

Vernetzung in der neonazistischen Szene

Außerhalb der rechtsextremistischen Parteien ist ein zunehmendes Bemühen um Vernetzung einzelner rechtsextremistischer Gruppierungen erkennbar. Dies betrifft vor allem die Neonazi-Szene.

Besonders zutage getreten ist dieses Bemühen um Vernetzung in der südhessischen Neonazi-Szene mit dem Entstehen des "Aktionsbüros Rhein-Neckar". Dieses wird im Wesentlichen von der Kameradschaft Bergstraße initiiert und getragen. Die Kameradschaft Bergstraße trat erstmals im Sommer 2002 in Erscheinung. Zunächst agitierte die Kameradschaft ausschließlich über das Internet und rief auf diesem Wege zur Teilnahme an regionalen und auch bundesweiten Demonstrationen/Veranstaltungen auf. Gegen Ende 2004 wurde die Kameradschaft selbst aktiv. Ihre Mitglieder nahmen an regionalen und überregionalen rechtsextremistischen Demonstrationen teil und organisierten entsprechende Busfahrten. Die Kameradschaft Bergstraße entwickelte sich innerhalb kurzer Zeit zur mitgliederstärksten und aktivsten hessischen Neonazikameradschaft. Ihr wird ein Mitgliederstamm von rund 50 Personen zugerechnet. Das Mobilisierungspotenzial liegt noch einmal um das Doppelte höher. Aus dieser aktiven Kameradschaft wurde maßgebend zusammen mit der Neonazi-Kameradschaft "Nibelungensturm Odenwald" im Dreiländereck Hessen/Baden-Württemberg/Rheinland-Pfalz das überregionale "Aktionsbüro Rhein-Neckar" (Mannheim/Viernheim) aufgebaut. Dem Aktionsbüro Rhein-Neckar gehören rund 70 bis 80 Neonazis an. Auch hier liegt das Mobilisierungspotenzial weitaus höher.

Eine ähnliche Vernetzungsstrategie ist bei den "Freien Nationalisten Rhein-Main" zu erkennen. Auch hier haben sich zuvor eigenständige "Kameradschaften" zu einem überörtlichen Bündnis zusammengeschlossen.

Insgesamt ist in den vergangenen Jahren eine zunehmende Vermischung zwischen Neonazi- und Skinheadszenen zu beobachten.

5. Mandate rechtsextremistischer Parteien

Frage 5.1 Wie viele Mandate in Räten und Bezirksvertretungen der Kommunen haben rechtsextremistische Parteien und Gruppierungen bei den letzten Kommunalwahlen in Hessen errungen?
In welchen Gebietskörperschaften ist dies der Fall?

Anlässlich der Kommunalwahlen in Hessen am 26. März 2006 konnten rechtsextremistische Parteien und rechtsextremistische Wählergruppen folgende Mandate erringen: Siehe Anlage 2.

Frage 5.2 Welche Bedeutung haben nach Erkenntnissen der Landesregierung rechtsradikale/rechtsextreme Parteien oder Einzelpersonen in Kommunalparlamenten für die rechtsextremistische Szene in Hessen?

Die Teilnahme an Wahlen ist für rechtsextremistische Organisationen Teil ihrer politischen Strategie. Dies wird ergänzt durch außerparlamentarische Aktivitäten. Bei der NPD wird dies durch die dreigeteilte Strategie "Kampf um die Parlamente", "Kampf um die Straße", "Kampf um die Köpfe" deutlich.

Das Erringen von Sitzen in Kommunalparlamenten hat für rechtsextremistische Organisationen vornehmlich folgende Bedeutung:

Teilnahme am institutionalisierten Entscheidungsprozess der kommunalen Selbstverwaltung unter Wahrnehmung der mit dem Mandat verbundenen Rechte. In kommunalen Vertretungskörperschaften, in denen der Fraktionsstatus nicht aus eigener Stärke erreicht werden kann (Ein-Mann-Fraktionen) wird oftmals versucht, diesen Fraktionsstatus durch Zusammenschluss mit anderen Mandatsträgern zu erreichen.

Im Zusammenhang mit dem Mandat steht das Erlangen von finanziellen Mitteln, die mit dem Mandat verbunden sind. Neben der personenbezogenen Auf-

wandsentschädigung für die Mandatsausübung ist die darüber hinaus gehende Finanzierung der Arbeit der Fraktionen von Bedeutung. Durch die Vertretung in Kommunalparlamenten erhalten rechtsextremistische Parteien und Organisationen somit öffentliche Mittel für ihre politische Arbeit.

Die Teilnahme an Wahlen ist für rechtsextremistische Organisationen ein Gradmesser hinsichtlich des zu erreichenden Potenzials an Sympathisanten. Auch wenn die Wahlergebnisse in der Regel im unteren Prozentbereich liegen, so zeigen die absoluten Stimmen doch auf, inwieweit es gelingt, Sympathisanten über die eigene Mitgliederzahl hinaus zu gewinnen.

Letztlich ist die Teilnahme rechtsextremistischer Parteien an Wahlen Voraussetzung für den Erhalt des Parteienstatus.

Die Wirkung und Bedeutung rechtsextremistischer Parteien und Einzelpersonen in den Kommunalparlamenten für die rechtsextremistische Szene insgesamt ist ambivalent. Während die Vertretung in Parlamenten für die rechtsextremistischen Parteien sowohl zur Legitimation als Partei, als auch zur institutionellen und finanziellen Unterstützung der politischen Arbeit insgesamt dient, ist deren Ausstrahlung auf die Neonaziszene und die Skinheadszone eher marginal. Sowohl für Neonazis als auch für Skinheads stehen staatliche und kommunale Vertretungskörperschaften nicht im Fokus des Interesses, werden vielmehr prinzipiell abgelehnt. Dementsprechend resultiert aus der Vertretung rechtsextremistischer Organisationen in Kommunalparlamenten kein bedeutsamer motivationsleitender Antrieb. Dies schließt nicht aus, dass Personen insbesondere der Neonaziszene zugleich Mitglieder rechtsextremistischer Parteien sind und auch auf Kandidatenlisten zur Kommunalwahl vertreten sind.

6. Parteifinanzen

Frage 6.1 Wie hoch ist das Parteivermögen rechtsextremistischer Parteien in Hessen?

Die Angaben zum Parteivermögen rechtsextremistischer Parteien sind den gegenüber dem Bundestagspräsidenten zu leistenden Rechenschaftsberichten der Parteien entnommen. Die aktuelle Veröffentlichung des Bundestagspräsidenten (Bundestags-Drucks. 15/5551) bezieht sich auf das Jahr 2003.

In den folgenden Aufstellungen sind die wesentlichen Daten zum Vermögen und den Einnahmen der rechtsextremistischen Parteien enthalten. Weitere Angaben können der genannten Bundestags-Drucksache entnommen werden.

Die Republikaner (REP)

Nach dem Rechenschaftsbericht für das Kalenderjahr 2003 betrug das Parteivermögen des Bundesverbandes, der Landesverbände und der nachgeordneten Gebietsverbände 2.172.787,90 €.

Das Parteivermögen des Landesverbandes Hessen und der nachgeordneten Gebietsverbände betrug 116.687,50 €.

Einnahmen des Landesverbandes Hessen und der nachgeordneten Gebietsverbände 2003:

Mitgliedsbeiträge	37.945,46 €
Spenden	125.891,62 €
Einnahmen aus sonst. Vermögen	279,51 €
E. aus Veranstalt., Druckschriften	940,00 €
E. aus staatlichen Mitteln	17.281,50 €
Sonstige Einnahmen	2.245,50 €
Zuschüsse von Gliederungen	31.788,55 €
Gesamt	216.372,14 €

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Nach dem Rechenschaftsbericht für das Kalenderjahr 2003 betrug das Parteivermögen des Bundesverbandes, der Landesverbände und der nachgeordneten Gebietsverbände 528.035,82 €.

Das Parteivermögen des Landesverbandes Hessen und der nachgeordneten Gebietsverbände betrug 41.814,04 €.

Einnahmen des Landesverbandes Hessen und der nachgeordneten Gebietsverbände 2003:

Mitgliedsbeiträge	10.767,83 €
Spenden	30.611,80 €
Einnahmen aus sonst. Vermögen	7,73 €
E. aus Veranstalt., Druckschriften	889,55 €
E. aus staatlichen Mitteln	0,00 €
Sonstige Einnahmen	19,97 €
Zuschüsse von Gliederungen	128,82 €
Gesamt	42.425,70 €

Deutsche Volksunion (DVU)

Nach dem Rechenschaftsbericht für das Kalenderjahr 2003 betrug das Parteivermögen des Bundesverbandes, der Landesverbände und der nachgeordneten Gebietsverbände minus 2.075.055,69 €.

Das Parteivermögen des Landesverbandes Hessen betrug 143,79 €.

Einnahmen des Landesverbandes Hessen 2003:

Mitgliedsbeiträge	0,00 €
Spenden	1.113,06 €
Zuschüsse von Gliederungen	225,25 €
Gesamt	1.338,31 €

Frage 6.2 Wie hoch sind die Einnahmen und wie setzen sich diese zusammen?

Siehe Antwort zu Frage 6.1

7. Neue Medien

Frage 7.1 Welche Rolle spielt das Internet bei der Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts in Hessen?

In Hessen gelten hinsichtlich des Internets keine Besonderheiten gegenüber anderen Ländern der Bundesrepublik.

Nach jüngsten Erhebungen³ sollen in Deutschland derzeit ca. 37,5 Mio. Menschen zumindest gelegentlich einen Online-Zugang nutzen. Die größte Zuwachsrate liegt dabei bei den 14- bis 19-Jährigen. Dies verdeutlicht, dass vor allem junge Menschen großes Interesse am Internet zeigen.

Auch wenn der Anteil strafrechtlich relevanter Nutzungen im Vergleich zur Gesamtmenge der übertragenen Daten prozentual gesehen gering ist, werden die Informations- und Kommunikationstechnologien zunehmend auch von Straftätern/Aktivisten im rechtsextremistischen Bereich als leistungsfähiges Medium erkannt und für ihre Zwecke genutzt.

Das Internet bietet die Möglichkeit, Inhalte gleich welcher Art praktisch zeitgleich zu verbreiten. Es wird kein aufwendiges Vertriebsnetz benötigt und jede Aktualisierung oder Änderung der erstellten Inhalte ist verzögerungslos abrufbar. Bei der Verbreitung handelt es sich neben der Nutzung als Infoportal für Rechtsextremisten unter anderem auch um die "klassischen" rechtsextremistischen Delikte: Verwendung von Hakenkreuzen, SS-Runen und antisemitischer/rassistischer Propaganda oder von entsprechenden Tondateien.

Ein Hauptgrund für die hohe Attraktivität des Internets als Plattform liegt auch in der durch die internationale Struktur des Internets weitgehenden Umgehung der Risiken einer deutschen Strafverfolgung. So werden Inhalte, die in Deutschland strafbar sind, anonym über Provider solcher Länder ins Netz gestellt, in denen rechtsextremistische Agitation und Volksverhetzung zur freien Meinungsäußerung zählen. Ebenso erfolgen auf Weise Verkaufsangebote von NS-Propaganda und Devotionalien aus der Zeit des Naziregimes. Die Zahl der rechtsextremistischen Homepages wird bundesweit auf 950 bis 1.000 Seiten geschätzt. In Hessen sind derzeit ca. 50 Seiten bekannt.

Es ist keine Seltenheit, dass bereits Jugendliche technisch aufwendige und ausgefeilte Homepages erstellen. Hierbei hilft ihnen das stetig verbesserte und kostenlos nutzbare Angebot der Provider zu Fertigung solcher Seiten. Oftmals erfolgt bei Anmeldung einer eigenen Homepage keine detaillierte Überprüfung der Anmeldeunterlagen, eine E-Mail Adresse genügt in der Regel.

Durch die intensive Internet-Überwachung und die konsequente Weiterleitung dieser Seiten an die Strafverfolgungsbehörden kann die Anzahl dieser Seiten jedoch noch begrenzt werden.

Schwerpunktmäßig findet der Austausch an Informationen der Szene in Foren statt. Hier erfolgt ein reger Meinungsaustausch. Es werden Informationen über Termine und Veranstaltungen, Konzertberichte, Berichte über Aktionen, Mitfahrgelegenheiten zu Veranstaltungen sowie Hinweise auf verschiedene andere Netzseiten verbreitet. Die Mitglieder dieser Foren machen hier kostenlos Werbung für ihre eigene Netzseite und suchen Partner oder Kameraden in ihrem Wohnumfeld. In diesen Foren werden in der Regel auch Ansprache-Versuche der Behörden verbreitet und die "Kameraden" gewarnt.

Die vermeintliche Anonymität des Internet lässt den Austausch dieser Informationen stetig anwachsen. Hieran ändern auch die zunehmenden Hackerangriffe der linksextremistischen "Antifa" auf rechtsextremistische Verlage und Home-

³ ARD/ZDF - Studie zur Online-Nutzung des Internets 2005. Das entspricht 57,9 v.H. der Bevölkerung in Deutschland ab 14 Jahren. Im Jahr 2010 wird mit einer Nutzung von 70 bis 75 Mio. Menschen ab 14 Jahre gerechnet.

pages zunächst nichts. Bemerkenswert ist, dass in den Foren nur eine geringe Resonanz auf solche Hackerangriffe erkennbar ist, selbst wenn die gesamten Besteller-Daten im Internet veröffentlicht wurden.

Es kann jedoch festgestellt werden, dass vermehrt der öffentliche Zugang zu Internet-Seiten geschlossen wird, sodass der Zugriff nur noch registrierten Nutzern möglich ist.

Neben den zahlreichen privaten Klein-Homepages sind die rechtsextremistischen Parteien mit großen Online-Angeboten im Internet vertreten. Hier werden Propaganda-Materialien zum Download (Herunterladen) vorgehalten, Termine zu Veranstaltungen eingestellt, Parteiprogramme und Statements veröffentlicht. Verlinkungen zu den Landes-, Kreis- und Ortsebenen vervollständigen das Angebot der Parteien. Einzelne Seiten werden nur vor Wahlen aktiviert und danach wieder vom Netz genommen.

Abschließend kann gesagt werden, dass das Internet die Hauptstütze für die Kommunikation und die Organisation der rechtsextremistischen Szene ist. Infotelefone spielen, wie bereits angemerkt, soweit noch aktiv, inzwischen eine untergeordnete Rolle und dienen hauptsächlich zur schnellen Informationsbeschaffung über Termine und Informationen zu Veranstaltungen.

Frage 7.2 Welche hessischen rechtsextremistischen Zusammenschlüsse, Online-Versandhäuser, Verlage, Musikgruppen und ähnliche Anbieter unterhalten nach Erkenntnissen der Landesregierung eigene Homepages?
Gibt es Erkenntnisse über die Zahl der Nutzer dieser Seiten?

Neben den rechtsextremistischen Parteien wie NPD und REP sind auch zahlreiche hessische Kameradschaften und Einzelpersonen mit Web-Seiten im Internet präsent. Diese sind zum Teil über ausländische Provider eingestellt.

Durch die direkte Weitergabe solcher Internet-Seiten an die Strafverfolgungsbehörden entsteht eine hohe Fluktuation, da in der Regel solche Seiten direkt nach bekannt werden aufgrund des Verfolgungsdrucks gelöscht werden. Dies verhindert jedoch nicht, dass derselbe Personenkreis innerhalb kürzester Zeit erneut eine Seite im Netz erstellt, wenn auch unter anderem Namen.

Zurzeit sind unter anderem folgende Homepages in Hessen aktiv:

Kameradschaften:

Kameradschaft Schwalm:	Selten aktualisierte Plattform für Termine Berichte und Verweise.
Kameradschaft Bergstraße:	Neonazistischer Kameradschaftskreis.
Nibelungensturm Odenwald:	Neonazistischer Kameradschaftskreis mit geschlossenem Forum.
Kameradschaft Germania Rheingau:	Neonazistischer Kameradschaftskreis.
Kameradschaft Hessen:	Private Homepage einer 16-jährigen Einzelperson.
Kevin Russel:	Die Seite soll für "alle Rechten aus Hessen" stehen und sich gegen das Übermaß an Ausländern richten.
Kameradschaft Kurpfalz:	Kameradschaftskreis aus Hessen/Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Postfachadresse ist in Hessen, Domain-Inhaber in Mannheim.
Heimatklan-Dill:	Kameradschaftsgruppe - loser Personenzusammenschluss. Verurteilt die Diffamierung der Wehrmacht, auszugsweise Veröffentlichung eines Liedtextes von Hauptkampf Linie (HKL).
Aktionsbüro Mittelhessen:	Personenzusammenschluss aus dem Raum Marburg, die Seite ist Manuel Mann zuzuordnen.
Skinheads Nordhessen:	Zusammenschluss angeblich unpolitischer Skinheads aus dem Raum Kassel. Angegliedertes Forum nicht ohne Registrierung lesbar!

Kameradschaft Skulls-Hessen: Im Mai 2006 gegründete Skinhead-Gruppe aus dem Raum Kirchhain/Homberg, die den Sinn ihrer Existenz darin sieht, "im Kampf gegen ihre Feinde Seite an Seite zu stehen". Verlinkungen zu anderen rechtsextremistischen Seiten.

Nationale Kameradschaft Sturmfront Odenwald: Lockerer Personenzusammenschluss. Kameradschaft aus dem Bereich Odenwald. Verweise u.a. zur Kameradschaft Bergstraße.

Politische Parteien/Bürgerbündnisse:

Gruppe freier Deutscher-Freideutsch: Personenzusammenschluss zur Kommunalwahl im Landkreis Hersfeld-Rotenburg aus Anlass der Kommunalwahl 2006.

NPD - LV Hessen

NPD - Frankfurt

NPD - Lahn-Dill

NPD - Main-Kinzig

NPD - Main Taunus

NPD - Marburg-Biedenkopf

NPD - Wetterau

Pro-Schwalm-Eder:

Bürgerbündnis zur Kreistagswahl 2006.

REP - Landesverband Hessen

REP - Frankfurt

REP - Kassel - und REP Jugend

REP - Hersfeld-Rotenburg

REP - Schwalm Eder

REP - Kostheim

REP - Wiesbaden

REP - Offenbach

REP - Groß -Gerau

REP - Bad Homburg

REP - Limburg-Weilburg

REP - Hanau

REP - Main-Kinzig

REP - Main Taunus

Versandhäuser:

Commando Industries: Versandhaus von Werner KAHL, 34298 Helsa Szeneoutfits - Military Kleidung.

Football Fanworld: Versandhaus für Szeneoutfit, Fans, Ultras, Hessen Groundhopper und "Freunde der 3. Halbzeit".

White Noise Records: Musik; Versand eigener Produktionen.

Blitzversand

Sleipnir-Shop

Excesor Christianorum Records

Footballfanworld

Warfront Produktions

Undercover Records

Hatecoretk

Pitbull Germany

Bands:

Faust: Hessische Band.

Royal Hatred: Schwalmstadt, hessische, nicht aktive Band.

Foren:

Hatecoretk-Forum: Hatecore Forum. Zugang nur für registrierte Mitglieder.

Sonstige:

Bürgerinitiative für Rheinhessen: Zusammenschluss einzelner Personen. Versteht sich als Informationsschnittstelle für Personen, die den Heimatschutz als höchste sittliche Pflicht propagieren.

Freiheitliche heimat treue Initiative:	Homepage mit angeschlossenem Forum, Initiative: Themen u.a. Multikulti, REP, NPD; Zuwanderung und Überfremdung.
Nationale Jugend Hessen:	Die Seite besteht aus diversen Abhandlungen der nordischen Mythologie, fordert "Freiheit für Lunikoff" Hauptbestandteil ist jedoch das Forum, in dem auch Hörproben im MP3 Format unter anderem von "Division Wiking", Foierstoss" oder "Kraftschlag" eingestellt sind.
White Lady:	Private Homepage einer einzelnen Person. Bezeichnet sich selber als national denkend. Verlinkungen zu einschlägigen rechtsextremistischen Seiten.
Schutzbund für das "Deutsche Volk":	Der Schutzbund tritt für die Erhaltung des Deutschen Volkes, der Heimat und seiner Kultur ein. Länderübergreifend. Postfachadresse in Hessen. Konto in Baden Württemberg. Betreiber der Seite in Bayern.
Skinni:	Private Homepage einer einzelnen Person: Diverse Bilder von Adolf Hitler mit Hakenkreuz, Verweise zu anderen einschlägigen rechtsextremistischen Seiten.
Pestpogroms Reich:	Dark/Gothic Homepage mit Verlinkungen zu rechtsextremistischen Seiten
Dresdensia Rugia:	Burschenschaft (Gießen). Agiert derzeit eher angepasst und unauffällig.
National-rulorz:	Nationale-Counterstrike -Spiele-Clan-Seite, Kassel.
Seite für Manfred Roeder:	Eine in Russland erstellte Seite zur Unterstützung von Manfred Roeder - mit Angabe der E-Mail Adresse von Roeder. Mehrsprachig.
Volksstaat Hessen:	Hessische Seite der kommissarischen Reichsregierung, Homberg/Ohm.
Sonderseite zum 1. Mai 2006 in Heppenheim:	Aktionsabhängige Homepage.

Erkenntnisse über die Zahl der Nutzer dieser Seiten liegen nicht vor. Zwar verfügen einige über einen so genannten Counter, aber da dieser durch den Betreiber jederzeit zu verändern ist, kann hier keine zuverlässige Aussage getroffen werden.

Auch liegen keine Erkenntnisse darüber vor, inwieweit sich die Zahl der Nutzer aus eingebundenen Rechtsextremisten, Sicherheitsbehörden oder politischen Gegnern zusammensetzt.

Bei einem an sich offenen System werden dem Gast regelmäßig nur äußerst eingeschränkte Zugriffsrechte eingeräumt, während ein Vordringen in weitere Bereiche nur unter Verwendung eines speziellen Passwortes möglich ist, sodass polizeiliche Internetrecherchen nur bedingt Erkenntnisse über die Anzahl der Nutzer dieser Seiten und der dort tatsächlich angebotenen Informationen erbringen.

Frage 7.3 Über welche Provider werden rechtsextremistische Inhalte in das Internet gestellt und inwieweit sind diese bereit, menschenverachtende, rassistische oder solche Inhalte, die Straftatbestände erfüllen, aus dem Netz zu nehmen?

Nach gültigem Recht ist ausschließlich der Autor der Webseite für die Inhalte verantwortlich. Dem Service-Provider oder auch Host-Provider, der Speicherplatz für fremde Inhalte anbietet, ist es faktisch unmöglich, hier einen Überblick über die Seiten zu haben, die auf unabhängigen Datenbanken abgelegt sind. Deshalb distanzieren sich alle Service-Provider in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen von den Inhalten der bei ihnen gespeicherten Seiten.

Der Service-Provider ist nach dem Mediendienststaatsvertrag solange von der Verantwortlichkeit ausgeschlossen, solange er keine Kenntnis von den Inhalten der Seite hat. Fallen bei den Sicherheitsbehörden strafbewehrte Seiten auf, werden diese den Strafverfolgungsbehörden gemeldet, die ihrerseits in der Regel

den Service-Provider informieren und somit die Schließung der Seite veranlassen.

Deutschsprachige Internetseiten mit rechtsextremistischen Inhalten werden oft über amerikanische Provider eingestellt. Die amerikanischen verfassungsrechtlichen Bestimmungen zur Meinungsfreiheit schränken die Möglichkeiten der Bekämpfung solcher Sachverhalte nicht unerheblich ein.

So kann bei Propagandadelikten durch die amerikanischen Behörden keine polizeiliche Unterstützung gewährt werden. Sachverhalte mit Aufrufen zur Gewalt müssen sich konkret gegen eine Person oder Sache richten und der Täter muss tatsächlich in der Lage sein, seine Drohung zu verwirklichen oder durch andere realisieren zu lassen. Eine grundsätzliche Gefährdung des öffentlichen Friedens durch das Verbreiten von Hass wird in den USA nicht gesehen.

Zwar verfügen einige Anbieter von Speicherplatz über spezielle Filterprogramme, um nach Schlüsselwörtern zu suchen, jedoch ist dies nicht immer von Erfolg. Werden strafrechtliche Inhalte auf einer Seite entdeckt, bieten die meisten Provider eine sogenannte "@abuse" Adresse an, an die eine Meldung geschickt werden kann. Die entsprechenden Seiten werden dann durch den Anbieter geprüft und in der Regel sofort gelöscht.

Über hessische Anbieter, die wissentlich rechtsextremistische Inhalte verbreiten oder sogar Speicherplatz extra für rechtsextremistische Seiten vorhalten, liegen keine Erkenntnisse vor.

Frage 7.4 Welche Rolle spielt das Internet bei den Umsätzen von Verlagen, die in Deutschland verbotenes NS-Propagandamaterial vertreiben, und gibt es Erkenntnisse oder Schätzungen über den Umsatz dieser Verlage in Hessen?

Über detaillierte Umsatzbeträge liegen hier keine Erkenntnisse vor.

Das Medium Internet wird durch Rechtsextremisten in zunehmendem Maße, insbesondere zu Propagandazwecken und als Kommunikationsmittel, genutzt.

Die Anzahl der von Deutschen betriebenen Homepages stellt sich in den letzten Jahren mit etwa 950 auf konstant hohem Niveau dar, (siehe Auswertebereich des Bundesamtes für Verfassungsschutz über rechtsextremistische Bestrebungen im Internet von 2004).

In welchem Maße verbotenes Propagandamaterial vertrieben wird, kann nicht bewertet werden. Es ist davon auszugehen, dass die zunehmende Verbreitung und Bedeutung des Internets sich auch in den jeweiligen Verlagsumsätzen widerspiegeln.

Durch Hackerangriffe der Antifa werden gelegentlich Kundendaten bekannt, die auch die Bestellsummen der einzelnen Personen beinhalten.

So wurde z.B. im Februar 2006 der Aufrühr-Versand in Thüringen durch links-extremistische Gruppierungen gehackt und insgesamt ca. 7.500 Bestelldatensätze von Kunden kurzzeitig ins Internet gestellt.

Darunter waren 231 Besteller des Versandes aus Hessen, die insgesamt für einen Betrag von ca. 18.500 € in dem Zeitraum vom Dezember 2002 bis Februar 2006 in diesem Versand bestellt hatten.

Im April 2006 wurde einer der größten Versände, der "Wikinger Versand", gehackt. Lt. Indymedia (Globales Netzwerk von unabhängigen Medieninitiativen, Aktivistinnen und Aktivisten und Journalistinnen und Journalisten, welches sich zugleich als Teil der sozialen Bewegungen des Graswurzel-Journalismus sieht) soll sich der monatliche Durchschnittsumsatz auf ca. 40.000 € belaufen.

Frage 7.5 Welche Gegenmaßnahmen trifft die Landesregierung Hessens gegen rechtsextremistische Propaganda im Internet?

Hier ist zwischen repressiven und präventiven Maßnahmen zu unterscheiden.

Gesetzliche Vorschriften zur Verfolgung und den möglichen Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung rechtsextremer Propaganda im Internet ergeben sich, wie auch bei der präventiven und repressiven Bekämpfung anderer Delikte, aus der Strafprozessordnung, dem StGB und dem HSOG.

Ein Einwirken auf ausländische Provider bleibt wegen der oftmals fehlenden Strafbarkeit im jeweiligen Einstellungsland erfolglos.

Anders gestaltet sich ein Einwirken auf Provider mit deutscher Gerichtsbarkeit. Gegen diese kann nach den o. g. gesetzlichen Grundlagen vorgegangen werden. Hierbei hat sich die direkte Ansprache der Provider, rechtsextremistische Angebote aus dem Netz zu verbannen, als effektiver erwiesen als die Sanktionierung der Anbieter von Inhalten, der durch bestehende technische Ausweichmöglichkeiten und aufgrund der Möglichkeit, sich mit Parallelangeboten der deutschen Rechtshoheit zu entziehen, Grenzen gesetzt sind.

Nach dem in Deutschland gültigen Mediendienststaatsvertrag besteht für den Zugangsanbieter keine Verantwortlichkeit für die Seiten, die er lediglich "durchleitet". Diese Anbieter können daher nicht in die Pflicht genommen wer-

den, die Weiterleitung von Seiten mit strafbarem, insbesondere rechtsextremistischem Inhalt zu unterbinden.

Die Sperrung von rechtsextremistischen Seiten beim einstellenden Provider im Internet ist nur möglich, wenn diese unzulässige/strafbare Inhalte aufweisen. Sie obliegt nach § 22 Mediendienststaatsvertrag der Aufsichtsbehörde. In Hessen wird die Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk (LPR) von der Polizei über die Existenz entsprechender Seiten mit der Zielrichtung der Sperrung unterrichtet.

In Hessen führt neben den Polizeipräsidien und dem HLKA auch das Hessische Landesamt für Verfassungsschutz im Rahmen seiner Aufgabenwahrnehmung eigenständige Internetrecherchen durch. Hinweise auf strafrechtlich relevante Internetauftritte werden an das HLKA übermittelt.

Darüber hinaus existiert zwischen Bund und Ländern eine Verbunddatei für den Bereich des Staatsschutzes (Inpol-Fall), in der Auswertungen auch im Bereich "Internet" bundesweit abrufbar sind.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen befasst sich mit präventiven Maßnahmen nur in der Form, dass die entsprechenden Seiten der Beobachtung unterliegen, um Erkenntnisse über die Inhalte, die Autoren und gegebenenfalls die Strukturen innerhalb der rechtsextremistischen Szene zu gewinnen. Anfallende Informationen über strafbare Inhalte und gegebenenfalls Personendaten der Autoren und Ersteller solcher Seiten werden seitens des LfV Hessen zeitnah an das Hessische Landeskriminalamt sowie die zuständigen Polizeidienststellen vor Ort weitergeleitet. Von dort aus erfolgt dann die eigentliche Strafverfolgung in Form von Ermittlungsverfahren.

Frage 7.6 Welche CD-ROMs und DVDs mit rechtsextremistischen Inhalten werden in Hessen hergestellt oder vertrieben?
a) Wie hoch ist deren Auflage?
b) Wie hoch ist der damit in Hessen erzielte Umsatz?

Es ist davon auszugehen, dass sämtliche Produkte wie CD-ROMs oder DVDs etc. mit rechtsextremistischen Inhalten, die in Deutschland auf dem Markt sind, auch in Hessen vertrieben werden. Bisher ist allerdings nicht bekannt geworden, dass solche Erzeugnisse auch in Hessen in größerem Umfang hergestellt werden. Nach vorliegenden Erkenntnissen werden solche Produkte vornehmlich im europäischen Ausland, insbesondere in Osteuropa, wegen der dort geringeren Produktionskosten, hergestellt. Erkenntnisse oder Zahlen über den mit solchen Produkten erzielten Umsatz liegen nicht vor.

8. Musik

Frage 8.1 Welche rechtsextremistischen Musikveranstaltungen haben in den letzten zehn Jahren in Hessen stattgefunden?

Musikveranstaltungen der rechtsextremistischen Szene werden von den Veranstaltern zumeist konspirativ vorbereitet. Die Sicherheitsbehörden haben somit nicht von allen Veranstaltungen Kenntnis.

Eine vollständige Auflistung der rechtsextremistischen Musikveranstaltungen nach den in den Fragen genannten Kriterien kann aus polizeitaktischen und sicherheitsdienstlichen Gründen nicht veröffentlicht werden, da die rechtsextremistische Szene daraus Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand der Sicherheitsbehörden ziehen könnte.

Nach vorliegenden Erkenntnissen fanden die nachfolgenden aufgelisteten rechtsextremistischen Musikveranstaltungen in den letzten Jahren in Hessen statt: Siehe Anlage 3.

Nach Erkenntnisstand des LfV Hessen hat sich die Zahl der rechtsextremistischen Musikveranstaltungen in Hessen im Fünf-Jahres-Zeitraum 2001 bis 2005 gegenüber den Jahren 1996 bis 2000 nicht ganz verdoppelt. Die durchschnittliche Besucherzahl stieg von etwa 100 in den ersten fünf Jahren des Berichtszeitraumes auf etwa 150 in den Jahren 2001 bis 2005.

Frage 8.2 Welche Musikgruppen oder Sänger/Sängerinnen sind jeweils im Rahmen der zu Nr. 8.1 genannten Veranstaltungen aufgetreten und wo erfolgten diese Auftritte?

Auf die Antworten zu den Fragen 8.1 und 8.10 wird verwiesen.

Frage 8.3 Wer waren jeweils die Veranstalter der vorgenannten Musikveranstaltungen?

Die Veranstalter der vorgenannten Musikveranstaltungen, die polizeilich bekannt wurden, waren neben Privatpersonen rechtsextremistische Organisationen/Parteien und Skinheadbands.

Ansonsten wird auf die Antwort zu Frage 8.1 verwiesen.

Frage 8.4 Gehören die Veranstalter rechtsextremistischen Organisationen an?
Wenn ja, welchen ?

Die Veranstalter der oben angeführten Musikveranstaltungen gehörten größtenteils rechtsextremistischen Organisationen wie NPD, Republikaner, "Freie Nationalisten Rhein-Main", "Nibelungensturm Odenwald" und "Nationale Kameradschaft Frankfurt" (NKF) an.

Ansonsten wird auf die Antwort zu Frage 8.1 verwiesen.

Frage 8.5 Wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten die Musikveranstaltungen?

Vereinzelt wurden bei den oben angeführten Musikveranstaltungen in Hessen bis zu ca. 600 Personen polizeilich festgestellt. Es liegen jedoch bei hiesiger Dienststelle nicht in jedem Falle abschließende Zahlen über die Teilnehmer vor. Ansonsten wird auf die Antwort zu Frage 8.1 verwiesen.

Frage 8.6 Lassen sich die Besucher rechtsextremistischen Organisationen oder Spektren zuordnen?

Die Besucher lassen sich, soweit bekannt, zum größten Teil rechtsextremistischen Organisationen, Parteien oder Gruppierungen zuordnen. Ansonsten wird auf die Antwort zu Frage 8.1 verwiesen.

Frage 8.7 Wie viele und welche Veranstaltungen waren als "Privatveranstaltungen" angemeldet?
Hatten diese Veranstaltungen tatsächlich einen privaten Charakter und wer hat das überprüft?

Nach Erkenntniszulieferung der Polizeipräsidien waren die nachfolgenden Musikveranstaltungen als "Privatveranstaltungen" angemeldet: Siehe Anlage 4.

Frage 8.8 Welche ordnungsamtlichen Auflagen wurden den Veranstaltern gemacht?

Skinheadkonzerte werden höchst konspirativ vorbereitet und durchgeführt, behördliche Anmeldungen erfolgen in diesem Zusammenhang nicht. Die Veranstaltungsteilnehmer werden über ebenso konspirative Erreichbarkeiten erst kurz vor der Veranstaltung über den Veranstaltungsort informiert. Insoweit besteht in der Regel mangels Kenntnis von diesen Veranstaltungen keine Möglichkeit, den Veranstaltern Auflagen zu erteilen.

In der Regel werden diese Veranstaltungen kurzfristig polizeilich bekannt und bei bestehenden rechtlichen Voraussetzungen verboten bzw. aufgelöst. Eine weitere Möglichkeit im privatrechtlichen Bereich ist die Annullierung/Auflösung geschlossener Mietverträge bzw. die Versagung entsprechender Anmietungsversuche.

Frage 8.9 Wie viele Festnahmen und Personenkontrollen wurden im Zusammenhang mit den Musikveranstaltungen vorgenommen?
a) Wie viele Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet?
b) Kam es zu Gerichtsverfahren ?
Kam es zu Verurteilungen, und wenn ja, für welche Straftaten?

Nach Erkenntniszulieferung der Polizeipräsidien wurden im Zusammenhang mit den unter I. Frage 8.7 aufgelisteten Musikveranstaltungen insgesamt 29 Festnahmen und ca. 1.000 Personenkontrollen durchgeführt.

Zu a:

Nach Erkenntniszulieferung der Polizeipräsidien wurden insgesamt im Rahmen der unter I. Frage 8.7 angegebenen Musikveranstaltungen 43 Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Zu b:

Konkrete Informationen hierzu liegen nicht vor. Zur hinreichenden Beantwortung sind umfangreiche Recherchen bei den Justizbehörden nötig.

Frage 8.10 Welche rechtsextremistischen Musikgruppen und Liedermacher sind in den letzten zehn Jahren in Hessen aktiv gewesen (bitte einzeln auflisten)?

Nach hier vorliegenden Erkenntnissen sind die nachfolgend aufgelisteten Musikgruppen und Liedermacher in den letzten zehn Jahren in Hessen aktiv gewesen:

Liedermacher:

- Friedrich BAUNACK

Musikgruppen:

- Blutschuld/Ahnenerbe,
- Böhse Onkelz,
- Centaurus,
- Chaoskrieger,
- Donnerhall,
- Faust,

- Gegenschlag,
- Hauptkampflinie (HKL),
- Kommando Freisler (nicht mehr in Hessen aktiv)
- Morrigan,
- Nordglanz,
- Rachezug,
- Rassenstolz,
- Rheinstolz,
- Rohtoff,
- Royal Hatred,
- Rykers,
- Sturmabteilung,
- Violent Solution,
- Wilde Jungs.

Frage 8.11 Welche rechtsextremistischen Musikverlage haben ihren Sitz in Hessen?
Gibt es Erkenntnisse über Umsatzzahlen und Gewinne?

Der Skinhead-Musikmarkt hat sich differenziert und kommerzialisiert. Mit Tonträgern und anderen auch am Rande von Konzerten verkauften Artikeln (unter anderem durch sogenannte Bauchladenhändler) werden erhebliche Umsätze gemacht. Um die Vermarktung nicht zu gefährden, werden strafbare oder indizierungsrelevante Inhalte in Liedtexten zum Teil bewusst vermieden. Ein Einstellungswandel ist damit nicht immer verbunden.

Die rechtsextremistische Musik ist generell nicht im allgemeinen Handel präsent. Deshalb hat sich ein spezieller, z.T. auch konspirativ arbeitender Versand- und Vertriebshandel entwickelt, der sich auf einen bestimmten Käuferkreis konzentriert hat. Da die Werbung in erster Linie über so genannte Fanzines (aus dem englischen "Fan"-Magazines") erfolgt, sind Versandbetriebe in der Regel nur Szenekundigen bekannt.

Neben diesen Vertriebsfirmen gibt es noch sog. Szene-Shops. Dabei handelt es sich um kleine Ladengeschäfte, Bekleidungs-, Arme- bzw. Militaria-Geschäfte, die in ihrem Angebot häufig auch rechtsextremistische Tonträger führen. Allerdings werden diese nur dann verkauft, wenn sich der Kunde als Szene-Mitglied zu erkennen gibt.

Die Motivation der hinter den Vertrieben stehenden Verantwortlichen ist unterschiedlich. Überwiegt bei vielen Betreibern das persönliche Gewinnstreben, steht bei einigen die Absicht im Vordergrund, über die Skinhead-Musik Jugendliche auch in ideologischer Hinsicht zu erreichen. (siehe auch VI "Schule und Rechtsextremismus")

In Hessen sind zurzeit folgende Vertriebe bekannt:

- Sleipnir-Shop", Grünberg,
- Football Fanworld-Hessen, Mücke-Atzenhain,
- White Noise Versand", Wetzlar,
- "Zutt`s Patriotentreff für Volkserhaltungen und Wahrheit durch geistiges Rüstzeug".

"Sleipnir-Shop", Grünberg (Landkreis Gießen)

Der "Shop" ist als Versandhandel und Einzelhandel mit Bekleidung und Freizeitbedarf seit 2000 beim Gewerbeamt der Stadt Grünberg angemeldet. 2001 wurde das Gewerbe auf Verkauf und Versand von Tonträgern erweitert. Auf ihrer Homepage bietet die Betreiberin neben den gängigen Tonträgern deutscher und ausländischer rechtsextremistischer Bands, Bekleidung mit Aufdrucken wie "Das Reich", Poster und Schilder u. a mit den Schriftzügen "NATIONAL BEFREITE ZONEN" oder "Rudolf-Heß-Straße" an. Im Angebot befinden sich auch in der Szene beliebte Marken-Artikel wie Textilien, Outdoor-Bekleidung sowie Messer, Schwerter und Armbrust. Die Inhaberin ist die Lebensgefährtin eines bekannten rechtsextremistischen Skinheads aus dem dortigen Raum.

Football Fanworld-Hessen, Mücke-Atzenhain (Vogelsbergkreis)

Gemäß dem Impressum der Homepage wird der Versand von einer in Mücke (Vogelsbergkreis) wohnhaften, hier als Rechtsextremist bekannten, Person betrieben. Die Homepage dient nach Angaben des Betreibers dem Versand von Fanartikeln. Aktuelle Erkenntnisse belegen, dass über den Versand auch Artikel mit rechtsextremistischem Bezug bezogen werden können. Unter anderem werden CDs der Skinhead-Bands "Kraftschlag", "Sturmwehr", "Endlöser", "Noie Werte" und "Ultima Ratio" angeboten. Des Weiteren befinden sich Devotionalien wie T-Shirts mit dem Aufdruck "A.C.A.B" (All Cops Are Bastards), dem Logo der hessischen Skinhead-Band "Gegenschlag" (Kirtorf), im Angebot.

Im Mai 2002 wurde gegen den Betreiber ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil er ein T-Shirt mit aufgedrucktem Hakenkreuz in der Öffentlichkeit trug. Des Weiteren nahm er verschiedentlich an Veranstaltungen mit rechtsextremistischem Hintergrund wie "Führer-Geburtstag" oder Skinhead-Konzerten teil.

"White Noise Versand", Wetzlar

Der Versand ist seit April 2005 als Gewerbehandel mit Geschenkartikeln und Gemischt-waren (z.B. Tonträger, Kleidung usw.) beim Gewerbeamt in Wetzlar angemeldet. Der Betreiber bietet über seine Homepage "White Noise Records" CDs, Accessoires, DVDs und Bücher mit rechtsextremistischen Inhalten an. Unter den Tonträgern befinden sich Skinhead-Bands wie: "Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten", "Skrewdriver", oder die "Lunikoff Verschwörung". Weiterhin findet man Artikel wie "Reichskriegsflaggen" und ähnliches im Angebot. Im Gästebuch werden auch Informationen zu Veranstaltungen mit rechtsextremistischem Bezug ausgetauscht.

"Zutt`s Patriotentreff für Volkserhaltung und Wahrheit durch geistiges Rüstzeug"

Der Laden, in dem alle szenetypischen Waren vertrieben wurden, wurde von den Betreibern, die seit 1999 einen weiteren "Patriotentreff" in Waren/Müritz (Mecklenburg-Vorpommern) betreiben, aufgegeben. Er bestand von 1998 bis 2002 und wurde von den NPD-Funktionären, den Eheleuten Zutt, betrieben.

Frage 8.12 Wie viele Ermittlungsverfahren wurden gegen Liedermacher, Gruppen und Musikverlage eingeleitet und mit welchem Ergebnis?

Gegen den Betreiber des ehemaligen rechtsextremistischen Musikverlages "Clockwork" aus dem Bereich Mittelhessen wurde am 3. Juni 1998 ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wegen Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Verbreiten von Propagandamitteln, Volksverhetzung und Verherrlichung von Gewalt, da er in seinem Laden mehrere Exemplare des Songbooks der Band "Skrewdriver" und der Fanzine "Bembelsturm" ausliegen hatte, welche verbotene Kennzeichen bzw. volksverhetzende Abbildungen enthielten. Der Betreiber wurde zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen zu 35 DM verurteilt.

Gegen den Geschäftsinhaber des ehemaligen rechtsextremistischen Musikverlages "Borderline" aus dem Bereich Osthessen wurden von 1998 bis 2000 insgesamt drei Ermittlungsverfahren eingeleitet,

- wegen Verbreiten von Propagandamitteln,
- Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen,
- Volksverhetzung,
- sowie Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, Waffengesetz und Kriegswaffenkontrollgesetz.

Eines dieser Ermittlungsverfahren wurde eingestellt, die anderen beiden wurden miteinander verbunden. Der Beschuldigte wurde zu einer Geldstrafe von 100 Tagessätzen zu 60 DM verurteilt.

Gegen die Mitglieder der Band "Gegenschlag" aus dem Bereich Osthessen wurde am 1. April 2003 ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet, da sie als Verantwortliche bzw. Musiker der Gruppe an der Produktion und Veröffentlichung der CD "Die deutsche Jugend schlägt zurück" beteiligt waren. Die CD enthält nach Wertung der Staatsanwaltschaft Gießen volksverhetzende Textpassagen.

Drei Bandmitglieder wurden zu Geldstrafen von jeweils 100 Tagessätzen zu 25 bis 40 € verurteilt. Ein anderes Bandmitglied wurde verwahrt und zu 100 Stunden gemeinnützige Arbeit nach dem Jugendschutzgesetz verurteilt.

Dieses Berufungsverfahren vor dem Landgericht Gießen ist mittlerweile mit Urteil vom 24. Mai 2006 abgeschlossen. Das erstinstanzliche Urteil wurde aufgehoben, das Verfahren eingestellt.

Gegen den Betreiber des Versandhandels www.footballfanworld-hessen.de aus dem Bereich Osthessen wurde im April 2005 ein Ermittlungsverfahren wegen Verdacht der Volksverhetzung eingeleitet, da er über seinen Internet-Versand-Handel inkriminierte Tonträger verkauft oder zum Zwecke des späteren Verkaufes bezogen und vorrätig gehalten haben soll. Das Verfahren ist derzeit jedoch noch nicht abgeschlossen.

Eine gesonderte statistische Erfassung von Ermittlungsverfahren gegen Liedermacher, Gruppen und Musikverlage erfolgt nicht. Die meisten Staatsanwaltschaften konnten keine Angaben machen. Von einer Staatsanwaltschaft wurden seit dem Jahre 2003 etwa 6 bis 7 Verfahren angegeben, wobei in drei Verfahren Anklage erhoben wurde. In einem dieser Verfahren erfolgte eine - noch nicht rechtskräftige - Verurteilung zu einer Geldstrafe. In den beiden anderen Verfah-

ren hat eine Hauptverhandlung noch nicht stattgefunden. Die restlichen Verfahren wurden zuständigkeitshalber an andere Staatsanwaltschaften abgegeben.

Eine weitere Staatsanwaltschaft teilt mit, dass seit 1999 nur ganz vereinzelt entsprechende Verfahren (unter 10) geführt worden sind. Erkenntnisse zu den Ergebnissen liegen nicht vor. Bei einer weiteren Staatsanwaltschaft war ein Verfahren gegen eine Gruppe bekannt, das im Jahre 1999 nach § 153 StPO eingestellt wurde.

9. Sport

Seit in den 1980er-Jahren bundesweit beachtete Presseberichte bestimmte Fangruppen als organisierte Rechtsextremisten dargestellt haben, gilt diesem Bereich eine besondere Aufmerksamkeit. So haben sich in verschiedenen Bundesländern jahrelang Fanprojekte der Fußball-Bundesligavereine in der Fanarbeit engagiert, um Gewalt rund um die Stadien und rechtsextremistische Agitation einzudämmen und zurückzudrängen.

Frage 9.1 Welche Gruppierungen und Zusammenschlüsse mit rechtsextremistischem Hintergrund bestreiten sich im Bereich des Sports und der Fangruppen?
Wo unterhalten diese Gruppierungen und Zusammenschlüsse eigene Vereinsheime bzw. regelmäßige Treffpunkte in Hessen?

Nach Erkenntniszulieferung der Polizeipräsidien betätigen sich folgende Gruppierungen im Bereich des Fußballsports:

Es ist bekannt, dass unter den Hooligans des "FC Offenbach" rechtsextreme Ansichten bestehen und diese in Äußerungen, respektive durch das Tragen von Kleidung mit einschlägigen Emblemen nach außen, zum Ausdruck kommen. Es liegen jedoch keine Erkenntnisse vor, dass diese Personen einer organisierten rechtsextremen Szene angehören.

Des Weiteren sind einzelne persönliche Kontakte vorhanden zwischen den bereits genannten "Freien Nationalisten Rhein-Main" und Hooligans der Frankfurter Eintracht.

Am 22. April 2004 wurde in das Vereinsregister beim Amtsgericht Bad Arolsen der Fanclub HSV Pitt Bull (oFC) eingetragen.

Ein bekannter Rechtsextremist aus Diemelstadt ist 2. Vorsitzender des Fanclubs. Er weist eine rechtsextremistische Vergangenheit auf. Seit seinem Umzug nach Diemelstadt im Juni 2003 lässt seine diesbezügliche Außenwirkung jedoch nach.

Der Bruder sowie die Lebensgefährtin des oben angeführten Rechtsextremisten aus Diemelstadt sind ebenfalls Vorstandsmitglieder des HSV Pitt Bull.

Es liegen polizeiliche Erkenntnisse vor, dass die Clubmitglieder regelmäßig die Heimspiele des Erstliga-Clubs Hamburger SV besuche.

Nach Erkenntniszulieferung der Polizeipräsidien ist lediglich in dem Wohnhaus des Vereinsvorsitzenden des Fanclubs HSV Pitt Bull in Diemelstadt ein Clubraum eingerichtet.

Ansonsten wird auf die Antwort zur Frage 9.5 b verwiesen.

Frage 9.2 Welche "Fanzines" verbreiten rechtsextremistische Inhalte (bitte einzeln auflisten)?

Der Verkauf von Skinhead-Fanzines erfolgt in erster Linie auf Konzerten, über Vertriebe und Szene-Läden, sowie innerhalb der Szene von Hand zu Hand. Beiträge in Fanzines haben rechtsextremistischen, teilweise auch volksverhetzenden Charakter. Berichtet wird über Skinhead-Veranstaltungen, neue Publikationen und Tonträger sowie über nationale und internationale Skinhead-Bands. Die Zahl der rechtsextremistischen Fanzines in gedruckter Form ging in den letzten Jahren weiter zurück. Die Nutzung des Internets hat sich insbesondere wegen der Aktualität und der geringeren Kosten als Informations- und Kommunikationsmedium eindeutig gegenüber den Fanzines durchgesetzt. So wurden in Hessen seit dem Jahr 2001 keine neuen Fanzines bekannt. Bis 2001 konnten folgende Fanzines festgestellt werden: "Bembelsturm", "Hessische Blättchen", "Handkäs' mit Musik" und "Äbblwoi-Express".

Frage 9.3 Welche Bundesligavereine der 1. und 2. Liga des Deutschen Fußball-Bunds unterhalten in Hessen keine Fanprojekte und warum nicht?

Die Bundesligavereine der 1. und 2. Liga des DFB in Hessen unterhalten Fanprojekte. Darüber hinaus besteht ein Fanprojekt bei einem hessischen Regionalligaverein.

1. Bundesliga: Fanprojekt bei Eintracht Frankfurt
2. Bundesliga: Fanprojekt bei Kickers Offenbach
Regionalliga Süd: Fanprojekte bei Darmstadt 98.

Frage 9.4 Wie hoch sind die Mittel, die in den bestehenden Fanprojekten jeweils von den Vereinen, von Kommunen und vom Land für Fanprojekte aufgewendet werden (bitte einzeln auflisten)?

Grundsätzlich erfolgt eine Drittelfinanzierung von DFB, Stadt und Land Hessen. In der Regel trägt jeder Partner einen Anteil in Höhe von 30.000 € je Projekt und Jahr.

Frage 9.5 Welche Überschneidungen bestehen nach
 a) Einschätzung von Fanprojekten und soziologischer Forschung,
 b) Einschätzung von Polizei und Verfassungsschutz zwischen organisierter rechtsextremistischer Szene und Hooligans ?

Zu a:

Hierzu sind keine Informationen vorhanden.

Zu b:

Die Hooligan-Szene insgesamt wird nicht durch die Verfassungsschutzbehörden beobachtet, da sie keine Tatbestandsmerkmale im Sinne des § 3 BVerfSchG darstellt.

Allgemein kann festgestellt werden, dass es partiell Überschneidungen zwischen lokalen Skinhead-, sowie vereinzelt auch Neonaziszene und Hooligan-Gruppen gibt. Dies gilt nicht nur für Bundes- und Regionalligen, sondern reicht auch bis in den Amateursport hinein. Eine allgemeine, zielgerichtete Tendenz zur rechtsextremistischen Ausrichtung oder Einflussnahme von Rechtsextremisten auf Hooligan-Gruppen oder in andere Bereiche des Sports (z.B. Kampfsportarten) kann daraus jedoch nicht gefolgert werden.

Mitte der Neunzigerjahre gab es innerhalb der Frankfurter Hooligans zwei kleinere Gruppierungen, die eindeutig der rechtsextremistischen Szene zuzuordnen waren. Die Gruppenstärke variierte zwischen 10 bis 30 Personen, je nach Heimspielgegner. Sie trugen vorwiegend das typische "Skinhead-Outfit": Bomberjacke, Aufkleber mit nationalen Parolen, T-Shirts von Skinhead-Bands, Springerstiefel und kurzer Haarschnitt oder Glatze. Einzugsgebiete der Gruppen waren neben Frankfurt auch das Umland. Zu Straftaten kam es vorwiegend durch Einzelpersonen im Bereich Propagandadelikte (Zeigen des Hitlergrüßes und der Reichskriegsflagge sowie Skandieren von rechtsextremistischen Parolen).

Soweit Rechtsextremisten versuchen, in der gewaltbereiten Fußballszene Nachwuchs zu rekrutieren, ist dies nur partiell, nicht aber im Sinne einer Gesamtstrategie erfolgreich. Sie scheitern zumeist bereits daran, dass die überwiegende Zahl der Hooligans nicht bereit ist, sich politisch im Sinne rechtsextremistischer Zielsetzungen zu engagieren. Für die überwiegende Masse der Hooligans stehen politische Zielsetzungen nicht im Vordergrund.

Ein Anknüpfungspunkt für die rechtsextremistische Szene stellt die Fußball-Weltmeisterschaft dar. Sie versucht, dieses Weltereignis als medienwirksame Bühne für ihre Propaganda zu nutzen. Ob dies auch zu einem nachhaltigen Eindringen in die Hooligan-Szene führt, bleibt abzuwarten.

10. Kampfsport

Verschiedentlich haben in der Vergangenheit auch Rechtsextremisten z.B. als Saalschutz bei Veranstaltungen der NPD, JN, DVU oder anderer rechten Gruppierungen im Umfeld des Kampfsports Mitglieder rekrutiert oder ihre Ideologie verbreitet.

Frage 10.1 Welche rechtsextremistischen Gruppierungen in Hessen betätigen sich nach Erkenntnissen der Landesregierung im Bereich des Kampfsports?

Frage 10.2 Gibt es Vereine oder Kampfsportschulen, über die bekannt ist, dass dort besonders häufig Rechtsextremisten verkehren, trainieren oder ausgebildet werden?

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

11. Militanter Rechtsextremismus, Wehrsportgruppen

Frage 11.1 Welche militanten Rechtsextremisten und Wehrsportgruppen gibt es in Hessen (bitte einzeln auflisten)?

Es wird davon ausgegangen, dass mit "militanten" Rechtsextremisten im Sinne der Fragestellung gewaltbereite Personen des rechtsextremistischen Spektrums gemeint sind. Auf die Antwort zur Frage 1.2 wird verwiesen.

Klassische "Wehrsportgruppen" im Sinne eines planmäßigen und gezielten Einübens von Waffengebrauch und der Ausbildung an Waffen (wie etwa die seinerzeitige "Wehrsportgruppe Hofmann") sind dem Verfassungsschutz derzeit nicht bekannt.

In Hessen sind zwei verurteilte Rechtsterroristen wohnhaft bzw. mit Erstwohnsitz gemeldet, die aufgrund der Begehung von rechtsterroristischen Anschlägen

mit Sach- bzw. Personenschäden in den Achtzigerjahren zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Diese Personen sind zwar bis heute weiterhin im Bereich des Rechtsextremismus aktiv, jedoch nach erfolgter Verbüßung dieser Strafen langjährig nicht mehr in Form rechtsterroristischer Straftaten in Erscheinung getreten.

Aktuell sind hier keine rechtsextremistischen Organisationen bzw. Personen in Hessen bekannt, die Anlass für die konkrete Besorgnis eines rechtsterroristischen Anschlages geben würden.

Wehrsportähnliche Übungen werden zum Teil innerhalb neonazistischer Kameradschaften als Teil ihrer Agitation durchgeführt. So fand im September 2003 in der Gemarkung der Gemeinde Heimbuchenthal (Landkreis Aschaffenburg) eine wehrsportähnliche Übung unter Beteiligung der neonazistischen Kameradschaft Frankfurt (inzwischen in den "Freien Nationalisten Rhein-Main" aufgegangen) statt.

Frage 11.2 Wie viele Personen sind in diesen Gruppierungen aktiv, organisiert oder gehören zum Kreis der potenziell ansprechbaren Personen im Umfeld?

Auf die Antwort zu Frage 11.1 wird verwiesen.

Frage 11.3 Wie viele aus dem unter 11.2 aufgeführten Personenkreis verfügen nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden über Waffen?
Welche Waffen haben Inhaberinnen und Inhaber von Waffenbesitzkarten und Waffenscheinen?

Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes sind vereinzelte Rechtsextremisten im Besitz von Waffenscheinen und -besitzkarten, die jedoch legal über die zuständigen Erlaubnisbehörden erworben wurden.

Frage 11.4 Welche Rolle spielen nach Erkenntnissen der Landesregierung organisierte "Killerspiele" (Gotcha, Paintball usw.) in der rechtsextremen Szene und in wie vielen Fällen wurde in Hessen seit dem Jahr 2000 die Durchführung solcher "Spiele" verboten bzw. strafrechtlich verfolgt?

In den Neunzigerjahren war die Erscheinungsform dieser so genannten "Killerspiele" auch bei hessischen Rechtsextremisten vereinzelt festzustellen. Soweit diese Handlungen polizeilich bekannt wurden und es in diesem Zusammenhang zu rechtswidrigem Verhalten kam, wurden entsprechende Straf- bzw. Ordnungswidrigkeitsverfahren durchgeführt.

Seit dem Jahr 2000 sind bei der Polizei keine entsprechenden Fälle bekannt geworden.

Lediglich bei einer hessischen Staatsanwaltschaft lagen Erkenntnisse zu Ermittlungsverfahren wegen Vergehens gegen das Waffengesetz durch sogenannte Gotcha-Spiele im Freien vor. Da diese jedoch keinen rechtsradikalen Bezug aufwiesen, bleiben sie hier außer Betracht.

Bei den übrigen hessischen Staatsanwaltschaften liegen insoweit keine Erkenntnisse vor.

12. Rolle und Aktivitäten von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern

Frage 12.1 Wie viele so genannte Altnazis gibt es in Hessen?

So genannte "Altnazis" werden vom LfV Hessen nicht isoliert beobachtet. Sie sind vielmehr Teil der rechtsextremistischen Beobachtungsobjekte. Aus dem Auftreten einzelner "Altnazis" bei Demonstrationen oder sonstigen rechtsextremistischen Veranstaltungen lassen sich keine Rückschlüsse über deren Gesamtzahl ziehen.

Frage 12.2 Welche Rolle spielen ehemalige NSDAP-Mitglieder in der rechtsextremistischen Szene in Hessen?

In Hessen auftretende "Altnazis", bzw. ehemalige NSDAP-Mitglieder, nehmen die Rolle von Zeitzeugen ein, die Neonazis und Skinheads die damalige Zeit in verklärter, verfälschter Weise darstellen bzw. nahebringen. Hervorzuhebendes Beispiel dieser "Zurschaustellung" ist in Hessen der Ritterkreuzträger Otto Rihs (84) aus Frankfurt am Main. Rihs nimmt bundesweit an Demonstrationen (z.B. gegen den Abriss bzw. für den Wiederaufbau des SS-Ehrenmals in Marienfels/Rheinland-Pfalz) und Rednerveranstaltungen verschiedener rechtsextremistischer Organisationen teil.

Eine Verurteilung durch das Amtsgericht Lahnstein (Rheinland-Pfalz) im Jahr 2004 (90 Tagessätze à 30 €) machte Rihs kurzzeitig zu einem Märtyrer für die rechtsextremistische Sache. Rihs wird vorgeworfen, das Ritterkreuz während einer öffentlichen rechtsextremistischen Veranstaltung am 22. November 2003 in Marienfels (Rheinland-Pfalz) so getragen zu haben, dass das Hakenkreuz für jedermann sichtbar gewesen sei. Das Ritterkreuz wurde von der Polizei Frankfurt am Main sichergestellt. Der Mitbegründer des "Kampfbundes Deutscher

Sozialisten" (KDS), Thomas Brehl (Langen), thematisierte in einer Veröffentlichung "Leben und Wirken" des Rechtsextremisten Riehs. Brehl prangert in einem Artikel die Hausdurchsuchung bei Riehs und die Beschlagnahme dessen Ritterkreuzes an: "Hausdurchsuchung bei Ritterkreuzträger Otto Riehs! Politische Polizei schreckt vor nichts mehr zurück: (damals) 82jährigem, untadeligem Frontsoldaten werden Kriegsauszeichnungen beschlagnahmt!". Hinsichtlich der Person Manfred Roeder wird auf die Beantwortung zur Frage 18.3 verwiesen.

Frage 12.3 Welchen Einfluss nehmen sie auf Jugendliche und welche Wege der Kommunikation nutzen sie hierfür?

Siehe Antworten zu Frage 12.1 und 12.2.

13. Antisemitismus in Hessen

Frage 13.1 Welche Rolle spielt nach Erkenntnissen der Landesregierung der Antisemitismus in Hessen?

Der Antisemitismus ist ein Ideologie-Element, welches in fast allen rechtsextremistischen Strömungen und Organisationen zu finden ist. Offen oder unterschwellig ist in rechtsextremistischen Publikationen und Internet-Seiten Antisemitismus vorhanden.

Nicht nur die offene, sondern auch die unterschwellige oder latent vorhandene Verbreitung antisemitischen Gedankengutes ist als Gefahr anzusehen. Auch wenn bislang nicht festzustellen ist, dass antisemitische Propaganda und Agitation auf breiten fruchtbaren Boden fällt, bleibt die Beobachtung und Bekämpfung des Antisemitismus ein Schwerpunkt nicht nur der Sicherheitsbehörden, sondern auch der Bildungsträger sowie der gesamten Gesellschaft.

Im Bereich der politisch motivierten Kriminalität -rechts- stellt der Anteil der Straftaten mit antisemitischem Hintergrund eine nicht unerhebliche Teilmenge dar. Der Anteil dieser Straftaten betrug in den letzten fünf Jahren zwischen 12 und 23 v.H. der Gesamtzahl der politisch motivierten Kriminalität - rechts -. Im Einzelnen stellen sich die Fallzahlen der politisch motivierten Kriminalität - rechts - mit antisemitischem Hintergrund (Themenfeld Hasskriminalität/Antisemitisch) in Hessen wie folgt dar:

Anzahl gemeldeter Straftaten (Themenfeld Hasskriminalität/Antisemitisch)/ Aufklärungsquote:

Jahr	2001		2002		2003		2004		2005	
Straftaten	120		116		102		88		154	
davon Gewaltdelikt		5		1		3		2		4
davon geklärt	35		38		36		37		96	
Aufklärungsquote	29,2 v.H.		32,8 v.H.		35,3 v.H.		42,0 v.H.		62,3 v.H.	

Besonders zu erwähnende Angriffsziele dieser Straftaten sind insbesondere Repräsentanten des jüdischen Glaubens, jüdische Einrichtungen/Objekte wie Synagogen und jüdische Friedhöfe.

Neben der strafrechtlich relevanten Erscheinungsform des Antisemitismus sind in diesem Zusammenhang auch strafrechtlich nicht relevante Äußerungen bzw. Verlautbarungen von Personen der rechtsextremistischen Szene bzw. rechtsextremen Organisationen/Parteien bedeutsam.

Ursächlich für die erkennbare Steigerung der Fallzahlen im Jahr 2005 sind eine Vielzahl von Straftaten eines den Sicherheitsbehörden bekannten Rechtsextremisten aus Nordhessen, der im Jahr 2005 eine große Anzahl von E-Mails mit antisemitischen und volksverhetzenden Inhalten im Internet verbreitet hat (bislang 68 Fälle). Es ist beabsichtigt, bei dieser Person eine medizinisch-psychiatrische Begutachtung hinsichtlich der Schuldfähigkeit durchzuführen.

Die dieser Person zuzurechnenden Straftaten sind folglich auch kausal für die starke Zunahme der Fallzahlen im Bereich des Tatbestandes der Volksverhetzung und - daraus ableitend - im Bereich des Themenfeldes Antisemitismus.

Frage 13.2 Welche Organisationen und Gruppierungen mit antisemitischen Ideologien sind in Hessen aktiv und wie viele Mitglieder haben sie?

Wie bereits dargestellt, umfasst das ideologische Weltbild der Rechtsextremisten grundsätzlich auch antisemitische Grundeinstellungen. Daher sind antisemitische Tendenzen in jedweder Ausprägung grundsätzlich bei fast allen rechtsextremistischen Organisationen festzustellen. Insoweit wird auf die Antwort der Fragen I Nr. 2.1 und 2.2 verwiesen.

Frage 13.3 Welche Organisationen oder Publikationen außerhalb des organisierten Rechtsextremismus schüren Antisemitismus oder antisemitische Vorurteile wie etwa die Bürgerbewegung Solidarität (EAP)?

Außerhalb des organisierten Rechtsextremismus tritt Antisemitismus zunehmend auch bei islamistischen Organisationen auf. Im Islamismus handelt es sich um einen auf Vernichtung zielenden Antisemitismus, der häufig hinter einer als antizionistisch auftretenden Israelkritik verborgen wird. Auch unter dem Einfluss des europäischen Antisemitismus und besonders des Nationalsozialismus entwickelte sich eine Vernichtungsideologie, die der der Muslimbruderschaft (MB) zuzurechnende Ägypter Sayyid Qutb in seiner einflussreichen Schrift "Unser Kampf gegen die Juden" bereits Anfang der Fünfzigerjahre programmatisch zusammenfasste. Qutb unterstellt den Juden, die er als intellektuell zersetzend ansieht, eine umfassende Verschwörung gegen den Islam. Hinter allem, was in der Welt gegen den Islam geschehe, stünden die Juden.

Dieser Antisemitismus innerhalb des Islamismus wird auch zukünftig verstärkt unter der Beobachtung der Sicherheitsbehörden stehen.

Die in der Frage genannte "Bürgerbewegung Solidarität" BüSo (kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden), ein Ableger der Sekte um Lyndon LaRouche, die als Partei im Jahre 2003 noch zur Landtagswahl in Hessen angetreten war, spielt heute keine bedeutende Rolle mehr. Es existiert noch eine Web-Seite. Zur Kommunalwahl 2006 ist sie nochmals angetreten.

Frage 13.4 Welche Rolle spielt der Antisemitismus in Publikationen der Neuen Rechten?

Bei der sogenannten "Neuen Rechten" handelt es sich nicht um eine homogene Variante des Rechtsextremismus. Mit ihren unterschiedlichen Strömungen, die regelmäßig von Akademikern getragen werden, deckt sie vielmehr das Spektrum vom Rechtskonservatismus bis zum Rechtsextremismus ab. In diesem Bereich dominieren Publikationen und Einzelakteure, die sich häufig für mehrere Schriften der "Neuen Rechten" betätigen. Das Ideologieelement Antisemitismus spielt auch in der "Neuen Rechten" regelmäßig eine gewisse Rolle, der jedoch nicht in jeder Veröffentlichung deutlich wird, sondern nur dann, wenn bestimmte Themen aus der tagespolitischen Debatte einen Anlass bieten. Hierbei werden antisemitische Elemente jedoch selten in offener Form deutlich, sondern in unverfänglicher, intellektuell wirkenden Formulierungen verbrämt, um den öffentlichen Diskurs in Richtung ihrer tendenziell antidemokratischen (und auch antisemitischen) Vorstellungen zu beeinflussen.

14. Mädchen und Frauen in rechtsextremistischen Gruppen

Frage 14.1 Welche Rolle spielen anti-emanzipatorische Motive in der rechtsextremen Szene?

Ein derartiges Frauenbild ist erkennbar und wird, insbesondere in den Bereichen, in denen auf die germanisch-heidnische Historie Bezug genommen wird, auch entsprechend gepflegt.

Frage 14.2 Wie hoch ist der Anteil an weiblichen Mitgliedern in rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Hessen?
Welche Rolle bzw. Funktion haben diese Mädchen und Frauen?

Auf die Antwort zu I Frage 1.4 wird verwiesen.

Mit einem Anteil von 10 bis 30 v.H. in den rechtsextremistischen Parteien sind die Frauen eher gering vertreten. Vor allem in Führungspositionen sind kaum Frauen aktiv. Lediglich eine Frau ist im NPD- Bundesvorstand vertreten.

In der Neonaziszene liegt der Frauenanteil bei rund 10 v.H.

Bis vor wenigen Jahren gab es keine weiblichen Rednerinnen auf Demonstrationen von Neonazis. Erst in jüngster Zeit sind Frauen, vor allem junge Frauen, als Rednerinnen aufgetreten.

Die Nebenorganisation der NPD, die "Jungen Nationaldemokraten" (JN), hat in ihrem Landesverband Hessen eine Zwanzigjährige in die Position der Stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.

Viele Frauen im organisierten Rechtsextremismus unterstützen als Ehefrauen oder Lebenspartnerinnen die funktionäre neonazistische Organisationen, indem sie verschiedene Aufgaben übernehmen. In der Regel agieren sie aber im Hintergrund. Dazu gehören vor allem die Teilnahme an Aktionen, Demonstrationen und Veranstaltungen, organisatorische Aufgaben, wie das Anmelden von Veranstaltungen und das Anmieten von Räumlichkeiten sowie verschiedene Funktionen im Parteiapparat wie Delegierte oder Beisitzerin und Kassenwartin in regionalen Vorständen.

Immer wieder wurden in den letzten Jahrzehnten neue Zusammenschlüsse von Frauen aus der Neonazi- und Skinheadszenen ins Leben gerufen. Die meisten

dieser, in der Regel wenige Mitglieder umfassenden Gruppen, waren nur von kurzer Dauer.

Auch bei den rechtsextremistischen Parteien existieren solche Zusammenschlüsse als Nebenorganisationen.

Bei den Republikanern nennt sich diese Gruppe "Republikanischer Bund der Frauen" (RBF). In Hessen wurde im Februar 2005 der "Nationale Frauenkreis Hessen", eine Nebenorganisation der NPD, gegründet.

Ziel der bisher etwa 20 Mitglieder starken Organisation sind die Förderung des Gemeinschaftssinnes der deutschen Frauen, die Stärkung der Identität der deutschen Frauen im nationalen Bewusstsein sowie die Bildung eines Netzwerkes. So versucht der Frauenkreis, Kontakte zu anderen national gesinnten Frauengruppen zu knüpfen.

Im allgemeinen Trend versuchen die Frauen, ihre Positionen und Interessen im extremistischen Spektrum zu stärken und weitere Gleichgesinnte zu rekrutieren.

Frage 14.3 Welche geschlechtsspezifischen Positionen vertreten die rechtsextremistischen Zusammenschlüsse und Organisationen?

Die rechtsextremistische Ideologie verfügt über kein in sich geschlossenes Weltbild. Der bruchstückhafte Charakter dieser Ideologie lässt daher eine Beschreibung eines spezifisch rechtsextremistischen Frauenbildes, das für alle rechtsextremistischen Strömungen gleichermaßen Geltung beanspruchen kann, nicht zu. Das rechtsextremistische Spektrum hat sich stark ausdifferenziert und unterliegt beständig Erneuerungs- und Veränderungsprozessen, sodass sich entsprechend den verschiedenen rechtsextremistischen Szenen auch verschiedene politische Konzepte herausgebildet haben, die entweder überhaupt nicht oder nur unzureichend, teilweise aber auch ausführlich - wie etwa bei den REP und der NPD - ein Frauenbild im Rahmen ihrer Programme, vorstellen.

Schon aus den Programmatiken rechtsextremistischer Parteien lässt sich erkennen, dass Rechtsextremisten für ein traditionelles Geschlechterverhältnis eintreten, welches wenig auf die heutigen Lebensverhältnisse und Vorstellungen der Frau zugeschnitten ist. Im rechtsextremistischen Weltbild wird die Rolle der Frau fast ausschließlich über die Bedeutung der deutschen Familie definiert. Diese gilt als Grundlage des deutschen Volkes und Träger des biologischen Erbes, ist Keimzelle des Staates und Raum der Vertrautheit, des sozialen Zusammenhaltes und der Natürlichkeit. Die Frau wird als treu sorgende Mutter und liebevolle Gattin zum Erhalt der deutschen Familie gesehen.

Rechtsextremistische Parteien in Deutschland thematisieren die Rolle der Frau im Kontext mit ihrer Familien- und Bevölkerungspolitik. Zwar geben sie sich modern, indem Berufstätigkeit der Frau nicht grundsätzlich infrage gestellt wird, allerdings betonen die Parteien die gesellschaftliche Bedeutung der Frau als Hausfrau und Mutter.

Die "Nationaldemokratische Partei Deutschland" (NPD) wertet die Hausfrau und Mutter in ihrer Programmatik durch Forderung eines Müttergehaltes für deutsche Mütter auf.

Die "Deutsche Volkunion" (DVU) knüpft die Gleichberechtigung der Frau an die Rolle der Frau als Mutter. "Die Republikaner" (REP) betonen die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und begründen diese mit den verschiedenen "Wesensarten" von Mann und Frau. Somit wird zwar eine Berufstätigkeit der Frau, jedoch keine vollständige Gleichberechtigung anerkannt. Neonazis halten mitunter an NS-Konzepten fest, die einem biologisch begründeten Müttermythos huldigen. Darin werden die Frauen weitgehend aus dem öffentlichen Leben verbannt und als "Naturwesen" zum Dienst an der Volksgemeinschaft verpflichtet, um so ihr weibliches Wesen zu verwirklichen.

Die in rechtsextremistischen Organisationen aktiven Frauen haben über das von diesem propagierten Frauenbild sehr unterschiedliche Ansichten. Nur etwa die Hälfte ist mit den familien- und frauenpolitischen Positionen einverstanden. Für viele dieser Frauen ist das traditionelle Frauenbild attraktiv, da die Rolle als Hausfrau und Mutter aufgewertet wird und Frauen von der Doppelbelastung in Familie und Beruf befreit werden. Gleichzeitig sehen sie sich bei ihren politischen Tätigkeiten im rechtsextremistischen Spektrum lediglich als "Unterstützerinnen" an der Seite ihrer Ehe- bzw. Lebenspartner.

Die Frau als Kampfgefährtin:

Im Gegensatz dazu gibt es in der rechtsextremistischen Szene einen nicht unerheblichen Anteil von Frauen, auch in führenden Positionen, die nicht mit den klassischen Rollenklischees einverstanden sind und Ansichten vertreten bzw. Lebensentwürfe haben, die mit den programmatischen Aussagen ihrer Gruppen nicht übereinstimmen. Dieses Rollenverständnis lässt sich mit dem Begriff "Die Frau als Kampfgefährtin" umschreiben.

Frage 14.4 Welche rechtsextremistischen Bestrebungen gibt es, um Mädchen und Frauen zu rekrutieren?

Siehe Antwort zu Frage 14.2.

Frage 14.5 Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für geeignet, um den von Rechtsextremisten propagierten Geschlechterstereotypen entgegenzuwirken und damit das Rekrutierungspotenzial wirkungsvoll zu verringern?

Da keine konkreten Maßnahmen in diesem Kontext realisiert werden, ist auf die klassischen Instrumente der Präventionsarbeit, der Jugendförderung, der Jugendbildung zu verweisen. Mädchen werden in diesem Fall nicht anders angesprochen als Jungen.

Frage 14.6 Welche Organisationen leisten in Hessen präventive Arbeit gegen die Beteiligung von Mädchen und Frauen in rechtsextremen Gruppen?

Hierzu liegen keine Informationen vor.

15. Bedrohung politischer Gegner

Frage 15.1 In welchen rechtsextremistischen (Internet)-Publikationen wie etwa der Listen der sogenannten "Anti-Antifa" wurden Namen und Adressen von politischen Gegnern veröffentlicht, um diese zu bedrohen und zu Gewalttaten gegen sie aufzurufen?

Die seit bereits 1992 überwiegend von Neonazis betriebene "Anti-Antifa-Kampagne", die seinerzeit von dem bekannten Rechtsextremisten Christian Worch initiiert wurde, hat sich zum Hauptziel die Bekämpfung der politischen Gegner gemacht. Seit dieser Zeit wurden über rechtsextremistische Publikationen bzw. das Internet entsprechende "Listen" des politischen Gegners veröffentlicht.

Die bekannt gewordenen Listen mit Personen/Institutionen in Hessen beinhalteten bislang jedoch keine konkreten Aufforderungen zur Gewaltanwendung. Gleichwohl dürfte die Benennung der Personen zum überwiegenden Teil zur Einschüchterung des "politischen Gegners" beabsichtigt gewesen sein.

In diesem Zusammenhang sind zu nennen:

- Publikation "Der Einblick",
- Internetseite "Schwarze Liste der JNS",
- Publikation "Der Wehrwolf",
- Internetseite "Neogermania",
- Internetseite "Arische Bruderschaft",
- Internetseite "Bund für echte Demokratie".

Der Begriff "Anti-Antifa" kennzeichnet eine politische Strategie, die die Rechtsextremisten von ihren politischen Gegnern, der linksextremistischen "Antifa", übernommen haben. Ziel der Kampagne ist es, durch das Sammeln und Veröffentlichen von persönlichen Daten des politischen Gegners diesen zu verunsichern und angreifbar zu machen.

In Hessen kam es 2004 im Rahmen der Demonstrationsserie des "Aktionsbündnisses Mittelhessen" (ABM; im November 2004 aufgelöst) in Gladenbach (Landkreis Marburg Biedenkopf) und Marburg zu offenen Aufrufen gegen die Antifa. Hintergrund waren die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Rechtsextremisten und Linksextremisten während der Demonstration am 21. Februar 2004 in Gladenbach. Die Rechtsextremisten reagierten auf die Attacken der Linksextremisten mit Steckbriefen nachempfundenen Flugblättern, auf denen mehrere mutmaßliche Antifaschisten abgebildet waren. Hinweise zur Aufklärung der Straftaten sollten demnach an die Anti-Antifa Hessen oder eine Polizeidienststelle gerichtet werden.

Die darauf folgende dritte Demonstration in Gladenbach am 17. April 2004 stand unter dem Motto "Gladenbach die 3. Halbzeit - Gegen linken Terror und Polizeiwillkür". Auf Flyern und Plakaten wurde aufgerufen, die Antifa zu zerschlagen.

Eine Attackierung der abgebildeten Antifaschisten konnte in der Folgezeit nicht beobachtet werden.

Frage 15.2 Wurden die dort genannten Personen seitens der Landesregierung informiert?

Je nach Bewertung der Gefährdungsrelevanz im Einzelfall wurden die betroffenen Personen/Institutionen über den Sachverhalt informiert.

Frage 15.3 Wie schätzt die Landesregierung die Gefährdung dieser Personen ein?

Grundsätzlich kann nicht hinreichend sicher ausgeschlossen werden, dass es durch Veröffentlichungen der oben angeführten Art zur Begehung von strafba-

ren Handlungen z.N. der veröffentlichten Personen durch Angehörige des rechtsextremistischen Spektrums kommen könnte.

Grundsätzlich bedarf es jedoch einer einzelfallbezogenen Gefährdungsanalyse, die im Ergebnis zur Bewertung einer abstrakten bis hin zu einer konkreten Gefährdung führen kann. Diese einzelfallbezogene Gefährdungsanalyse wurde bei den bisher bekannt gewordenen Sachverhalten durchgeführt und regelmäßig modifiziert.

Frage 15.4 Was wurde zum Schutz der Personen unternommen?

Je nach Gefährdungsbewertung im Einzelfall wurden die zuständigen Polizeipräsidien sensibilisiert und Sicherheits- und Verhaltensberatungen durchgeführt. In Einzelfällen führte dies auch zur Einleitung bzw. zur Erhöhung von polizeilichen Schutzmaßnahmen.

16. Internationale Kontakte

Frage 16.1 Welche Kontakte pflegen hessische Rechtsextremisten zu ausländischen gewaltbereiten Rechtsextremisten besonders aus Belgien, den Niederlanden, Skandinavien, Großbritannien, den USA und aus den osteuropäischen Staaten?

Die Aktivisten der hessischen Neonazi- und Skinheadszenen unterhalten vielfältige Kontakte zu Gesinnungsgenossen, insbesondere in die benachbarten Länder wie Belgien, Niederlande, Österreich, Schweiz, Italien, Frankreich, Spanien, Dänemark, Schweden, aber auch in die USA, nach Großbritannien, Ungarn oder Tschechien.

Der Kontakt findet zumeist bei rechtsextremistischen Großveranstaltungen wie dem Heß-Marsch (unter anderem auch bis 2004 in Wunsiedel), der Ijzerbedevaart (Belgien), dem Falangistentreffen (Spanien) oder dem Ulrichsbergtreffen in Klagenfurt (Österreich) statt. Des Weiteren bieten Skinheadkonzerte die Möglichkeit, sich auch international mit anderen Rechtsextremisten auszutauschen.

Frage 16.2 Welche gemeinsamen Aktionen gab es seit 1990?

Siehe Antwort zu Frage 16.1.

Die vielfältigen Auslandskontakte der rechtsextremistischen Parteien werden in der Regel grundsätzlich auf Bundesebene bzw. von den Parteivorständen geführt. Sie dienen der Festigung der internationalen Kontakte, dem Informationsaustausch und der Absprache gemeinsamer Aktionen. Ausländische Aktivisten treten zunehmend als Redner bei rechtsextremistischen Veranstaltungen in Deutschland auf. Daraus ergibt sich für die Beobachtung solcher Aktivitäten auf Landesebene lediglich ein Gesamtüberblick. Danach unterhalten alle extremistischen Parteien, hierbei speziell die DVU, NPD, und REP, seit Jahren vielfältige Beziehungen zu vielen bekannten europäischen aber auch außereuropäischen Parteien und Gesinnungsgenossen. Hervorzuheben sind dabei Kontakte zur französischen "Front National", zur spanischen "La Falange" oder zur belgisch-flämischen "Vlaams Belang". Aber es wurden in der Vergangenheit auch Beziehungen zu so unterschiedlichen Einzelpersonen wie zum Vorsitzenden der "Liberaldemokratischen Partei Rußlands", Wladimir Schirinowskij, oder mit dem Führer der NSDAP/AO in den USA, Gary Lauck, gepflegt.

NPD, DVU und REP verfolgen in Bezug auf Auslandskontakte unterschiedliche Strategien. Während die NPD relativ wahllos zu zahlreichen rechtsextremistischen Organisationen Verbindungen aufgenommen hat und bei vielen Veranstaltungen ausländische Gäste präsentiert, beschränkt sich die DVU auf nur wenige "offizielle" Auslandskontakte, meist zu sogenannten etablierten rechtsextremistischen Parteien. Bei den REP liegen die Kontakte zu ausländischen Organisationen hauptsächlich in der Verantwortung einiger regionaler Aktivisten, während beim Parteivorstand keine klare Linie erkennbar ist.

Zuletzt trat in Hessen bei einer gemeinsamen Wahlkampfveranstaltung mit dem REP-Landesverband Rheinland-Pfalz am 18. März in Wiesbaden neben Dr. Schlierer und dem hessischen Landesvorsitzenden auch Reno Mechant auf, der in einer REP-Veröffentlichung als Referent für auswärtige Beziehungen im Parteivorstand der größten flämischen Volkspartei Vlaams Belang vorgestellt wurde. Dieser betonte die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der demokratischen Rechtsparteien in Europa, um der verhängnisvollen linksliberalen Globalisierungs- und Zuwanderungspolitik gegensteuern zu können. Eine weitere wichtige Gemeinsamkeit sei der Kampf gegen die Islamisierung Europas.

Frage 16.3 Sind Geldflüsse aus internationalen Kreisen an hessische Rechtsextremisten nachweisbar?

Größere Geldflüsse aus "internationalen Kreisen" an hessische Rechtsextremisten oder rechtsextremistische Organisationen sind bisher nicht bekannt geworden.

Frage 16.4 Welche Veranstaltungen wurden von welchen Personen und Gruppierungen genutzt, um Kontakte zu knüpfen bzw. aufrechtzuerhalten?

Nach hier vorliegenden Erkenntnissen nutzen rechtsextremistische Personen und Gruppierungen vor allem Skinhead-Konzerte im In- und Ausland sowie Großveranstaltungen wie Rudolf-Heß-Märsche und Demonstrationen am 1. Mai, um Kontakte zu knüpfen bzw. aufrecht zu erhalten.

Ansonsten wird auf die Antworten zu den Fragen 16.1 und 16.2 hingewiesen.

17. Rechte Skinheads

Frage 17.1 Wie viele Skinheads gehören der rechtsextremistischen Szene in Hessen an?

Der rechtsextremistischen Szene in Hessen gehören etwa 750 Skinheads an.

Frage 17.2 Welche Straftaten von rechtsextremistischen Skinheads wurden in Hessen seit 1990 begangen

Eine Klassifizierung bzw. gesonderte Erfassung der dem Hessischen Landeskriminalamt gemeldeten Straftaten der politisch motivierten Kriminalität - rechts - hinsichtlich der Tatbegehungsweise durch rechtsextremistische Skinheads erfolgt nicht und ist aufgrund fehlender/im Einzelfall faktisch nicht zuordenbarer Kriterien nicht möglich.

Frage 17.3 Sind Verbindungen hessischer Skinheads zu den "Hammerskins" oder "Blood & Honour" bekannt?

Nach den hier vorliegenden Erkenntnissen gibt es Verbindungen hessischer Skinheads zu der Skinheadbewegung "Hammerskins".

Bezüglich der seit dem Jahr 2000 durch das BMI verbotenen Skinhead-Organisation "Blood & Honour" gibt es nach den aktuell hier vorliegenden Erkenntnissen zum Teil sehr enge Verbindungen.

Frage 17.4 Gab oder gibt es "Hammerskins" und "Blood & Honour"- Gruppierungen auch in Hessen?

Die Organisation "Blood & Honour" und deren Jugendorganisation "White Youth" wurden vom Bundesminister des Innern (BMI) am 14. September 2000 verboten. Die in Deutschland zuletzt etwa 240 Mitglieder zählende Organisation "B & H" verbreitete in Publikationen und auf CDs, Kassetten und Videos nationalsozialistisches Gedankengut. Allein der von den Skinheads in altdeutscher Schrift verwendete Namen Blood & Honour ("Blut und Ehre") deutet auf die Identifikation mit dem Nationalsozialismus hin: Eines der beiden Nürnberger Rassegesetze von 1935 hieß "Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre".

Auch indem B & H ihre Zielsetzungen mit "25 Punkte-Programm" bezeichnete, dokumentierte die Organisation ihre Nähe zum Nationalsozialismus. Diese Überschrift trug bereits 1920 das Programm der Nationalistischen Deutschen Arbeiterpartei. Verschiedene B-&H-Broschüren enthielten zahlreiche rassistische und ausländerfeindliche Artikel. Die Hauptaktivität von B & H bestand darin, Konzerte zu veranstalten. Zwischen 1998 und 2000 belief sich die Zahl der Konzerte auf über 50. Die oberste Organisationseinheit von B & H in Deutschland nannte sich Division.

Bis zum Verbot der rechtsextremistischen Skinhead-Gruppierung "Blood & Honour" und deren Jugendorganisation "White Youth" durch das BMI am 13. September 2002 (vollstreckt am 14. September 2002) gab es in Hessen zwei so genannte Sektionen mit insgesamt 20 bis 30 Mitgliedern dieser Organisation.

In Hessen bestanden die "Blood & Honour"-Sektionen Nordhessen mit Sitz in Kassel sowie Südhessen mit Sitz in Offenbach. Nach Durchführung des Verbotsverfahrens, verbunden insbesondere mit Durchsuchungsmaßnahmen bei führenden Personen dieser Gruppierung und der damit einhergehenden Sicherstellung von Vereinsunterlagen, gab es zunächst keine weiteren Erkenntnisse über die Fortführung dieser verbotenen Organisation.

Im Rahmen polizeilicher Ermittlungen wurde in den Folgejahren jedoch bekannt, dass es in mehreren Bundesländern - so auch in Hessen - zur Fortführung dieser Organisation gekommen sein soll. Die durchgeführten Ermittlungsverfahren mündeten in einer konzertierten Durchsuchungsmaßnahme unter der Beteiligung von sieben Bundesländern am 7. März 06. In Hessen kam es in diesem Zusammenhang zur Durchführung von neun Durchsuchungsmaßnahmen, die zur Sicherstellung/Beschlagnahme umfangreicher "Blood & Honour"-Devotionalien sowie weiterer Beweismittel geführt hat. Die entsprechenden Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes nach § 85 StGB (Verstoß gegen das Vereinsverbot) sind noch nicht abgeschlossen.

Mit bundesweit etwa 100 Angehörigen (Stand: 2000) haben die Hammerskins in Deutschland weit weniger Zulauf. Ihnen ist es bisher nicht gelungen, eine flächendeckende Struktur aufzubauen. Von B & H unterscheiden sie sich vor allem durch ihr extrem ausgeprägtes Elitedenken. Das Symbol der Hammerskins sind zwei gekreuzte Zimmermann-Hämmer, die in ihrem Ursprungsland USA als Zeichen der Kraft und Stärke der weißen Arbeiterklasse gelten. Ziel der Bewegung ist es, alle weißen Skinheads in einer "Hammerskin-Nation" zu vereinen, deshalb besitzen Hammerskins gute Kontakte zu ausländischen Skinheads.

Über die Existenz einer Hammerskin-Gruppierung in Hessen liegen hier keine Erkenntnisse vor. Verbindungen hessischer Skinheads zu dieser Gruppierung lassen sich nach hier vorliegenden Informationen insbesondere durch die Teilnahme an Skinheadkonzerten dieser Organisation belegen.

Frage 17.5 Welche rechtsextremistischen "Fanzines" werden in Hessen verlegt oder sind in Hessen im Umlauf?

Grundsätzlich ist anzumerken, dass Fanzines als Medium für die rechtsextremistische Szene gegenüber dem Internet stark an Bedeutung verloren haben.

Der Grund dafür dürfte die größere Aktualität sowie die geringen Kosten für Ersteller und Leser des Mediums Internet sein. Darüber hinaus lassen sich Online-Fanzines sowie Fanzine ähnliche Homepages - ebenso wie die Homepages von Bands und Vertrieben, Internetforen und Newsletter - als aktuelles Informations- und Kommunikationsmedium für Konzerthinweise und -besprechungen, CD-Kritiken und Neuankündigungen sowie Szene-Neuigkeiten nutzen.

In Hessen erschienen in unregelmäßigen Abständen

- das "Hessisch Blättche" (Südosthessen),
- "Handkäs mit Musik" (Südhessen),
- der "Äppelwoi-Express" (Frankfurt am Main) und
- der "Bembelsturm" (Frankfurt am Main).

Siehe hierzu auch die Antwort zu Frage 9.2.

Derzeit liegen bei hiesiger Dienststelle keine Erkenntnisse über "Fanzines" vor, die in Hessen verlegt werden bzw. in Hessen im Umlauf sind.

Über den Umlauf so genannter Fanzines aus dem Bundesgebiet bzw. dem Ausland bei hessischen Skinheads können hier keine abschließenden Angaben gemacht werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass auch hessische Skinheads über derartige Publikationen verfügen.

Frage 17.6 Welche Verbindungen bzw. Kontakte von Nazi-Skinheads von Rechtsextremisten gibt es zu Hooligans bzw. der Fußballszene?
Um die Fans welcher Vereine handelt es sich hierbei?

Auf die Antwort zu Frage 9.1 wird verwiesen.

18. "Private Partys", Sonnwendfeiern und Kameradschaftsabende etc.

Frage 18.1 Wo und wann fanden in Hessen als private Partys getarnte Veranstaltungen von Rechtsextremisten statt?

Nach hier vorliegenden Erkenntnissen fanden die nachfolgend aufgelisteten, als private Partys getarnte, Veranstaltungen von Rechtsextremisten in Hessen statt:

Datum	Als private Partys getarnte VAen	Veranstaltungsort
24.04.1999	Geburtstagsfeier	Lich-Langsdorf
23.05.1999	Geburtstagsfeier	Hungen
08.01.2000	Private Feier	Ehringshausen
20.04.2001	Familienfeier	Hessisch-Lichtenau
16.06.2001	Geburtstagsfeier	Dornburg-Frickhofen
23.06.2001	Verlobungsfeier	Steffenberg OT Obereisenhausen
11.08.2001	Geburtstagsfeier	Geilshausen OT Rabenau
16.03.2002	Oldie-Abend	Wehrheim OT Friedrichsthal
20.04.2002	Geburtstagsfeier	Kirtorf
15.06.2002	Geburtstagsfeier	Kirtorf
24.08.2002	Geburtstagsfeier	Rodgau-Dudenhofen
19.10.2002	Geburtstagsfeier	Kirtorf
05.04.2003	Geburtstagsfeier	Kirtorf
19. - 21.04.2003	Geburtstagsfeier	Kirtorf
06.09.2003	Private Feier	Kirtorf
01.11.2003	Geburtstagsfeier	Büdingen
06.12.2003	Nikolausfeier	Kirtorf
31.12.2003	Silvesterparty	Kirtorf
31.12.2003	Silvesterparty	Runkel-Dehrn

21.02.2004	Geburtstagsfeier	Kirtorf
15.03.2004	Geburtstagsfeier	Neu-Anspach
20.03.2004	Private Feier/ Einweihungsfeier	Kirtorf
10.04.2004	Geburtstagsfeier	Wehrheim OT Friedrichsthal
17.04.2004	Geburtstagsfeier	Nidderau-Heldenbergen
23. - 25.04.2004	Geburtstagsfeier	Kirtorf
10.06.2004	Geburtstagsfeier	Nidderau-Heldenbergen
12.06.2004	Geburtstagsfeier	Kirchhain OT Großseelheim
03.07.2004	Geburtstagsfeier	Kirtorf
09.10.2004	Verlobungsfeier	Oberaula
16.10.2004	Geburtstagsfeier	Aßlar
03.12.2004	Familienfeier	Lohra OT Damm
24.12.2004	Weihnachtsfeier	Kirtorf
31.12.2004	Silvesterparty	Kirtorf
29.01.2005	Geburtstagsfeier	Kirtorf
06.02.2005	Geburtstagsfeier	Schwarzenborn
25.02.2005	Private Feier	Frankfurt OT Rödelheim
19.03.2005	Private Feier	Groß-Umstadt OT Richen
16.04.2005	Geburtstagsfeier	Butzbach OT Hochweisel
23.04.2005	Geburtstagsfeier	Kirtorf
11.06.2005	Geburtstagsfeier	Butzbach OT Hochweisel
03.09.2005	Geburtstagsfeier	Kirtorf
22.10.2005	Geburtstagsfeier	Homburg
05.11.2005	Verlobungsfeier	Rimbach OT Mitlechtern
11.11.2005	Geburtstagsfeier	Felsberg OT Heßlar
03.12.2005	Weihnachtsfeier	Heppenheim
07.01.2006	Geburtstagsfeier	Griesheim
28.01.2006	Geburtstagsfeier	Kirtorf
22.02.2006	Geburtstagsfeier	Lahntal OT Brungershausen

Sofern es sich um private Musikveranstaltungen handelt, bedürfen diese grundsätzlich keiner Anmeldung. Die Anmietung der Räumlichkeiten erfolgt als:

- "Geburtstagsfeier",
- "Grillfeier",
- "Verlobungsfeier",
- "Vereinsfeier"
- oder als Feier aus ähnlichen Anlässen

Die Mehrzahl der Musikveranstaltungen wurde nicht angemeldet. Ein öffentlicher Charakter konnte nur in wenigen Fällen nachgewiesen werden.

Frage 18.2 Wo und wann fanden Sonnwendfeiern und "Führer-Geburtstagsfeiern" von Rechtsextremisten statt?

Aus nachrichtendienstlichen Gründen können hier nicht alle Veranstaltungen abschließend genannt werden.

Sonnwend- und "Führer-Geburtstagsfeiern" der vergangenen 10 Jahre in Hessen finden sich in der nachstehenden Tabelle:

Sonnwendfeiern 1995 bis 2005 in Hessen		
Sommersonnwende	22. Juni 1996	Weilrod-Gemünden
Sommersonnwende	22. Juni 1996	Laubach
Wintersonnwende	20. Dezember 1996	Wetzlar
Sommersonnwende	21. Juni 1997	Dillenburg-Eibach
Sommersonnwende	21. Juni 1997	Nidderau
Wintersonnwende	21. Dezember 1997	Solms-Oberbiel
Wintersonnwende	20. Dezember 1997	Usingen-Merzhausen
Sommersonnwende	20. Juni 1998	Wetzlar-Steindorf
Sommersonnwende	20. Juni 1998	Gießen-Lützellinden
Sommersonnwende	20. Juni 1998	Diemelsee-Ottlar
Wintersonnwende	19. Dezember 1998	Schwarzenborn
Wintersonnwende	19. Dezember 1998	Ehringshausen
Sommersonnwende	19. Juni 1999	Gießen-Lützellinden
Sommersonnwende	19. Juni 1999	Freiensteinau-Fleschenbach
Sommersonnwende	19. Juni 1999	Wölfersheim
Sommersonnwende	20. Juni 1999	Gießen-Lützellinden
Wintersonnwende	18. Dezember 1999	Gießen-Lützellinden
Sommersonnwende	17. Juni 2000	Grünberg-Lardenbach
Sommersonnwende	17. Juni 2000	Gießen-Lützellinden
Sommersonnwende	21. Juni 2000	Bad Wildungen
Wintersonnwende	16. Dezember 2000	Schwarzenborn
Wintersonnwende	16. Dezember 2000	Gießen-Lützellinden
Wintersonnwende	21. Dezember 2000	Gießen-Lützellinden

Wintersonnwend	23. Dezember 2000	Gießen-Lützellinden
Sommersonnwend	16. Juni 2001	Gießen-Lützellinden
Sommersonnwend	21. Juni 2001	Vogelsberg
Sommersonnwend	21. Juni 2001	Schlüchtern
Sommersonnwend	23. Juni 2001	Schwarzenborn
Sommersonnwend	23. Juni 2001	Ffm.-Niederrad
Sommersonnwend	23. Juni 2001	Steffenberg
Wintersonnwend	15. Dezember 2001	Gießen-Lützellinden
Wintersonnwend	22. Dezember 2001	Schwarzenborn
Sommersonnwend	21. Juni 2002	Schlüchtern
Sommersonnwend	21. Juni 2002	Großenlüder-Bimbach
Sommersonnwend	21. Juni 2002	Bad Wildungen
Sommersonnwend	22. Juni 2002	Schwarzenborn
Sommersonnwend	22. Juni 2002	Ehringshausen
Sommersonnwend	21. Juni 2002	Grebenstein
Wintersonnwend	21. Dezember 2002	Schwarzenborn
Sommersonnwend	21. Juni 2003	Schwarzenborn
Sommersonnwend	21. Juni 2003	Schlüchtern
Wintersonnwend	20. Dezember 2003	Ehringshausen
Wintersonnwend	20. Dezember 2003	Schwarzenborn
Sommersonnwend	20. Juni 2004	Ehringshausen-Daubhausen
Sommersonnwend	20. Juni 2004	Schlüchtern
Sommersonnwend	26. Juni 2004	Schwarzenborn
Wintersonnwend	18. Dezember 2004	Niestetal-Sandershausen
Wintersonnwend	18. Dezember 2004	Schwarzenborn
Sommersonnwend	18. Juni 2005	Schwarzenborn
Sommersonnwend	25. Juni 2005	Wöllstadt

"Führer-Geburtstagsfeiern" 1995 bis 2005 in Hessen

20. April 1995	Kirtorf
20. April 1996	Kirtorf
20. April 1998	Kirtorf
13. April 1999	Rotenburg
20. April 1999	Raum Bad Hersfeld
20. April 2000	Weilmünster-Langenbach
20. April 2000	Kirtorf
20. April 2000	Eschenburg-Eibelshausen
20. April 2000	Schlitz
20. April 2001	Knüllwald-Rengshausen
20. April 2001	Hessisch-Lichtenau
20. April 2001	Niedernhausen
20. April 2001	Frankfurt am Main
20. April 2001	Niederjosbach
20. April 2001	Buseck
20. April 2001	Kirtorf
20. April 2002	Brensbach
20. April 2002	Kirtorf
20. April 2002	Hessisch-Lichtenau
20. April 2002	Brachtal-Neuenschmidten
20. April 2003	Kirtorf
20. April 2003	Espenau-Hohenkirchen
20. April 2004	Bergstraße
20. April 2005	Fritzlar
20. April 2006	Malsfeld-Sippershausen

Frage 18.3 Welche öffentlichen und privaten Gebäude werden zu so genannten Kameradschafts-abenden genutzt?

- Schwarzenborn (Schwalm-Eder-Kreis), Anwesen des Manfred Roeder, Zentrum der von Roeder allein geführten DBI (Deutsche Bürgerinitiative). Die Bedeutung des Hauses für die Arbeit der DBI wird in folgenden Zitaten verdeutlicht:

"Der Knüll ist die sichtbare Keimzelle für das neue (und ewig alte) Reich! Hier lernt die Jugend Disziplin und Ehrfurcht vor den Vätern und den eigenen (nicht fremden) Göttern! ... hier lernt die Jugend deutsche Zucht, deutschen Geist, deutsche Lieder. Deutschland, das Herz der Völker und der Kern der europäischen Eidgenossenschaft, kein Völkerbrei, sondern eine sittlich strukturierte Gemeinschaft verwandter Völker in ihrer unterschiedlichen Eigenart." (aus dem von Roeder selbst herausgegebenen Rundbrief 9/2002). "Der Knüll ist zum Schulungszentrum dieser Jugend geworden, wo man sich ständig und immer zahlreicher trifft. Wo man Volkslieder singt und deutsche Geschichte ohne die Verdrehungen der Umerzieher kennen lernt. Nur aus echter Vaterlandsliebe und Verantwortung kann Deutschland neu erstehen" (Rundbrief 5/2001).

- Kirtorf (Vogelsbergkreis), Anwesen des Bertram Köhler. Dort wurden bis Frühjahr 2004 Kameradschaftstreffen und regelmäßig Skinheadkonzerte abgehalten. Bis einschließlich Juli 2004 veranstaltete Köhler dort neben Kameradschaftstreffen auch regelmäßig Skinheadkonzerte mit bis zu 250 Teilnehmern. Nachdem ein Journalist verdeckt ein Konzert am 3. Juli 2004 filmte und Ausschnitte des Films im Fernsehen gezeigt wurden (unter anderem Zeigen des Hitlergrußes) verhängte die zuständige Behörde im September 2004 ein Nutzungsverbot für Köhlers Anwesen. Es darf nicht mehr als Aufenthalts- bzw. Veranstaltungsraum genutzt werden.
- Nidderau-Heldenbergen, zwei Führer der Neonazikameradschaft "Freie Nationalisten Rhein-Main" mieteten im Frühjahr 2004 einen ehemaligen Bauernhof als Treffpunkt von Kameradschaftsabenden.
- Butzbach-Hochweisel, Mitglieder einer Kameradschaft erwarben einen Gebäudekomplex als Versammlungs- und Partyraum, in dem Schulungen und interne Treffen stattfinden.

Frage 18.4 Liegen dem Verfassungsschutz Erkenntnisse darüber vor, welche Gaststätten und Discotheken von Rechtsextremisten regelmäßig aufgesucht werden?

Neben den in Frage 18.3 aufgeführten privaten Wohnobjekten hessischer Rechtsextremisten werden verschiedene Gaststätten, vor allem im Raum Bergstraße, der Wetterau, dem Rhein-Main-Gebiet und dem Hochtaunus-Kreis für interne, zum Teil konspirative Kameradschaftstreffen und sogenannte Stammtische genutzt. Aus nachrichtendienstlichen Gründen wird auf eine Aufzählung einzelner Lokalitäten verzichtet.

Frage 18.5 Liegen der Landesregierung Erkenntnisse über rechtsextremistische Infrastruktur (Wohnprojekte und Geschäfte) vor?

Wohnprojekte:

- Wohngemeinschaft in Butzbach (OT Hoch-Weisel)/Mittelhessen,
- Haus Richberg in Schwarzenborn/Nordhessen.

Geschäfte:

- Blitz-Versand in Altenstadt/Mittelhessen,
- Sleipnir-Shop in Grünberg/Mittelhessen,
- Football Fanworld Hessen in Mücke/Osthessen.

Ansonsten wird auf die Antworten der Fragen 18.3 und 18.1 verwiesen.

II. Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in Hessen

1. Fremdenfeindliche Aktivitäten

Frage 1.1 Welche fremdenfeindlichen Aktivitäten (Überfälle, Anschläge usw.) sind der Landesregierung seit 1990 bekannt geworden (mit der Bitte um eine genaue Auflistung der Straftaten je Jahr)?

Seit Januar 1992 erfolgt die Erfassung der fremdenfeindlichen Straftaten in Hessen in Form eines Landeslagebildes, das sich wie nachfolgend darstellt:

**Gewaltdelikte Politisch motivierte Kriminalität - rechts -
mit fremdenfeindlicher Motivation**

1992 bis 1998	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Tötungsdelikte (§§ 211 ff. StGB) (Vollendung)	7 (-)	3 (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)
(Versuch) (i. V. m. § 30 StGB Vorbereitungshdlg)	(7)	(3)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
Körperverletzungen (§§ 223 ff. StGB)	23	29	23	10	2	6	6
Brandstiftungen (§§ 306 ff. StGB)	39	40	14	4	-	4	2
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion (§ 308 StGB)	-	-	-	-	-	-	-
Landfriedensbruch (§ 125 StGB)	5	4	-	-	-	1	-
Gefährliche Eingriffe i. d. Bahn-, Luft-, Schiffs-, und Straßenvk. (§ 315 ff. StGB)	-	-	-	-	-	-	-
Freiheitsberaubung (§§ 234, 239 ff. StGB)	-	-	-	-	-	-	-
Raub (§§ 249 ff. StGB)	-	-	-	-	-	-	-
Erpressung (§§ 253, 255 StGB)	-	-	-	-	-	-	-
Widerstandsdelikte (§§ 113 ff. StGB)	-	-	-	-	-	-	-
Sexualdelikte (§§ 177, 178 StGB)	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt:	74	76	37	4	2	11	8

1999 bis 2005	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Tötungsdelikte (§§ 211 ff. StGB) (Vollendung)	1 (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)	- (-)
(Versuch) (i. V. m. § 30 StGB Vorbereitungshdlg)	(1)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
Körperverletzungen (§§ 223 ff. StGB)	14	29	17	15	22	14	9
Brandstiftungen (§§ 306 ff. StGB)	1	-	-	-	-	1	-
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion (§ 308 StGB)	-	-	-	-	-	-	-
Landfriedensbruch (§ 125 StGB)	1	1	-	-	-	-	-
Gefährliche Eingriffe i. d. Bahn-, Luft-, Schiffs-, und Straßenvk. (§ 315 ff. StGB)	-	-	-	-	1	-	-
Freiheitsberaubung (§§ 234, 239 ff. StGB)	-	-	-	-	-	-	-
Raub (§§ 249 ff. StGB)	-	-	-	-	-	-	-
Erpressung (§§ 253, 255 StGB)	-	-	1	-	-	-	-
Widerstandsdelikte (§§ 113 ff. StGB)	-	-	-	-	1	1	1
Sexualdelikte (§§ 177, 178 StGB)	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt:	17	30	18	15	24	16	10

Aus Gründen der Transparenz und abweichenden Betrachtungsweise wird der Beitrag des Hessischen Ministers der Justiz ergänzend dargestellt:

Für den Geschäftsbereich des HMDJ ist ergänzend anzumerken, dass auf Veranlassung der Bundesregierung von den Staatsanwaltschaften seit 1992 Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer Straftaten erfasst und dem Justizministerium zur Unterrichtung der Bundesregierung zugeleitet werden. Angaben zu den Jahren 1990 und 1991 können nicht gemacht werden, da entsprechende Erhebungen nicht durchgeführt wurden.

Wegen der Ergebnisse für die Jahre 1992 bis 2005 wird auf die letzte (rechte) Spalte der nachfolgenden Tabelle verwiesen. Eine Aufgliederung nach Straftaten ist bezüglich der Ermittlungsverfahren wegen fremdenfeindlicher Aktivitäten für diesen Zeitraum nicht mehr möglich. Siehe Anlage 5.

2. Täterstatistiken

Frage 2.1 Wie viele Tatverdächtige wurden wegen fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Aktivitäten seit 1990 in Hessen festgenommen?

Gemäß dem für die Polizei gültigen und diesem Phänomenbereich zugrunde liegenden Meldedienst "Kriminalpolizeilicher Meldedienst – Politisch motivierte Kriminalität" (KPM-D-PMK) werden dem HLKA ausschließlich die ermittelten Tatverdächtigen gemeldet. Inwieweit es bei den Täterermittlungen zu freiheitsentziehenden Maßnahmen gekommen ist, ist nicht in jedem Falle registriert und somit nicht belastbar darzustellen.

Die Aussagen zu den Jahren 1992 und 1993 betreffen ausschließlich die bezüglich fremdenfeindlicher Straftaten ermittelten Tatverdächtigen. Die Darstellung der rechtsextremistischen Straftaten in Form eines Landeslagebildes erfolgt in Hessen erst seit 1994.

Nach Modifizierung des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Staatsschutzangelegenheiten (KPM-D-S) und Umbenennung in "Kriminalpolizeilichen Meldedienst - Politisch motivierte Kriminalität" (KPM-D-PMK) werden seit 1. Januar 2001 die

vormals antisemitischen Straftaten unter der Begrifflichkeit "Politisch motivierte Kriminalität - rechts -" bzw. "rechtsextremistisch" subsumiert.

Daher ergeben sich für die Jahre ab 2001 leicht erhöhte Zahlen der ermittelten Tatverdächtigen:

Jahr	Ermittelte Tatverdächtige
1992	222
1993	203
1994	300
1995	220
1996	188
1997	278
1998	219
1999	383
2000	701
2001	529
2002	354
2003	322
2004	353
2005	445

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen zu II Frage 1.1 wird darauf hingewiesen, dass Verfahren mit einem rechtsextremistischen Hintergrund erst seit 1992 erfasst werden. Verlässliche Angaben zu den Jahren 1990 und 1991 sind daher nicht möglich.

Seither haben die hessischen Staatsanwaltschaften im Rahmen der Erfassung fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Verfahren die Zahl ergangener Haftbefehle wie folgt mitgeteilt:

Jahr	Jugendl.	Heranw.	Erwachs.	Jahr	Jugendl.	Heranw.	Erwachs.
1992	3	6	12	1999	0	0	1
1993	1	10	3	2000	0	0	1
1994	0	0	0	2001	0	0	0
1995	0	0	2	2002	0	0	0
1996	0	0	0	2003	0	0	0
1997	0	0	0	2004	0	0	0
1998	1	1	1	2005	0	0	0

Frage 2.2 Wie viele Ermittlungsverfahren wurden wegen rechtsextremistischer Aktivitäten in Hessen seit 1990 eingeleitet und mit einer Verurteilung abgeschlossen (bitte nach Straftaten aufgeschlüsselt)?

Auf die Antwort zu II Frage 1.1 beigefügte Tabelle wird zunächst verwiesen. (Siehe Anlage 5).

Wegen der Verurteilungen, die nicht nach Straftaten aufgeschlüsselt erfasst werden, ergibt sich für den Zeitraum seit 1992 folgendes Bild: Siehe Anlage 6.

Frage 2.3 In wie vielen Fällen wurden die Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten seit 1990 in Hessen eingestellt?

Auf die nachfolgende Übersicht wird verwiesen: Siehe Anlage 7.

Frage 2.4 Wie hoch ist die Rückfallquote bei rechtskräftig verurteilten Straftätern mit rechtsextremem Hintergrund (aufgeschlüsselt nach Jugendlichen und Erwachsenen)?

Rückfallstatistiken werden nicht geführt, sodass Angaben hierzu nicht gemacht werden können.

Frage 2.5 Wie viele Personen aus dem rechtsextremistischen Spektrum in Hessen standen seit 1990 aus welchen Gründen unter "polizeilicher Beobachtung"?

Das Instrument der "Polizeilichen Beobachtung" nach § 17 HSOG (präventiv) bzw. § 163 e StPO (repressiv) wird im Phänomenbereich der politisch motivierten Kriminalität - rechts - seit Jahren durch die Polizeidienststellen in Hessen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten genutzt.

Die Ausschreibungen erfolgten/erfolgen nach einer bei Gesamtwürdigung der Person erstellten Prognose, dass sie auch künftig Straftaten mit erheblicher

Bedeutung begangen wird, bzw. dann, wenn eine Straftat von erheblicher Bedeutung begangen wurde.

Aufgrund der engen datenschutzrechtlichen Speicherungs- und Aufbewahrungsvorschriften - insbesondere nach Ablauf einer solchen Maßnahme - kann die Zahl der seit 1990 zur Polizeilichen Beobachtung ausgeschriebenen Personen nicht benannt werden.

Frage 2.6 In wie vielen Fällen wurde in den letzten vier Jahren im Vorfeld von rechtsextremistischen Veranstaltungen der nach dem HSOG mögliche Unterbindungsgewahrsam angewandt und wie lange dauerte dieser jeweils an?

Nach hier vorliegenden Erkenntnissen wurde in Hessen in den letzten vier Jahren im Vorfeld von rechtsextremistischen Veranstaltungen kein Unterbindungsgewahrsam ausgesprochen.

3. Opferstatistiken

Frage 3.1 Wie viele Personen wurden durch rechtsextremistische Anschläge und Überfälle seit 1990 in Hessen verletzt

Die Frage kann für den gewünschten Zeitraum nur eingeschränkt beantwortet werden, da die Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität - rechts - bezüglich fremdenfeindlicher Straftaten erst seit 1992, antisemitischer Straftaten seit 1993 und rechtsextremistischer Straftaten seit 1994 in Form eines Jahreslagelbildes erfasst und dargestellt werden.

Seit der Modifizierung des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Staatsschutzangelegenheiten zum 1. Januar 2001 werden unter "Politisch motivierter Kriminalität - rechts - " bzw. unter "rechtsextremistisch" nun auch die Straftaten aus den Themenfeldern "Fremdenfeindlich" und "Antisemitisch" subsumiert. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurde im Nachfolgenden die Anzahl der verletzten Personen aus den Fallzahlen der fremdenfeindlichen, antisemitischen und rechtsextremistischen Straftaten (bis 2000) und der Politisch motivierten Kriminalität - rechts - (ab 2001) erhoben.

Danach wurden in Hessen seit 1992 insgesamt 366 verletzte Personen registriert:

JAHR	GESAMT
1992	31
1993	45
1994	25
1995	11
1996	8
1997	13
1998	17
1999	24
2000	57
2001	41
2002	20
2003	25
2004	22
2005	27
Gesamt:	366

Frage 3.2 Wie viele Personen wurden durch rechtsextremistische Anschläge und Überfälle in Hessen seit 1990 getötet?

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt, sodass Angaben hierzu nicht gemacht werden können. Nach Mitteilung einzelner Staatsanwaltschaften sind dort keine Todesopfer in Erinnerung.

Frage 3.3 Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um Projekte opferbezogener Prävention als Schutz von Personen und Gruppierungen wie z.B. Angehörigen ethnischer und sozialer Minderheiten, Obdachlosen, Eingewanderten, Schwulen und Lesben, Behinderten, Muslimen, Bürgern jüdischen Glaubens u.a. durchzuführen ?

Folgende Präventionsprojekte im Bereich Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit können benannt werden:

Projekt "Initiative gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit"

Nach gezielter Einladung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus dem Kreis Bergstraße wurde von diesen in den bisherigen Treffen der Beschluss gefasst, gemeinsame Aktionen zu planen und durchzuführen, um deutliche Zeichen für Welt - und Kulturoffenheit zu setzen mit dem Ziel, dem Rechtsradikalismus und der Fremdenfeindlichkeit insbesondere im Kreis Bergstraße wirkungsvoll zu begegnen. Die Abgabe einer gemeinsamen Willenserklärung (Ma-

nifest), eine groß angelegte Plakataktion, eine Schulaktion sowie ein internationales Begegnungsfest sind geplant.

(Ansprechpartner: PP Südhessen - PD Bergstraße)

Projekt "**Schule, Jugend und Gewalt**"

Polizei und Staatliches Schulamt bieten Informationsveranstaltungen für muttersprachliche Lehrkräfte und ausländische Eltern an, um im Rahmen der Prävention Schulprobleme von Kindern und Jugendlichen zu thematisieren und Hilfen anzubieten.

(Ansprechpartner: PP Südosthessen, Ausländerbeauftragte)

Projekt "**Nachbarschafts-TV Dietzenbach**"

Beschreibung: Das Projekt wurde von der Stadtverwaltung und dem Umlandverband Frankfurt im Jahr 1996 gestartet, um die ca. 5.000 in Dietzenbacher Hochhäusern lebenden Menschen aus 90 Nationen zu erreichen. Das Projekt soll die Kommunikation fördern, da viele Bewohner Analphabeten sind. Die Beiträge werden in englischer, türkischer, berberischer, serbischer und pakistanscher (Urdu) Sprache ausgestrahlt.

(Ansprechpartner: PP Südosthessen, Ausländerbeauftragte)

Projekt "**Zusammenleben in Obertshausen**"

Es handelt sich hier um ein Projekt zur Förderung der Integration ausländischer Mitbürgerinnen/Mitbürger, in dem von der VHS Deutsch-Kurse für türkische Frauen (in der Moschee) angeboten werden. Hauptziel dieses niedrig schwelligen Angebotes ist es, türkische Mütter in die Lage zu versetzen, schulische/behördliche Benachrichtigungen über ihre Kinder lesen zu können.

(Ansprechpartner: Stadt Obertshausen/Präventionsrat)

Projekt **Arbeitskreis Jugendforum**

Ein interdisziplinärer Arbeitskreis der Stadt Pohlheim betreibt unter Beteiligung von Schule, Sozialarbeit und Polizei Konfliktmanagement in Fällen abweichenden Verhaltens von ethnischen Jugendgruppen.

(Ansprechpartner: PP Mittelhessen)

Projekt **Arbeitskreis Integration**

Der Arbeitskreis (Stadt und Kreis Gießen, freie Träger, Polizei u.a.) beschäftigt sich mit der Konzipierung und der Einrichtung von Integrationshilfen für Spätaussiedler. Dies beinhaltet auch die Zusammenarbeit mit den Betreibern einer Diskothek, die fast ausschließlich von jungen Spätaussiedlern besucht wird.

(Ansprechpartner: PP Mittelhessen)

Projekt **Arbeitskreis "Psychosoziale Versorgung von Roma-Kindern und deren Familien" in Frankfurt am Main**

Der Arbeitskreis aus Vertretern des Jugend- und Sozialamtes, des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten, des Stadtschulamtes, der Roma-Union, der Lehrerkooperative e.V., des Staatlichen Schulamtes, des Vereins Kinder- und Jugendhilfe e.V., der Bewährungshilfe beim LG Frankfurt und der Polizei beschäftigt sich mit der Unterbringung von Roma-Kindern.

(Ansprechpartner: PP Frankfurt am Main)

Projekt "**Miteinander gegeneinander**"

Mit allen gesellschaftlichen Gruppierungen (Männer/Frauen, Alte/Junge, Ausländer/Deutsche, Kinder/Erwachsene) wurde an einer Konfliktlösung gearbeitet. Das Projekt entstand auf Initiative des Elternbeirates Dreieich und wurde unterstützt vom Deutschen Kinderschutzbund und dem Präventionsrat der Stadt Dreieich.

(Ansprechpartner: PP Südosthessen in Verbindung mit der Stadtverwaltung Dreieich)

Beim Hessischen Ministerium der Justiz ist der Landespräventionsrat angesiedelt - namentlich die Arbeitsgruppe I, "Gewalt und Minderheiten" - die sich im Zuge seiner Beratungen regelmäßig auch mit den angefragten Themenkomplexen befasst. Die Arbeitsgruppe I veranstaltete zuletzt am 16. Januar 2006 in Gießen eine Fachtagung "Hinsehen und Handeln - Prävention von Rechtsextremismus", bei der in Workshops und wissenschaftlichen Beiträgen Präventionsstrategien gegen rechtsextremistische Gewalt vorgestellt und diskutiert wurden. Eine Dokumentation dieser Fachtagung wurde im Mai 2006 im Internet unter der Adresse www.landespraeventionsrat.hessen.de eingestellt.

Geschäftsführer der Arbeitsgruppe I des Landespräventionsrates ist Thomas Lorenz, LPP 22, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, Friedrich Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden, Telefon 0611-353 - 2223.

Der Landespräventionsrat wurde 1992 auf Vorschlag des hessischen Justizministeriums durch einen Kabinettsbeschluss aufgrund der Idee eingerichtet, dass eine Kriminalitätsvorbeugung erfolgreicher sein könne, "wenn sie den Käfig der Innen- und Justizpolitik verlässt und ihrerseits Einfluss nimmt auf alle gesellschaftspolitisch maßgeblichen Instanzen".

Der Landespräventionsrat begreift Kriminalitätsverhütung als eine gesellschaftliche Aufgabe, die umso eher gelingen kann, wenn eine enge und abgestimmte Zusammenarbeit der mit der Verhütung von Straftaten befassten Behörden und den die Arbeits-, Sozial-, Bildungs- und Wohnungspolitik gestaltenden Stellen untereinander als auch ein möglichst viele gesellschaftliche Kräfte einbeziehender Informationsaustausch gewährleistet ist.

Dem Landespräventionsrat gehören derzeit 30 Personen an. Diese arbeiten bei gesellschaftlichen und nichtstaatlichen Organisationen wie Religionsgemeinschaften, Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Landesfrauenverbänden, in der Versicherungswirtschaft, Sozial- und Rechtswissenschaft, beim Landessportbund etc. oder vertreten andere Institutionen. Darüber hinaus sind Mitarbeiter des Justiz-, Innen-, Kultus- und Sozial- sowie des für die Wohnungsbaupolitik zuständigen Ministeriums beteiligt.

Den Vorsitz des Landespräventionsrates hat Prof. Dr. Dieter Rössner, Tübingen, inne. Die Geschäftsführung wird durch Ministerialdirigent Dr. Helmut Fünfsinn und Regierungsdirektorin Claudia Weisbart, beide Hessisches Ministerium der Justiz, wahrgenommen. Prof. Dr. Iring Fetscher, Frankfurt am Main, ist zum Ehrenvorsitzenden berufen worden.

Der Landespräventionsrat beschäftigt sich in sieben Arbeitsgruppen mit den Themen:

- "Gewalt und Minderheiten",
- "Gewalt im häuslichen Bereich",
- "Prävention für ältere Menschen",
- "Jugendkriminalität",
- "Ladendiebstahl",
- "Praxisorientierte Erfolgskontrolle" und
- "Bekämpfung illegaler Graffiti".

Die Planung aller Tätigkeiten ist dem Plenum und einem dort gebildeten Arbeitsausschuss vorbehalten.

Der Landespräventionsrat versucht mit Hilfe der Geschäftsführung und der Moderation durch das Hessische Ministerium der Justiz, die Präventionsarbeit vor Ort anzuregen und zu unterstützen. Dieses Ziel soll durch die Vorlage von Berichten sowie durch jährlich stattfindende Treffen mit den örtlichen Präventionsräten und Projekten erreicht werden. Inzwischen bestehen in Hessen mehr als 160 dieser kommunalen Gremien und Projekte, die durch den "Deutschen Präventionstag" auch bundesweit wahrgenommen werden.

Hunderte von regionalen hessischen Projekten zur Prävention vorwiegend von jungen Menschen verübter Gewalt insgesamt sind im "Netzwerk gegen Gewalt" vertreten. Dokumentiert sind bei diesen Projekten über die Internetseite www.netzwerk-gegen-gewalt.de unter anderem auch einzelne örtliche Initiativen, die sich mit rechtsextremer Gewalt befassen.

Das "Netzwerk gegen Gewalt" ist eine Initiative der Hessischen Staatskanzlei, des Ministeriums des Innern und für Sport, des Hessischen Kultusministeriums, des Hessischen Sozialministeriums, des Hessischen Justizministeriums und des Landespräventionsrates.

Die Geschäftsstelle befindet sich im hessischen Landeskriminalamt, Hölderlinstraße 5, 65187 Wiesbaden. Ansprechpartner ist derzeit Gottfried Störmer, Tel. 0611-83-1661.

4. Statistiken zu antisemitischen Straftaten

Frage 4.1 Wie viele jüdische Grabstätten und Mahnmale wurden seit 1990 in Hessen geschändet (bitte nach Datum und Ort aufgeschlüsselt)?

Die Erhebung der antisemitischen Straftaten erfolgt in Form eines Landeslagebildes beim Hessischen Landeskriminalamt erst seit 1993.

Die folgenden Aufstellungen 1990 bis einschließlich 1992 und die Tabelle für die Jahre 1990 bis 2005 der Anzahl der jährlichen Schändungen jüdischer Friedhöfe sind mit Materialien des Landesverbandes Jüdischer Gemeinden erstellt worden und enthalten nur Schändungen jüdischer Friedhöfe. Jüdische Mahnmale außerhalb von Friedhöfen sind hierin nicht enthalten.

Anzahl der jährlichen Schändungen jüdischer Friedhöfe:

1990	5	1998	8
1991	8	1999	4
1992	6	2000	5
1993	9	2001	6
1994	13	2002	6
1995	8	2003	11
1996	10	2004	6
1997	5	2005	10

Aufstellung der Schändungen jüdischer Friedhöfe in Hessen seit 1990:

Datum	Ort
21.03.1990	Witzenhausen
22.03.1990	Bad Soden am Taunus
30.04.1990	Heusenstamm
21.05.1990	Neustadt-Momberg
02.08.1990	Babenhhausen-Sickenhofen
12.03.1991	Rimbach Odenwald
22.04.1991	Witzenhausen
24.04.1991	Offenbach am Main
04./05.05.1991	Hungen
13.05.1991	Weilmünster
20.05.1991	Allendorf (Lumda)-Nordeck
03./04.10.1991	Witzenhausen
20.12.1991	Witzenhausen
12.03.1992	Marburg
03.07.1992	Neustadt-Momberg
30.08.1992	Hungen
10.1992	Butzbach-Griedel
04.11.1992	Michelstadt
15.11.1992	Offenbach am Main-Bürgel
06.01.1993	Flörsheim am Main

Das Landeslagebild des Hessischen Landeskriminalamtes weist folgende Schändungen jüdischer Friedhöfe und Mahnmale seit 1993 auf:

Tatzeit	Tatort
05.01.1993	Flörsheim
06.01.1993	Hochheim
09.04.1993	Offenbach-Bürgel
21.04.1993	Frankfurt
06.05.1993	Neustadt
14.05.1993	Offenbach-Bürgel
21.05.1993	Altenstadt-Lindheim
30.06.1993	Kassel-Bettenhausen
19.08.1993	Volkmarsen
18.11.1993	Haunetal-Werda
13.12.1993	Wiesbaden
01.-12.01.1994	Lampertheim
11.02.1994	Rotenburg
28.02.1994	Hanau
05.04.1994	Langenselbold
28.05.1994	Beerfelden
31.05.1994	Kassel
06.07.1994	Heusenstamm
18.07.1994	Leun-Biskirchen
02.-03.09.1994	Neustadt
14.11.1994	Flieden
19.11.1994	Schwalmstadt
18.04.1995	Schwalmstadt
25.05.-07.06.1995	Wetter
23.-30.08.1995	Münzenberg
17.08.-05.09.1995	Ebersburg-Weyhers
22.03.1996	Hünfelden-Kirberg
16.05.1996	Runkel-Arfurt
16.05.1996	Runkel
16.-18.07.1996	Lollar-Stauffenberg
03.1997	Rimbach
10.-18.03.1997	Hohenahr-Hohensolms
24.-29.10.1997	Lampertheim
22.02.1998	Alheim-Baubach
10.-17.03.1998	Neustadt
17.-20.04.1998	Butzbach Griedel
27.05.-03.06.1998	Heusenstamm
09.-28.09.1998	Lampertheim
14.08.-15.10.1998	Heusenstamm
04.-08.02.1999	Langenselbold

Tatzeit	Tatort
04.03.1999	Eltville
29.03.1999	Michelstadt
23.05.-03.06.1999	Fulda
04.11.1999	Kirchhain
09.02.2000	Eschwege
03.04.2000	Offenbach
14.07.2000	Oberaula
08.10.2000	Fritzlar
11.01.2001	Solms-Burgsolms
01.07.-23.08.2001	Schotten-Einartshausen
19.10.2001	Waldeck-Richelsdorf
30.01.2002	Bad Soden-Saalmünster
28.02.-01.03.2002	Gießen
15.-19.04.2002	Wanfried
27.03.2003	Offenbach
03.04.2003	Birstein
07.04.2003	Bad Soden-Saalmünster
00.04.-16.07.2003	Gründau
24.-25.07.2003	Wetzlar-Münchholzhausen
15.-18.08.2003	Kassel
18.08.2003	Kassel
30.08.2003	Kassel
29.-30.09.2003	Michelstadt
09.-11.10.2003	Gudensberg-Obervorschütz
15.10.2003	Michelstadt
20.-21.02.2004	Erlensee
28.-29.04.2004	Schotten
21.05.-24.06.2004	Sontra
01.-04.06.2004	Alsbach-Hähnlein
08.06.2004	Kirchhain
17.08.-03.09.2004	Beerfelden
15.04.2005	Alsbach-Hähnlein
20.02.-17.04.2005	Sontra
16.07.2005	Alsbach-Hähnlein
16.07.2005	Frankfurt/M.-Nordend
27.08.2005	Ebersburg-Weyhers
05.09.2005	Alsbach-Hähnlein
05.-19.09.2005	Witzenhausen
05.10.2005	Butzbach-Hoch-Weisel
20.-22.10.2005	Neu-Eichenberg
23.01.2006	Schwalmstadt-Niedergrenzbach
24.04.2006	Bebra

Frage 4.2 Welche weiteren antisemitischen Straftaten wurden seit 1990 in Hessen registriert (bitte aufschlüsseln nach den einzelnen Deliktarten)?

Die Erhebung der antisemitischen Straftaten erfolgt in Form eines Landeslagebildes erst seit 1993. Die unter II Frage 4.1 aufgelisteten Straftaten z.N. jüdischer Friedhöfe/Mahnmale sind in der nachfolgenden Tabelle enthalten.

Deliktsstruktur des Phänomenbereiches Politisch motivierte Kriminalität - rechts - in Hessen mit dem Themenfeld "Hasskriminalität/antisemitisch"

Straftaten (einschl. Versuch)	1993 bis 2005
Tötungsdelikte (§§ 211 ff. StGB)	-
Körperverletzungen (§§ 223 ff. StGB)	22
Brandstiftungen (§§ 306 ff. StGB)	4
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion (§ 308 StGB)	-
Landfriedensbruch (§ 125 StGB)	1
Gefährliche Eingriffe i.d. Bahn-, Luft-, Schiffs-, und Straßenvk. (§§ 315 ff. StGB)	-
Freiheitsberaubung (§§ 234, 239 ff. StGB)	-
Raub (§§ 249 ff. StGB)	-
Erpressung (§§ 253, 255 StGB)	-
Widerstandsdelikte (§§ 113 ff. StGB)	1
Sexualdelikte (§§ 177, 178 StGB)	-
Sachbeschädigung (§§ 303 ff. StGB)	161
Nötigung/ Bedrohung (§§ 240, 241 StGB)	68
Propagandadelikte	248
Störung der Totenruhe (§ 168 StGB)	75
Volksverhetzung (§ 130 StGB)*	395
Verstoß gg. VersG	-
Verstoß gg. WaffG	-
Andere Straftaten	544
Gesamt	1519

* Die Straftaten mit dem Tatbestand der Volksverhetzung wurden gemäß dem bis 2000 gültigen kriminalpolizeichen Meldedienst Staatsschutz unter "Andere Straftaten" erfasst.

Auf die Antwort zu Frage 4.1. wird verwiesen.

Frage 4.3 Wie viele Ermittlungsverfahren wurden mit welchen Ergebnissen durchgeführt?

Es liegen lediglich die Statistiken vor, die sich aus der Beantwortung zu den Fragen 2.2 und 2.3 ergeben. Weitergehende Angaben können daher nicht gemacht werden.

Frage 4.4.1 Wie hoch ist die Aufklärungsquote solcher Delikte?

Die Aufklärungsquote der Fallzahlen des Phänomenbereiches Politisch motivierte Kriminalität - rechts - mit dem Themenfeld "Hasskriminalität/Antisemitisch" wird von Faktoren beeinflusst, die bei statistischen Jahresvergleichen zu berücksichtigen sind. So können die relativ hohe Anzahl der Straftaten sowie die hohe Aufklärungsquote im Jahr 2005 damit erklärt werden, dass allein 70 Straftaten von einem Rechtsextremisten aus Nordhessen begangen wurden, der E-Mails mit antisemitischen und volksverhetzenden Inhalten im Internet verbreitet hatte.

Anzahl gemeldeter Straftaten/Aufklärungsquote:

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005
Straftaten	120	116	102	88	155
davon geklärt	35	38	36	37	98
Aufklärungsquote	29,2 v.H.	32,8 v.H.	35,3 v.H.	42,0 v.H.	63,2 v.H.

Frage 4.5 Welchen Altersgruppen gehören die Täter an?

Gesicherte Daten liegen dem Hessischen Ministerium der Justiz nicht vor. Seitens der Sicherheitsbehörden wird die nachfolgende Tabelle aufgezeigt:

	2001 bis 2005	
	männlich	weiblich
bis 13 Jahre	5	0
14 bis 17 Jahre	33	10
18 bis 20 Jahre	23	6
21 bis 24 Jahre	35	0
25 bis 29 Jahre	30	2
30 Jahre und darüber	162	22

Frage 4.6 Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung zum Schutz jüdischer Einrichtungen und Grabstätten?

Die Gefährdungslage für jüdische/israelische Einrichtungen wird durch das HLKA und/oder das zuständige Polizeipräsidium regelmäßig bewertet und aktualisiert. Daraus leiten sich lageangepasste Schutzmaßnahmen für die relevanten Objekte/Örtlichkeiten ab. Darüber hinaus wird von den Polizeibehörden ein enger Kontakt mit dem Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen bzw. mit den jeweiligen örtlichen jüdischen Gemeinden gepflegt.

5. Minderheiten- oder fremdenfeindliche Tendenzen im öffentlichen Dienst

Frage 5.1 Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über minderheiten- und fremdenfeindliche Tendenzen in öffentlichen Einrichtungen, Behörden u. A. vor?

Für den Bereich eines strafrechtlich relevanten Verhaltens liegen auf Grundlage des kriminapolizeilichen Meldedienstes - politisch motivierte Kriminalität (PMK) - für den Bereich der Hessischen Polizei keine Erkenntnisse vor.

Über minderheiten- und fremdenfeindliche Tendenzen außerhalb eines strafrechtlich relevanten Verhaltens liegen für den Bereich der Hessischen Landesregierung ebenfalls keine Erkenntnisse vor.

Frage 5.2 Welche Maßnahmen gegen rassistische und rechtsextremistische Übergriffe oder Vorfälle in Behörden und öffentlichen Stellen hat die Landesregierung in den letzten fünf Jahren unternommen?

Grundsätzlich greifen auch hier die von der Landesregierung getroffenen, intensivierten allgemeinen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Der Rechtsextremismus in all seinen Erscheinungsformen ist Gegenstand der polizeilichen Ausbildung, die sich mit dieser Thematik intensiv befasst. Darüber hinaus werden in regelmäßigen Dienstbesprechungen diesbezügliche, aktuelle Rechtsproblematiken und Vorschriften vermittelt. Exemplarisch kann in diesem Zusammenhang das "Informationsblatt zur Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität - rechts -" des Hessischen Landeskriminalamtes genannt werden.

Bei bekannt werden entsprechender Verdachtsfälle werden konsequent alle strafprozessualen und disziplinarrechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft.

Frage 5.3 Wie haben die zuständigen Stellen in Einzelfällen reagiert, um minderheiten- oder fremdenfeindlichen Tendenzen im öffentlichen Dienst entgegenzutreten?

Auf die Antwort zu Frage II Nr. 5.2 wird verwiesen.

Frage 5.4 Wie bewertet die Landesregierung vor dem Hintergrund von Diskriminierungen auch durch Beschäftigte des öffentlichen Dienstes die Einrichtung einer Beschwerdestelle, an die sich Bürgerinnen und Bürger in solchen Fällen direkt wenden können?

Hinweise zu Diskriminierungen - auch durch Beschäftigte des öffentlichen Dienstes - liegen der Landesregierung nicht vor.

Grundsätzlich hat jede Bürgerin/jeder Bürger bei Vorliegen von strafrechtlich relevanten Sachverhalten im Sachzusammenhang bei jeder Polizeidienststelle bzw. Staatsanwaltschaft die Möglichkeit der Erstattung einer Strafanzeige.

Für den Bereich der Hessischen Polizei wurde bereits im Jahre 2000 ein so genanntes Hinweistelefon "Rechtsextremismus/Rechte Gewalt", verbunden mit der Einrichtung einer entsprechenden EMailadresse ("hinweise_rechts@hlka.de"), beim Hessischen Landeskriminalamt eingerichtet, von dem auch bei den in Rede stehenden Fällen Gebrauch gemacht werden kann. Die Einrichtung dieser "Beschwerdestelle" hat sich bewährt und wird insbesondere über das Medium des E-Mailverkehrs genutzt.

III. Forschung über Rechtsextremismus

Die hessischen Hochschulen setzen in unterschiedlichen Bereichen ihre Schwerpunkte, sodass nicht alle Hochschulen im Bereich des Rechtsextremismus explizit Forschung betreiben. Dementsprechend haben beispielsweise die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt und die Hochschule für Gestaltung Offenbach kein Projekt im Bereich der Forschung zum Thema Rechtsextremismus.

Die Zuständigkeit des Hessischen Ministeriums der Justiz erstreckt sich hinsichtlich des Studiums der Rechtswissenschaften lediglich auf die Prüfung, nicht aber auf die Studieninhalte. Die Verantwortung für Studien-/Forschungsinhalte liegt nach Art. 5 GG allein bei den Universitäten und den Hochschullehrern. Im Übrigen gehört die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus allgemein zum Bereich der juristischen Zeitgeschichte. Lehrveranstaltungen mit einem konkret ausgewiesenen Bezug zu Fragen des Nationalsozialismus oder des Neonazismus

- etwa Seminare - sind in den aktuellen Vorlesungsverzeichnissen der drei Hessischen juristischen Fachbereiche nicht ausgewiesen.

Frage 1. An welchen Universitäten und Fachbereichen in Hessen wird über die Ursache und Motivationen des Rechtsextremismus geforscht?

Der Landesregierung sind folgende Forschungsprojekte bekannt:

Universität Gießen:

Im Rahmen von Drittmittelvorhaben wird über den Themenbereich geforscht. Am Institut für Germanistik wurde eine "Arbeitsstelle Holocaustliteratur" (Prof. Dr. Erwin Leibfried) eingerichtet.

Universität Marburg:

Am Institut für Politikwissenschaft/Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie wurde die Professur für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt politische Bildung/Fachdidaktik und Rechtsextremismusforschung eingerichtet. Verschiedene Vorhaben und Forschungen im Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkt "Konflikte" finden statt; darin enthalten sind die Schwerpunkte "Konflikte zwischen ethnischen Gruppen" und "Gewalt zwischen Gruppen".

Fachhochschule Fulda:

Prof. Dr. Gudrun Hentges und Prof. Dr. Almut Zwengel haben in den letzten Jahren eine große Anzahl von Publikationen zum Thema Rechtsextremismus veröffentlicht.

Frage 2. Welche Rolle spielt die Auseinandersetzung mit NS-Geschichte und Neonazismus in
 a) geistes- und sozialwissenschaftlichen,
 b) naturwissenschaftlichen Studien
 in Hessen (bitte nach Fächern und Studienanteilen aufgliedern)?

Zu 2a:

Technische Universität Darmstadt:

Das Thema "Rechtsextremismus" wird in historischer Perspektive in Lehrveranstaltungen des Instituts für Geschichte immer wieder thematisiert:

Wintersemester 2005/2006:

- Proseminar "Einführung in die Neuere Geschichte: Thema "Weimarer Republik": hinsichtlich der völkischen und nationalistischen Opposition zur Weimarer Republik,
- Proseminar "Einführung in die Neuere Geschichte: Thema "Kernphysik im Dritten Reich": hinsichtlich der Mobilisierung der Bevölkerung im Krieg, Wunderwaffe etc.,
- Seminar "Herbert Wehner - ein Leben als Spiegel des 20. Jahrhunderts": hinsichtlich der dezidiert antifaschistischen Prägung von Wehner aus den 1920er und 1930er Jahren.

Sommersemester 2005:

- Vorlesung "Weltmacht wider Willen: Die USA 1917 bis 1948": hinsichtlich der strukturellen Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Krisenbewältigung in den USA und Deutschland und des Kampfes der USA gegen den Nationalsozialismus im 2. Weltkrieg",
- Übung "Italienischer Faschismus",
- Übung "Strafraum? Raumaspekte in Lagergeschichten des 20. Jahrhunderts" hinsichtlich der Terrorpraktiken des NS in Straf- und Vernichtungslagern.

Wintersemester 2004/2005:

- Seminar "Wissenschaft und Technik im Nationalsozialismus",
- Übung "Unternehmenskultur im 19. und 20. Jahrhundert": hinsichtlich der Veränderung von Unternehmenskulturen im Nationalsozialismus.

Prof. Dr. Arich-Gerz vom Institut für Sprach- und Literaturwissenschaft des Fachbereichs Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften hat ein Seminar mit dem Thema "KZ Mittelbau-Dora" angeboten und ist dafür 2004 von der TU Darmstadt ausgezeichnet worden.

Universität Kassel:

An der Universität Kassel findet zurzeit eine Auseinandersetzung mit NS-Geschichte und Neonazismus in einer großen Lehrveranstaltung statt für die Fächer Politologie, Soziologie, Erziehungswissenschaft und erziehungs- und gesellschaftswissenschaftliches Kernstudium für die Lehramtsstudiengänge.

Darüber hinaus wird die Thematik in folgenden Fächern behandelt:

- Im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften in Teilaspekten in den Fächern Geschichte, Soziologie, Politologie, Sozialpädagogik und Sozialarbeit und Psychologie.

- Im Bereich der Naturwissenschaften findet in keinem Fach eine Auseinandersetzung über NS-Geschichte und Neonazismus statt.
- Im Bereich der Ingenieurwissenschaften wird die Thematik in Teilaspekten in den Fächern Architektur, Stadtplanung und Landschaftsplanung behandelt.

Universität Marburg:

Generell wird in den Lehrveranstaltungen zur Geschichte und Politik der Bundesrepublik auch die NS-Vergangenheit als historische Voraussetzung der Bundesrepublik behandelt, ebenso die "Vergangenheitspolitik" der Bundesrepublik (vgl. unter anderem das Buch von Prof. Rupp: Politik nach Auschwitz; Münster 2005).

Seit 1995 besteht die interdisziplinäre Forschungsgruppe NS-Justiz an der Philipps-Universität Marburg. Bisher sind drei größere Forschungsprojekte zum Thema unternommen worden:

1. Politische NS-Justiz in Hessen,
2. Politische NS-Justiz in Österreich,
3. Nazifizierung der österreichischen Justiz 1938 bis 1945.

Im Bereich der naturwissenschaftlichen Studien ist das Graduiertenkolleg "Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" zu erwähnen.

Fachhochschule Darmstadt:

Der Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften hat in der Vergangenheit gelegentlich Lehrveranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus durchgeführt:

- Weimarer Republik (SS 2000),
- Die Geschichte aus demokratischer Perspektive (WS 2002/03),
- Hitler und die nationalsozialistischen Mythen (SS 2002),
- Der Holocaust und die Folgen (SS 2003),
- Reden und Schreiben nach dem Holocaust (SS 2004).

Fachhochschule Frankfurt:

Das Thema Rechtsextremismus ist ein Querschnittsthema in den unterschiedlichsten Veranstaltungen des Fachbereichs Soziale Arbeit und Gesundheit. Im Sommersemester 2005 wurde zu diesem Thema eine hochschulübergreifende Ringvorlesung durchgeführt. Im Schnitt werden pro Semester zwischen vier und zehn Veranstaltungen, Vorlesungen, Seminare und Theorieveranstaltungen zum Thema angeboten.

Fachhochschule Fulda:

Im Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften ist die Auseinandersetzung nicht ausdrücklich curricular verortet und verankert. Sie findet jedoch insbesondere im Bachelor - Studiengang Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt Interkulturelle Beziehungen (BASIB) und im Studiengang Intercultural Communication and European Studies (ICEUS), aber auch in anderen Lehrangeboten ihren Niederschlag.

Fachhochschule Wiesbaden:

Im Rahmen des Studiums Soziale Arbeit wird auf das Thema Rechtsextremismus im Rahmen einer Lehrveranstaltung zum Thema "Multikulturalismus" (Prof. Dr. Schneider, FB Sozialwesen) in mehreren Sitzungen eingegangen.

Im Rahmen des Studiengangs Kommunikationsdesign spielt die Auseinandersetzung mit der jüdischen Kultur und ihrer Geschichte unter dem Blickwinkel "Erinnern statt Vergessen" - in Kooperation mit dem Aktiven Museum, Spiegelgasse, Wiesbaden - eine wichtige Rolle.

Universität Frankfurt :

FB Rechtswissenschaften

Hier werden regelmäßig Seminare zum Thema "Arbeitsrecht im Nationalsozialismus" angeboten.

FB Gesellschaftswissenschaften

Im FB Gesellschaftswissenschaften wurden folgende Vorlesungen zu dieser Thematik angeboten: Faschismusanalysen, Dialektik der Gewalt: Theoretische und methodische Probleme sozialwissenschaftlicher Gewaltforschung, Das Problem der Konstitution historischer Generationen, NS-Täter aus interdisziplinärer Perspektive.

FB Erziehungswissenschaften

In den letzten Semestern wurden einzelne Seminare zum Thema "Erziehung und Holocaust" in Bezug auf schulischen und außerschulischen Kontext angeboten. Dabei geht es um eine erziehungswissenschaftliche Beobachtung des pädagogischen Umgangs mit dem Thema NS/Holocaust im Unterricht oder in außerschulischen Bildungsveranstaltungen, aber auch um die Bedeutung der Erziehung in der Geschichtspolitik der BRD.

FB Evangelische Theologie

Die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte hat in der Ev. Theologie ihren festen Ort im Fachgebiet der neueren Kirchengeschichte, und zwar im Schwerpunkt (in Lehre und Forschung): Kirchen im 3. Reich; siehe dazu auch die bisherigen Lehrveranstaltungen von Prof. Karl Dienst und seine Veröffentlichungen.

FB Katholische Theologie

Die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte erfolgt im theologischen-kirchenhistorischen Bereich intensiv in Forschung und Lehre (vgl. Hauptseminar Prof. Arnold im SS 2006).

FB Philosophie- und Geschichtswissenschaften

Die NS-Geschichte spielt in den Geschichtswissenschaften eine zentrale Rolle. Beteiligt an entsprechenden Lehrveranstaltungen sind die Zeitgeschichte, die Wissenschaftsgeschichte, die Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Veranstaltungen einzelner Lehrbeauftragter, Privatdozenten, apl. Professoren etc. Auch die Auseinandersetzung mit dem Neonazismus ist ein wichtiger Teil historischer Studien zur Geschichte der Bundesrepublik bzw. der deutschen Gesellschaft. Getragen wird sie von den oben genannten Teilfächern. Eine konkrete Ausdifferenzierung nach Studienanteilen ist schwierig dürfte aber bei 20 bis 30 v.H. liegen. Lehrveranstaltungen und Projekte der Didaktik der Geschichte müssen ebenfalls berücksichtigt werden.

Fachbereich Neuere Philologien**Prof. Dr. Hans-Heino Ewers, Institut für Jugendbuchforschung:**

Seit Mitte der 1990er Jahre setzt sich Prof. Ewers mit Jugendromanen zum Thema "Jugendlicher Rechtsradikalismus, Mobbing und Gewalt unter Jugendlichen, Schulmassaker" auseinander. Neben Romanen werden auch andere Jugendmedien berücksichtigt (Filme, Fernsehserien, Computerspiele, Musikvideos). Er bietet zu diesem Thema immer wieder Hauptseminare an, die durchschnittlich von über 100 Studierenden besucht wurden. Ein in diesem Semester laufendes Hauptseminar hat sich in der ersten Hälfte mit den allerjüngsten Titeln zu den oben genannten Themen auseinandergesetzt. Diese Literatur stößt auf enorme Resonanz bei den Studierenden und ist darüber hinaus als Schullektüre von allergrößter Bedeutung.

Das Fritz-Bauer-Institut - Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust

Das Institut erforscht interdisziplinär die Geschichte und Wirkung der nationalsozialistischen Massenverbrechen, insbesondere des Holocaust und vermittelt die Ergebnisse in eine breite Öffentlichkeit.

Archiv Bibliographia Judaica

Das Archiv Bibliographia Judaica befasst sich seit vielen Jahren mit der Sammlung, Dokumentation und Darstellung der Lebenszeugnisse und der Werke der deutsch-jüdischen Autoren von Moses Mendelssohn (1729) bis heute. Große Abschnitte dieser Geschichte lassen erkennen, wie lange der Rechtsextremismus in Deutschland vorbereitet worden ist. Dem Archiv geht es vor allem darum, dem Vergessen entgegenzuwirken, das seit dem Ende des Nationalsozialismus die Geschichte der Juden in Deutschland verdeckt.

Zu 2b:**Universität Frankfurt:****FB Physik****FB Chemische und Pharmazeutische Wissenschaften****FB Biowissenschaften**

In der naturwissenschaftlichen Forschung spielt die Auseinandersetzung mit NS-Geschichte und Neonazismus keine Rolle, da die Forschungsgegenstände thematisch weder historisch, politisch noch soziologisch pädagogisch ausgerichtet sind.

FB Medizin:

Im FB Medizin wird die NS-Zeit in der Lehre derzeit (WS 2005/2006)

- im Rahmen des Kurses der medizinischen Soziologie und der medizinischen Psychologie,
- im Rahmen des Wahlpflichtfachs Vorklinik: Historische und philosophische Grundlagen der Medizin und
- im Rahmen der Vorlesung "Geschichte, Theorie, Ethik der Medizin" behandelt.

Frage 3. Welche Rolle spielt die NS-Forschung und wie werden ihre Ergebnisse in Hessen aufgearbeitet und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht?

Mitwirkung der Staatsarchive bei der Erforschung der NS-Geschichte:

Forschungen zur NS-Zeit und deren Nachwirkungen nehmen in Hessen nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert ein. Dies belegen auch die von Nutzerinnen und Nutzern der Staatsarchive angegebenen Forschungsthemen. Schwerpunkte in der jüngsten Zeit bilden hier Forschungen zu den während des Zweiten Weltkriegs nach Hessen verschleppten ausländischen Zwangsarbeitskräften sowie - anlässlich der 60. Jahrestage - zum politischen Widerstand (20. Juli 1944) und zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Von besonderer Bedeutung sind die weiterhin zahlreichen Nutzungen von Archivgut zur Verfolgung der Juden in der NS-Zeit; diese Forschungsvorhaben werden vielfach von örtlichen Initiativen betrieben. Angeregt durch das von der Landesregierung finanzierte Projekt des Fritz-Bauer-Instituts und des Hauptstaatsarchivs "Fiskalische Entrechtung und Ausplünderung der Juden 1933 bis 1945 in Hessen", aus dem neben einer umfangreichen Veröffentlichung auch eine viel beachtete Ausstellung hervorgegangen ist, haben in jüngster Zeit Nutzungen von Archivgut auch zu diesem Komplex zugenommen. Hierzu gehören auch die im Wesentlichen von den Museen betriebenen aufwändigen Recherchen zur Auffindung von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut.

Die genannten Forschungsvorhaben profitieren dabei von dem in den letzten Jahren von den Staatsarchiven in erheblichem Umfang übernommenen und nutzbar gemachten einschlägigem Archivgut aus der Nachkriegszeit, etwa aus dem Bereich der strafrechtlichen Verfolgung von NS-Gewaltverbrechen und der Wiedergutmachung. Insoweit waren die Staatsarchive auch an den Projekten "Hochverrat, Landesverrat, Wehrkraftzersetzung - Zur politischen NS-Strafjustiz in Hessen" der Philipps-Universität Marburg, "Der Auschwitz-Prozess. Tonbandmitschnitte, Protokolle und Dokumente" des Fritz-Bauer-Instituts und "Die Verfolgung von NS-Verbrechen durch westdeutsche Justizbehörden seit 1945 - Verfahrensinventar" des Instituts für Zeitgeschichte beteiligt, deren Ergebnisse als Mikrofiche-Edition, auf DVD bzw. im Internet veröffentlicht werden.

Auch in der Öffentlichkeitsarbeit der Staatsarchive selbst nimmt die NS-Zeit breiten Raum ein. Neben einschlägigen Vortragsveranstaltungen sind hier aus der jüngsten Zeit die Ausstellung "Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Hessen" des Staatsarchivs Marburg und die Wanderausstellung "... ihr Gewissen war ihr Antrieb". Der 20. Juli 1944 in Hessen" des Hauptstaatsarchivs zu nennen. Entsprechendes gilt für die Tätigkeit der Archivpädagogen der Staatsarchive, die laufend Unterrichtseinheiten mit einschlägigem Archivgut durchführen und Informationen für Lehrkräfte bereitstellen. Zum Teil wird das entsprechend aufbereitete Archivgut auch in Form virtueller Ausstellungen im Internet veröffentlicht.

Die anhand von Archivgut durchgeführten Forschungen zur NS-Zeit finden ihren Niederschlag in zahlreichen Veröffentlichungen sowohl in gedruckter Form als auch im Internet, Ausstellungen, Vortragsveranstaltungen u.a.m.

Mitwirkung anderer außeruniversitärer Institutionen:

Zur NS-Geschichte sind in den Veröffentlichungsreihen der Historischen Kommissionen in Hessen, der Landeszentrale für politische Bildung, des Fritz-Bauer-Instituts und bei den Gedenkstätten des LWV in den letzten Jahren zahlreiche Arbeiten zur Geschichte der NS-Diktatur und deren Nachwirkungen in Hessen erschienen, darunter, um nur einige Beispiele zu nennen, ein Bestandsinventar zu den Quellen zu Widerstand und Verfolgung unter der NS-Diktatur in hessischen Archiven, Arbeiten über die Entnazifizierung in Hessen, über Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen in Hessen, über die Behandlung von Frauen im nationalsozialistischen Familienrecht, über den Gauleiter und Reichsstatthalter Jakob Sprenger, die Lageberichte der Justiz aus Hessen, über das Kriegsende sowie über Flüchtlinge und Heimatvertriebene. Das Publikationsverzeichnis der Landeszentrale für politische Bildung 2006 enthält allein 18 Veröffentlichungen zum Nationalsozialismus (S. 32 bis 37) sowie mehrere Publikationen zum Rechtsextremismus (S. 45 f.). Auch der Beirat für geschichtliche Landeskunde in Hessen hat sein im Oktober 2005 veranstaltetes Forum für geschichtliche Landeskunde dem Thema der Zeitgeschichte gewidmet. Dort wurden unter anderem Initiativen von ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern und Schülerprojekte (Spurensuche) vorgestellt. Schließlich findet auch in den Zeitschriftenpublikationen der hessischen Geschichtsvereine in den letzten Jahren die NS-Geschichte mit lokalen und regionalen Bezügen große Aufmerksamkeit. Abschließend sei darauf hingewiesen, dass der LWV im Frühjahr 2006 in der Gedenkstätte Hadamar ein Gedenkbuch für die Opfer der sogenam-

ten Euthanasie während der NS-Herrschaft in der ehemaligen Landes-Heil- und Pflegeanstalt Hadamar der Öffentlichkeit vorgestellt hat.

Technische Universität Darmstadt

Die Ergebnisse vorhandener Forschungen werden für gewöhnlich in Buchpublikationen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Technische Universität Darmstadt hat sich in einer sechsbändigen Publikationsreihe mit ihrer Geschichte auseinandergesetzt (Technische Bildung in Darmstadt - Die Entwicklung der Technischen Hochschule 1836 bis 1996. Hrsg: Technische Universität Darmstadt. 1998). Der Band 4 widmet sich der Zeit von 1933 bis 1945. Im Band 5 wird unter anderem der Neuanfang nach 1945 kritisch geschildert.

Universität Frankfurt

Das Fritz-Bauer-Institut:

Das Institut versteht sich als Scharnierstelle zwischen wissenschaftlicher Theoriebildung und kultureller Praxis. Es führt Forschungsprojekte durch, fördert wissenschaftliche und gesellschaftliche Diskurse, entwickelt schulische wie außerschulische Bildungsangebote. Es organisiert Ausstellungen (vier Ausstellungen 2005), Fachtagungen und andere Veranstaltungen (allein 31 im Jahr 2005). Es publiziert Forschungsergebnisse und Reflexionen verschiedener Disziplinen, pädagogische Materialien, künstlerische Auseinandersetzungen und historische Quellen und hat einen Internetauftritt.

Die Debatte, ob eine pädagogische Auseinandersetzung mit dem Holocaust und dem Nationalsozialismus tatsächlich als Prävention gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus funktionieren kann, ist nicht abgeschlossen. In dieser Debatte hat das Fritz-Bauer-Institut durch seine Veranstaltungen und Publikationen eine bundesweit wichtige Funktion.

FB Philosophie und Geschichtswissenschaften

Die NS-Forschung ist in der Geschichtswissenschaft von ähnlich zentraler Bedeutung. Dies spiegelt sich in einer großen Zahl von Dissertationsprojekten, Monografien und Aufsätzen, die diese einer wissenschaftlich interessierten Öffentlichkeit vermitteln.

Über Vorträge (zum Teil in Kooperation etwa mit der Landeszentrale für politische Bildung), Ausstellungen (zum Teil in Kooperation mit Museen), Podiumsdiskussionen und Ähnliches mehr wird dies auch einem breiteren Publikum vermittelt.

In Zukunft wird durch die Kooperation mit dem Fritz-Bauer-Institut neue Projekte im Bereich Nachwirkungen des Nationalsozialismus, Entnazifizierung, Rechtsextremismus in der bundesdeutschen Gesellschaft etc. angestrebt.

FB Erziehungswissenschaften

Prof. Dr. Frank-Olaf Radtke vom Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft forscht über den pädagogischen Umgang mit der NS-Thematik. Dazu wurde 2003 eine Tagung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität veranstaltet und 2004 ein Buch mit dem Titel "Schule und Nationalsozialismus. Anspruch und Grenzen des Geschichtsunterrichts" (Campus-Verlag) sowie eine Reihe von Aufsätzen in referierten Fachzeitschriften publiziert.

FB Rechtswissenschaft:

Prof. Frankenberg, Professur für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsvergleichung, hat zum Thema Rechtsextremismus publiziert.

FB Katholische Theologie:

Themen der Forschung sind die Haltung der katholischen Kirche zum Nationalsozialismus (deutsche Bischöfe und römische Kurie) und die Entwicklung der einzelnen theologischen Fächer im Wechselverhältnis zum Nationalsozialismus. Darüber hinaus wird in einer Langzeitperspektive die Haltung der römischen Kurie zum Antisemitismus und zu autoritären politischen Tendenzen betrachtet: Der Antimodernismus unter Pius X. Von Alfred Loisy zu Charles Maurras, in: Historisches Jahrbuch 125 (2005), 153 bis 168. Die Auseinandersetzung mit heutigem Rechtsextremismus spielt zumindest implizit eine Rolle in der Wertreflexion und -erziehung im Rahmen der Fächer Religionspädagogik, Praktische Theologie und Theologische Ethik.

FB Evangelische Theologie:

Die NS-Forschung spielt im Rahmen der Martin-Buber-Professur für Jüdische Religionsphilosophie, die sich nicht nur mit religionsphilosophischen Schwerpunkten, sondern auch mit historischen Themen und Holocaust-Forschung beschäftigt, eine immer wiederkehrende Rolle. Dies geschieht auch in Zusammenarbeit mit

dem Institut für Religionsphilosophische Forschung, mit dem Fritz-Bauer-Institut, in Vortragsveranstaltungen im Rhein-Main-Gebiet und in der kirchlichen Öffentlichkeit im Rahmen der EKHN. Vergleiche z.B. die Publikation: Religious Apologetics - Philosophical Argumentation, ed. by Yossef Schwartz/Volkhard Krech, Tübingen 2004 (Religion in Philosophy and Theology vol. 10).

Fachbereich Physik:

In zwei von Mitgliedern des FBs herausgegebenen Buchpublikationen "Physiker und Astronomen in Frankfurt", 1989, und "Stern-Stunden, Höhepunkte Frankfurter Physik", 2005, wird in den Lebensläufen auf diese Frankfurter Schicksale während der NS-Zeit eingegangen. In der Praxis gibt es seit vielen Jahren eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Universität Tel Aviv. Im täglichen Umgang in der Praxis und durch die persönliche Haltung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wird das Bild von der geistigen Lage und Entwicklung in Deutschland sehr stark mitgeprägt, hier wird viel für ein Vertrauen in die Zukunft getan.

Archiv Bibliographia Judaica:

Dem Archiv geht es vor allem darum, dem Vergessen entgegen zu wirken, das seit dem Ende des Nationalsozialismus die Geschichte der Juden in Deutschland verdeckt. In den Seminaren der Leiterin des Archivs, Dr. Heuer, die sie im Fachbereich Germanistik an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität hält, wird die vergessene jüdische Literaturgeschichte vermittelt. Seit 1992 wird das Lexikon deutsch-jüdischer Autoren erarbeitet, während die Reihe Campus Judaica Einzelstudien oder Themenbänden gewidmet ist.

Universität Gießen:

Die Ergebnisse der NS-Forschung werden der Öffentlichkeit über die üblichen Veröffentlichungswege und die Forschungsberichterstattung zugänglich gemacht.

Universität Kassel

Die NS-Forschung hat an der Universität Kassel in den vergangenen Jahren eine wichtige Rolle gespielt. Mit den Forschungsaktivitäten im Rahmen der ehemaligen Interdisziplinären Arbeitsgruppe Nationalsozialismus bzw. Nationalsozialismus in Hessen der Universität Kassel hat dieses Thema für die Fachwelt und die breite Öffentlichkeit an der Universität Kassel eine große Bedeutung. Die Universität Kassel ist an wissenschaftlichen und Bildungsaktivitäten der Gedenkstätte und Dokumentationsstelle Breitenau beteiligt.

Universität Marburg

Die NS-Forschung ist ein integraler Bestandteil der interdisziplinären Forschungsvorhaben der an der AG-NS-Justiz beteiligten Fachbereiche der Universität Marburg (Politikwissenschaft, Rechtswissenschaften, Pädagogik und Geschichte). Die Ergebnisse dieser Forschung werden seit vielen Jahren von Archiven, Privatpersonen, Forscherinnen und Forschern (auch aus dem Ausland) sowie von staatlichen Stellen (z.B. Staatsanwaltschaften) nachgefragt. Insbesondere trifft dies auf die aufgebauten Datenbanken zur Justiz in der NS-Zeit zu. Darüber hinaus werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Fachbeiträge und Vorträge angefragt. Speziell zu Hessen ist im November 2005 ein zweibändiges Werk zur politischen NS-Strafjustiz bei der Historischen Kommission für Hessen erschienen. Zurzeit wird hier an einer Mikrofiche-Edition aller Volksgerichtshofs- und Oberlandesgerichtsentscheidungen zur politischen NS-Justiz auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Hessen gearbeitet. Hinzu kommen noch verschiedene Einzelveröffentlichungen, wie z.B. ein Literatur- und Urteilsverzeichnis zur politischen NS-Justiz.

Fachhochschule Frankfurt

Die Fachhochschule Frankfurt betreibt die "Dokumentationsstelle Pflege/Hilde-Steppe Archiv", in der als ein Sammlungsschwerpunkt Materialien zur Pflege im Nationalsozialismus eingerichtet wurde. Des Weiteren besteht ein Sammlungs- und Arbeitsschwerpunkt auf der Erforschung der Geschichte der jüdischen Krankenpflege. Sie wird regelmäßig von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland genutzt. Die Web-Seite hat ca. 200 Besucherinnen und Besucher pro Tag.

Ein studentisches Projekt im Studiengang hat sich mit der Beteiligung von Schwestern und Pflegern an der Euthanasie befasst (Publikation: Hilde-Steppe, Eva-Maria Ulmer (Hrsg.): "Ich war von jeher mit Leib und Seele gerne Pflegerin", Mabuse Verlag, Frankfurt 1999).

Es besteht ferner ein gemeinsames Projekt mit der Brookes University Oxford (Prof. Dr. P. Weindling) zur Erforschung des Schicksals jüdischer Krankenschwestern im Nationalsozialismus.

Hessische Landeszentrale für politische Bildung

Aufgabe der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung ist es, im Rahmen ihrer Bildungsangebote auch die Ergebnisse der NS-Forschung zu berücksichtigen und sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dies geschieht mittels Fachvorträgen und Fachtagungen für interessierte Bürgerinnen und Bürger, durch Förderung von Ausstellungen in Städten und Gemeinden des Landes, durch Ankauf, Weitergabe und Ausleihe von Publikationen, aber auch durch die Präsentation der hessischen Gedenkstätten sowie anderer Einrichtungen des Gedenkens mit ihrer auf der NS-Forschung basierenden Arbeit auf der Homepage der Landeszentrale.

Frage 4. Welche Hochschullehrer mit NS-Vergangenheit wurden in Hessen bekannt? Gibt es Erkenntnisse über Hochschullehrer, die heute noch in rechtsextremen Organisationen und Zirkeln tätig sind, und welche disziplinarischen Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen?

Technische Universität Darmstadt

Nach 1945 wurde der Lehrbetrieb der Universität Darmstadt relativ schnell wieder im Januar 1946 aufgenommen. Verschiedene Professoren und Dozenten der Universität Darmstadt waren von den Entnazifizierungsmaßnahmen betroffen. Aus politischen Gründen wurde ein Professor entlassen (siehe Band 5 der unter III Frage 3 genannten Publikation).

Universität Frankfurt und Fachhochschule Gießen-Friedberg

Es liegen keine Erkenntnisse über Hochschullehrer vor, die heute noch in rechtsextremen Organisationen und Zirkeln tätig waren und sind.

Universität Gießen

Die Universität Gießen verweist auf verschiedene Studien; unter anderem Markus Bernhardt, Gießener Professoren zwischen Drittem Reich und Bundesrepublik. Ein Beitrag zur hessischen Hochschulgeschichte 1945 bis 1957 (Dissertation), Gießen 1990.

Frage 5. Welche Forschungsprojekte über die Ursachen des Rechtsextremismus werden derzeit durchgeführt?

Universität Frankfurt

Derzeit werden in den einzelnen Fachbereichen folgende Projekte durchgeführt:

FB Philosophie und Geschichtswissenschaften

Forschungsprojekte über die Ursachen des Rechtsextremismus (im engeren Sinne) werden gegenwärtig am Historischen Seminar nicht durchgeführt. Ein Projekt zu Organisation der Anhängerschaft der westdeutschen Parteien - darunter drei Teilprojekte zu den rechtsextremen Parteien, gefördert von der DFG - ist mittlerweile abgeschlossen, die Ergebnisse wurden publiziert. In einem weiteren Sinne können hierunter auch Forschungen zum Nationalsozialismus und seiner Wirkungen über 1945 hinaus sowie Forschungen zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung im Besatzungsdeutschland und in der Bundesrepublik gerechnet werden. Hierzu gibt es Projekte am Lehrstuhl Neueste Geschichte: Dissertationsprojekte zur SPD in Hessen und zur FDP in Hessen in den 1950er- und 1960er-Jahren.

FB Erziehungswissenschaften

- a) Dr. Benjamin Ortmeier, Institut für Pädagogik der Sekundarstufe (WE III), "Dokumentation und Einschätzung der pro-nationalsozialistischen publizistischen Tätigkeit führender Köpfe der Geistes- und Erziehungswissenschaft".
- b) Prof. Dr. Frank-Olaf Radtke, Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft (WE I) "Umgang mit den Paradoxien politisch-moralischer Erziehung", in dem Unterricht und außerschulische Bildungsveranstaltungen zu den Themen NS/Holocaust und Toleranz/Interkulturelle Erziehung auf ihre Leistungen untersucht werden (DFG).

FB Psychologie

Prof. Dr. Gerhard Büttner, Institut für Pädagogische Psychologie:

- a) Qualitätssicherung von Programmen zur Prävention von Gewalt, Rechtsextremismus und interkulturellen Konflikten: Prof. Preiser, Institut für Pädagogische Psychologie, ist Koordinator eines Expertenbeirats, berufen von der Sektion Politische Psychologie des Berufsverbandes Deutscher Psycho-

loginnen und Psychologen, dessen Aufgabe es ist, Qualitätskriterien für Präventionsprogramme zu entwickeln und Programmangebote nach diesen Kriterien zu bewerten und zu zertifizieren.

- b) Rechtfertigung von Ungleichheit, Rechtfertigung von Ungleichheit wird als ein Indikator für latente rechte Ideologietendenzen analysiert.

FB Neuere Philologien

Prof. Dr. Hans-Heino Ewers, Institut für Jugendbuchforschung:

- a) Eine von ihm betreute Magisterarbeit ist eingereicht worden, die sich mit Jugendromanen zum Thema "jugendlicher Rechtsradikalismus", soweit sie in den letzten zwei Jahrzehnten erschienen sind, beschäftigt.
- b) In Vorbereitung ist ein Sammelband zum Thema, der in wenigen Monaten in Druck gehen soll. Der Band hat einen Umfang von ca. 180 Seiten und trägt den Titel: "Gewaltinszenierung und Gewaltächtung in aktuellen Kinder- und Jugendmedien".

Er wird folgende Beiträge enthalten:

- Hans-Heino Ewers: "Was geht in deren Köpfen vor?" Zur jugendliterarischen Auseinandersetzung mit dem jugendlichen Rechtsextremismus. Ein Blick auf Publikationen bis Mitte der 1990er-Jahre.
- Sibylle Nagel: Rechtsradikalismus und politisch motivierte Gewalt in Jugendromanen. Eine Bestandsaufnahme der bis 2005 erschienenen Publikationen.
- Hans-Heino Ewers: Von der Verherrlichung zur Ächtung von Gewalt. Die Kinder- und Jugendliteratur im Kontext der aktuellen Debatten um Medien und Jugendgewalt.
- Florian Gürtler/Timm Weber: Misslungene Zivilisierung. Über die Gewaltthematik in Mortons Rhue's Jugendroman Ich knall euch ab!
- Judith Hoffmann: Mobbing, Gewalt und Revolte in der Pubertät. Über Jana Freys Kein Wort zu Niemandem und Johanna Nilssons ... und raus bist du!
- Bernd Dolle-Weinkauff: Gewaltinszenierung und Gewaltdesign im comic.
- Claudia Heberer/Jennifer Höhler/Holger Müller: Typen und Funktionen gewalthaltiger Computerspiele.
- Simone Greyl/Lucie Höhler/Katja Knieriem: Bad Boys in Business. Gewalthaltige Imagekonzepte der Pop-Musik von Marilyn Manson, Eminem, Rammstein und Slipknot.

FB Rechtswissenschaft

Prof. Frankenberg, Professur für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsvergleichung führt ein Projekt zum Thema Parteiverbot und NPD durch.

Universität Gießen

An der Universität wird das folgende Projekt durchgeführt:

DFG-Projekt: Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung als Zentrum nationalsozialistischer Wissenschafts- und Bildungspolitik, Prof. Dr. Jürgen Reulecke, PD Dr. Anne Chr. Nagel, Laufzeit 2004 bis 2006, Volumen ca. 128 Seiten, 180 €.

Universität Marburg:

An der Universität Marburg werden die folgenden Forschungsprojekte durchgeführt:

- Zur Universitätsgeschichte Marburg:
 - Die Marburger Medizinische Fakultät im "Dritten Reich", hrsg. von G. Aumüller u.a., München 2001^{*)},
 - Andreas Lippmann: Marburger Theologie im Nationalsozialismus, München 2003 (zugleich Diss. Phil./Politikwissenschaften Marburg)^{*)}
 - Marburger Germanistik und Kunstwissenschaften im Dritten Reich; hrsg. von B. Dedner u.a., München 2005^{*)}.

^{*)} alle Bände sind in der Reihe "Academia Marburgensis" erschienen
- Die Arbeitsgruppe Sozialpsychologie am FB Psychologie beschäftigt sich mit der Phänomenologie von Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlicher Gewalt, deren Ursachen und Möglichkeiten der Prävention.
- Graduiertenkolleg "Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" (zusammen mit der Universität Bielefeld, Sprecher und Bewilligungsempfänger Prof. Dr. U. Wagner/FB Psychologie): Gesamtsumme 1.125.777 € für drei Jahre.
- Forschungsprojekt "Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" (zusammen mit der Universität Bielefeld, Sprecher und Bewilligungsempfänger Heitmeyer).

- Forschungsprojekt "Die Wirkung von Präventionsprogrammen gegen Vorurteile und Gewalt gegenüber ethnischen Minderheiten", DFG ca. 38.000 € für zunächst ein Jahr.
- Diverse Evaluationen von Programmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt.
- Ebenfalls mit Bezug zu rechtsextremer Gewalt: Konzept einer systematischen Rückfalluntersuchung im hessischen Jugendvollzug (zusammen mit der Universität Tübingen, finanziert durch das Hessische Ministerium der Justiz; Projektleiter: Prof. Dr. U. Wagner/FB Psychologie) 250.000 € für fünf Jahre.
- Prof. Hafeneger (FB Erziehungswissenschaften) forscht seit mehreren Jahren zu rechtsextremen Parteien (NPD, Republikaner) und rechter Jugend in Hessen (Jugendkultur, Cliques). Dazu gibt es mehrere Publikationen. Es geht insbesondere um die Cliquesozialisation (-einbindung) als eine der Ursachen; gefördert von der HLZ und dem Hessischen Jugendring.
- Prof. Hafeneger (FB Erziehungswissenschaften) befasst sich im Rahmen des GRK "Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" - mit Blick auf Ursachen - mit dem Zusammenhang "rechte Jugendliche und Familie"; hierbei geht es um Familienbiographien und -interaktionen; weiterhin ist hier ein Projekt zum "Rechtspopulismus" (am Beispiel der Rep.) angesiedelt.
- Prof. Hafeneger (FB Erziehungswissenschaften) lokaler Rechtsextremismus und Verhalten (Umgang) der Zivilgesellschaft, der Bürgerinnen und Bürger und hier vor allem der Jugendverbände/-gruppen mit Blick auf die junge Generation (Förderantrag gestellt).
- Projekte in der Arbeitsgruppe von Prof. Bös (Soziologie): Doktorarbeit zum Thema "Non-helping bystanders" (Mike Dost, Promotionsstipendiat "Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit"); einige Arbeiten zur Integration von Migranten; Gemeindeentwicklungsprojekt in Gemüden zu Integrationsproblemen von Spätaussiedlern.
- Promotionen im FB Gesellschaftswissenschaften und Philosophie:
 - "Ein korporierter Männerbund - Eine sozialwissenschaftliche Studie über Weltanschauung, Politik und Brauchtum der Deutschen Burschenschaft" (Politikwissenschaft, 2000), Dietrich Heither,
 - "Skinheads in Deutschland. Rechtsextreme Tendenzen bei einer jugendlichen Subkultur" (Politikwissenschaft, 2002), Holger Bredel,
 - "Politische Strafjustiz in Hessen - Verfahren des Reichsgerichts und des Volksgerichtshofes sowie der Oberlandesgerichte Darmstadt und Kassel während des NS-Regimes" (Politikwissenschaft, 2003), Wolfgang Form,
 - "Wie und für welche Gesellschaft sozialisiert eine studentische Korporation? Die Wirkmechanismen studentischer Korporationen zur Bildung und Reproduktion eines elitären Netzwerkes am Beispiel des Köseener-Convent-Verbandes und des Weinheimer Senioren-Conventes" (Politikwissenschaft, 2003), Stephan Peters,
 - "Politischer Widerstand gegen das "Dritte Reich" im Rhein-Main-Gebiet" (Politikwissenschaft, 2005), Axel Ulrich,
 - "Fleckfieberforschung im Deutschen Reich 1914 bis 1945. Untersuchungen zur Beziehung zwischen Wissenschaft, Industrie und Politik unter besonderer Berücksichtigung der I.G. Farben (Politikwissenschaft, 2005), Thomas Werther, noch nicht veröffentlicht.

Frage 6. Wie und in welcher Höhe werden diese Forschungsprojekte finanziert?

Universität Frankfurt

FB Philosophie und Geschichtswissenschaften

Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG):

FB Erziehungswissenschaften

- a) Dr. Benjamin Ortmeier, Institut für Pädagogik der Sekundarstufe (WE III): Die Finanzierung (14.400 €) erfolgt anteilig in Kooperation der Max-Träger-Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung und der Otto-Brenner-Stiftung.
- b) Prof. Dr. Frank-Olaf Radtke, Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft (WE I):
1 ½ BAT IIa + 5.000 € DFG + ½ BAT IIa Stipendium der Evangelischen Studienstiftung Villigst.

FB Psychologie

Prof. Dr. Gerhard Büttner, Institut für Pädagogische Psychologie Qualitätssicherung von Programmen zur Prävention von Gewalt, Rechtsextremismus und interkulturellen Konflikten: Startkapital von ca. 3.500 €, kostendeckende Eigenfinanzierung durch Gebühren für Zertifizierung wird angestrebt.

FB Rechtswissenschaft

Deutscher Bundestag

Zu den Universitäten Gießen und Marburg vergleiche die Antworten zu Frage III 5.

Frage 7. Welche Möglichkeiten zur Intensivierung und Förderung der Forschung über Stand und Ursachen des Rechtsextremismus sieht die Landesregierung und welche konkreten Vorhaben wird sie auf den Weg bringen?

Universität Marburg

Es gibt mittlerweile, getragen durch verschiedene Initiativen und finanziert durch Bund oder Landesregierung, eine Vielzahl von Programmen zur Prävention von Rechtsextremismus. Diese Programme sind in der überwiegenden Mehrzahl nicht evaluiert, über Effekte und nicht intendierte Effekte und die Sinnhaftigkeit ihrer Finanzierung ist somit nichts bekannt. Hier besteht erheblicher Forschungsbedarf, auch im Sinne der Förderung von evidence based politics.

Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst

Das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst ist sich der herausragenden Bedeutung der Forschung über Stand und Ursachen des Rechtsextremismus bewusst. Die Antworten der Hessischen Hochschulen zur Großen Anfrage vom 20. Dezember 2005 (Drucks. 16/5052) haben aus Sicht des Ministeriums ergeben, dass an den Hochschulen eine intensive Forschung zum Thema Rechtsextremismus sowohl in der Geschichte als auch in der Gegenwart stattfindet.

Frage 8. Welche Aktivitäten haben rechtsextreme Gruppen (einschließlich der den Rechtsextremisten nahe stehenden Burschenschaften) oder Einzelpersonen an Universitäten und Fachhochschulen durchgeführt?

Einzig bei der NPD mit dem "Nationaldemokratischen Hochschulbund" (NHB) und bei den REP mit dem "Republikanischen Hochschulverband" (RHV) existieren parteibezogene Studentenverbände. Der 1967 gegründete NHB ist an den Hochschulen kaum verankert. Informationen, nach denen er an einer hessischen Hochschule über eine Hochschulgruppe verfügen soll, konnten bisher nicht bestätigt werden. Seit 2002 sind keine nennenswerten Aktivitäten bekannt geworden. Der RHV trat zuletzt 1999 bei den Studentenparlamentswahlen an der Universität Marburg an und konnte ein Mandat erringen. Auch der RHV ist seit 2002 in Hessen nicht mehr in Erscheinung getreten.

Aktivitäten, die über die regelmäßigen Aufgaben eines Studentenverbandes hinausgehen (Ziele der Partei zu propagieren, Mitglieder zu werben, oder wie es der NHB auch formuliert, geistige Grundlagen für eine nationale Politik zu erarbeiten) sind keine bekannt geworden. Siehe jedoch die folgende Beantwortung der Frage 9.

Frage 9. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über Veranstaltungen mit Referenten der Extremen Rechten bzw. "Neuen Rechten" in Verbindungshäusern von studentischen Verbindungen vor?

Vor dem Hintergrund rechtsextremistischer Bemühungen um eine "Kulturrevolution", verbunden mit dem "Kampf um eine politische Meinungsführerschaft", die seit Anfang der 80er-Jahre zu beobachten sind, bilden studentische Organisationen und dabei vor allem "rechtskonservatives Gedankengut" pflegende Burschenschaften ein lohnendes Zielobjekt entsprechender Anstrengungen.

Äußerungen und Aktivitäten im intellektuellen Bereich rechtsextremistischer Kreise lassen erkennen, dass konservative Burschenschaften als geeignete Zielobjekte ideologischer Einflussnahme betrachtet werden, um die Grenze zwischen Konservatismus und rechtsextremistischer "System"-Opposition aufzuweichen.

Es ist daher Ziel der Verfassungsschutzbehörde zu prüfen, ob in Bezug auf einzelne Burschenschaften in Hessen die oben problematisierte "Grenzüberschreitung" festzustellen ist. Dabei gerieten Burschenschaften insbesondere dann in den Blick des LfV Hessen, wenn festgestellt werden konnte, dass Veranstaltungen mit Referenten aus der rechtsextremistischen Szene in Verbindungshäusern etc. stattfinden bzw. stattfanden. Regelmäßig war das jedoch nur dann der Fall, wenn sich in der entsprechenden Burschenschaft der ein oder andere Rechtsextremist während seiner Studienzeit "bewegte". Diesbezüglich kann hier der Fall der Burschenschaft "Dresdensia-Rugia" in Gießen herangezogen werden. Im Zeitraum von 1996 bis 2006 "durchliefen", soweit bekannt, drei te-

kannte Rechtsextremisten die Burschenschaft. Und tatsächlich traten im Zeitraum von 1998 bis 2003 fünf dem rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnende Personen als Referenten bei der dortigen Verbindung auf.

Im Wesentlichen auf der Grundlage des oben genannten unterliegt in Hessen eine Burschenschaft der Beobachtung durch das LfV. Bei weiteren lassen die Prüfung der vorliegenden Erkenntnisse die Aufnahme als förmliches Beobachtungsobjekt derzeit als nicht gerechtfertigt erscheinen.

Frage 10. Wie beurteilt die Landesregierung die Vorträge von diversen CDU-Politikern – zuletzt von dem Abgeordneten Irmer in der rechtsextremen Burschenschaft *Dresdensia Rugia* in Gießen?

Nach hier vorliegenden Erkenntnissen ist die Burschenschaft "*Dresdensia Rugia*" in Gießen mit Personen der rechtsextremen Szene in Verbindung zu bringen. Seit 2004 gilt diese Burschenschaft nach Bewertung des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen auch als rechtsextremistisch. Die Rede des Landtagsabgeordneten Irmer bei der "Burschenschaft *Dresdensia Rugia*" fand im Jahre 1996 statt. Dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnende Personen traten – soweit dem LfV bekannt – erst ab 1998 als Referenten bei der dortigen Verbindung auf. Im Übrigen sieht es die Landesregierung nicht als ihre Aufgabe, die Tätigkeit von Abgeordneten zu bewerten.

IV. Jugendarbeit und Rechtsextremismus

Frage 1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über rechtsextremistische Aktivitäten in Jugendeinrichtungen vor?

Durch Mitteilungen des Bürgermeisters und eines Bürgers der Gemeinde Ebsdorfergrund wurde bekannt, dass sich im ortsansässigen Jugendclubs des Ortes Hachborn eine rechtsradikale/rechtsextremistische Szene gebildet habe.

Dies habe sich unter anderem dadurch gezeigt, dass man dort am 20. April 2000 den Geburtstag von Adolf Hitler feiern wollte.

Umfangreiche Ermittlungen im Umfeld des Jugendclubs unter Einbeziehung von Erkenntnissen des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz ergaben, dass eine Gruppe von vier bis fünf Jugendlichen/Heranwachsenden offenbar einen zumindest rechtsradikalen politischen Hintergrund aufweisen. Dies gilt insbesondere für den Vorsitzenden des Jugendclubs, einen jungen Erwachsenen.

Die polizeilichen Ermittlungen konnten keinen konkreten strafrechtlich relevanten Sachverhalt erbringen.

Gleichwohl musste festgestellt werden, dass die offenbar älteren (und maßgeblichen) Mitglieder des Jugendclubs rechtsextremistische Tendenzen aufwiesen und offenbar die jungen Mitglieder beeinflussten.

Nach polizeilicher Intervention durch Befragungen/Zeugenvernehmungen in dem Ort und entsprechende Begleitung durch die Gemeinde (unter anderem wurde auf Anregung der Polizei eine kostenfreie Exkursion zur KZ-Gedenkstätte Buchenwald organisiert) konnten die "rechten Meinungsmacher" isoliert werden.

Entsprechende rechte Tendenzen im Umfeld des Jugendclubs sind bei der Polizei nicht mehr bekannt geworden.

Frage 2. Wo sieht die Landesregierung regionale Schwerpunkte rechtsextremistischer Jugendszenen im Land?

Die rechtsextremistische Jugendszene in Hessen besteht überwiegend aus Neonazis und rechtsextremistischen Skinheads mit den Schwerpunkten in Mittel- und Südhessen sowie dem Rhein-Main-Gebiet.

Frage 3. Welche Projekte der Jugendverbände, des Rings der politischen Jugend und anderer vom Land Hessen geförderter Einrichtungen wenden sich gegen den Rechtsextremismus? In welchem Umfang fördert das Land die einzelnen Projekte?

Die hessische Sportjugend, die Feuerwehrjugend und die Johanniterjugend setzen sich aktiv mit dem Thema Rechtsextremismus auseinander.

Die Referenten der politischen Bildung der Hessischen Jugendverbände haben sich – in Kooperation mit dem beim HLKA installierten Informations- und Kompetenzzentrum "Ausstiegshilfen aus dem Rechtsextremismus in Hessen" (IKARus) – dem Thema angenommen.

Der Hessische Jugendring hat ein Forschungsprojekt "Jugendverbände und Rechtsextremismus" bei der Stiftung Mensch beantragt und genehmigt bekommen. Es ist festzustellen, dass sich die Jugendverbände nicht unmittelbar an Jugendliche wenden, die der rechten Szene angehören, sondern sich der Prävention und der so genannten "Stärkung der Zivilgesellschaft" widmen.

Mit verschiedenen Veröffentlichungen und thematischen Veranstaltungen machen Jugendverbände und andere Gruppierungen auf das Thema aufmerksam. Im Zusammenhang mit dem Aktionsprogramm des Bundes "Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" wurden in 2001 hessenweit 285 Projekte durchgeführt. Die Projekte wurden und werden unter anderem mit dem Teilprogramm "Entimon" bzw. werden im Rahmen der örtlichen Jugendarbeit weitergeführt. Das Land Hessen hat in den letzten Jahren keine Sonderprogramme der Jugendarbeit zur pädagogischen Bearbeitung des Rechtsextremismus aufgelegt. Hessen setzt auf die Stärkung des demokratischen Potenzials der Gesellschaft und fördert kontinuierlich und ohne finanzielle Abstriche die Regelstrukturen der Jugendarbeit. Eine Sonderförderung einzelner Projekte erfolgt nicht.

Frage 4 Welche Modellprojekte der Jugendarbeit dienen der Verhütung oder Eindämmung des Rechtsextremismus und wie viele Mittel wurden dafür in den letzten fünf Jahren bereitgestellt?

Die Hessische Sportjugend, die Feuerwehrjugend und die Johanniterjugend setzen sich aktiv mit dem Thema Rechtsextremismus auseinander. Die Referenten der politischen Bildung der Hessischen Jugendverbände haben sich - in Kooperation mit dem beim HLKA installierten Informations- und Kompetenzzentrum "Ausstiegshilfen aus dem Rechtsextremismus in Hessen" (IKARus) - dem Thema angenommen.

Wie bereits in der Antwort zu IV Nr. 3 ausgeführt, werden in Hessen derzeit keine Modellprojekte gefördert. Das Land fördert die Jugendverbandsarbeit der 31 hessischen Jugendverbände mit jährlich bis zu 2.060.000 € sowie die hessischen Träger der außerschulischen Jugendbildung im Rahmen des Jugendbildungsförderungsgesetzes mit jährlich bis zu 6.321.000 €.

Beispielhafte Projekte und Aktionen gegen Rechtsextremismus führt die Jugendbildungsstätte Burg Ludwigstein durch. Der Hessische Jugendring (HJR) bietet für seine Verbandsmitglieder und Interessierte Veröffentlichungen zum Themenkomplex wie z.B. die "Arbeitshilfe Gedenk(stätten)arbeit" an.

Seitens der Landeszentrale für politische Bildung werden in Hessen folgende Maßnahmen wie folgt gefördert:

- a) Gewalt, Rassismus und Zivilcourage unter Kindern und Jugendlichen (Kooperation mit der Buber-Rosenzweig-Stiftung) 12.340 €,
- b) Hyperlinks gegen Rechts Jugendliche gegen Rechtsextremismus (Bund Deutscher Pfandfinder/basa) 4.000 €,
- c) Argumentationstraining gegen Stammtischparolen (Kooperation mit dem Koordinierungsrat der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und der Bundeszentrale für politische Bildung) 3.530 €,
- d) Netzwerk Interkulturelle Annäherung und Gewaltprävention von Jugendlichen im Schwalm-Eder-Kreis und der Gesamthochschule Kassel 3.000 €,
- e) Antirassismustraining "Eye to Eye e.V." (Kooperation mit der Gesamtschule Niederwalgen) 1.250 €.

Frage 5. Wie schätzt die Landesregierung das Projekt "Courage, Netzwerk für Demokratie und Courage" ein und welche Mittel stellt die Landesregierung für dieses Projekt zur Verfügung?

Der Landesregierung ist das Netzwerk für Demokratie und Courage bekannt.

Im Sachzusammenhang wird auf die Kleinen Anfragen vom

- 8. November 2005 - Drucks. 16/4626 - ,

- 12. Januar 2006 - Drucks. 16/5176 -

hingewiesen.

Die Landesregierung betont die Wichtigkeit einer Kooperation des Netzwerks Courage mit dem hessischen "Netzwerk gegen Gewalt" und dem Programm "Ausstiegshilfen Rechtsextremismus in Hessen".

Für das Netzwerk Courage wurden bislang keine Mittel durch die Landesregierung zur Verfügung gestellt.

Frage 6. Wie fördern die Kommunen in Hessen die Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus?

Erkenntnisse über die Förderung einzelner Projekte in den Kommunen liegen der Landesregierung nicht vor.

Frage 7. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über Projekte vor, die nach dem Konzept der "akzeptierenden Jugendarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen" arbeiten?

Hierzu liegen der Landesregierung keine Informationen vor.

V. Kulturelle Bildung und Rechtsextremismus

Frage 1. Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, um spezifische Angebote gegen Rechtsextremismus im gesamten Kulturspektrum zu fördern?

Zur Beantwortung dieser pauschalen Frage wird an die bisher gemachten Aussagen zur Thematik hingewiesen, insbesondere zu Nr. VI.

Frage 2. In welcher Weise beabsichtigt die Landesregierung zusätzliche Programme zu fördern?

Die Landesregierung beabsichtigt derzeit keine weitergehende Förderung von zusätzlichen Programmen. Alle bisher aufgezeigten Maßnahmen zur Prävention, die mittel- und unmittelbar vom "Netzwerkes gegen Gewalt", der Geschäftsstelle IKARus und sonstigen Initiativen von der Landesregierung gebildet und initiiert wurden, zeigen Wirkung und sind Zeichen für ein erfolgreiches Vorgehen bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus.

VI. Schule und Rechtsextremismus

Frage 1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über rechtsextremistische Aktivitäten (unter anderem das Verteilen von Musik-CDs) an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen vor (Schulen bitte einzeln auflisten)?

Seit Januar 2004 planen rechtsextremistische Skinheads und Neonazis die kostenlose Verteilung eines Tonträgers unter der Bezeichnung "Projekt Schulhof" insbesondere vor Schulen. Ziel ist es, insbesondere Schülerinnen und Schüler für rechtsextremistische Themen und Inhalte zu interessieren und sie für die aktive Mitarbeit in der Szene zu gewinnen. Skinhead-Bands, Musikvertriebe, Neonazi-Kameradschaften und Einzelpersonen aus den unterschiedlichsten Regionen Deutschlands sind Bestandteil des Projekts. Erstmals stellte die Polizei in einem Presswerk in Rodgau (Kreis Offenbach) eine "Projekt Schulhof"-CD im Juni 2004 sicher. Trotz weiterer Durchsuchungsmaßnahmen und der Sensibilisierung von Produktionsfirmen gelang es den Rechtsextremisten in Baden-Württemberg, 50.000 Tonträger zu fertigen.

Der Sampler (Datenträger) mit dem Titel "Anpassung ist Feigheit - Lieder aus dem Untergrund" enthält neben einem Vorwort und Liedern von 19 bekannten rechtsextremistischen Bands verschiedener Stilrichtungen (Balladen, Hardcore, Heavy Metal) entsprechende Internet- und Kontaktadressen. Im Vorwort werden Ängste vor "Überfremdung", Kriminalität und Arbeitslosigkeit geschürt:

"Unsere heutigen Schulen sind schon längst ein Sammelbecken für junge Schwermisstraftäter geworden. Meist ausländische Banden haben hier das Sagen. (...) Wir stehen gegen den unerträglich hohen Zuzug von Fremden in unser Land, (...) gegen Multi-Kulti, (...) gegen die antideutsche Geschichtsschreibung, die an allen Schulen gelehrt wird und nur Deutsche als Täter sieht. Weil wir uns gegen dieses korrupte System wenden, werden wir verteufelt."(...)

An der Aktion beteiligen sich Skinhead-Gruppen, Musikvertriebe im In- und Ausland, Kameradschaften und Einzelpersonen, darunter ein bis September 2004 im Hochtaunus-Kreis ansässiger Versand von Skinhead-Artikeln. Die hessische Skinhead-Band Hauptkampflinie ist mit dem Titel "Rebell" auf dem Tonträger vertreten.

Das Amtsgericht Halle (Sachsen-Anhalt) ordnete am 4. August 2004 die allgemeine Beschlagnahme an. Der Tonträger sei geeignet, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen oder gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit schwer zu gefährden. Die CD enthalte fremden- und demokratiefeindliches Gedankengut, vor dem junge und politisch noch nicht gefestigte Menschen geschützt werden müssten.

Im Mai 2005 beschloss das Landgericht Stendal (Sachsen-Anhalt) die Anklage gegen den Auftraggeber der "Projekt-Schulhof-CD", Lutz Willert, wegen des Verdachts der schweren Jugendgefährdung nach dem JuSchuG, zuzulassen. Der Angeklagte wurde im Februar 2006 erstinstanzlich von dem Vorwurf des Vorrätighaltens schwer jugendgefährdender Trägermedien freigesprochen. Nach Auffassung des Gerichtes sind die Inhalte der CD rechtsextremistisch, systemfeindlich und jugendgefährdend, jedoch nicht offensichtlich schwer jugendgefährdend. Die zuständige Staatsanwaltschaft hat Revision gegen das Urteil eingelegt. Damit hat der allgemeine bundesweite Beschlagnahmebeschluss vom 4. August 2004 vorerst weiterhin Bestand.

Folgende Aktivitäten sind den Sicherheitsbehörden in Hessen bekannt geworden:

In der Nacht vom 3. zum 4. November 2004 wurden das "Projekt Schulhof" betreffende Plakate mit folgendem Text verbreitet.

"Ihr seid zu dumm und zu jung! Das denken zumindest die Staatsanwälte der BRD, welche die Schulhof-CD der "rechtsradikalen" Freien Kameradschaften

verboten haben. Sie behaupten, die CD würde die Jugendlichen "sozial desorientieren". Auf Deutsch: Ihr könntet euch eine eigene Meinung bilden!"

In der Mitte des Plakates befindet sich ein Bild: Geballte Faust mit einer Kette am Handgelenk. Um die Faust herum ist dieses Bild beschriftet: "Erpressung ist Feigheit. Lieder aus dem Untergrund".

Unter dem Bild steht weiter:

"Wenn ihr euch nicht vorschreiben lassen wollt, welche Musik ihr hört, welche Meinung ihr habt und wie ihr leben sollt, dann könnt ihr euch (27) weitere Lieder kostenlos herunterladen unter www.schulhof.net. Europa - Jugend - Revolution, (daneben befindet sich eine Fahne, umschrieben mit:) NATIONALER WIDERSTAND SOZIALISTISCHE ZELLE".

An vier Schulen im Schwalm-Eder-Kreis wurde das Plakat geklebt:

- Schwalmgymnasium, Schwalmstadt,
 - Ostergrundschule, Schwalmstadt-Treysa,
 - Melanchthon-Schule, Willingshausen,
 - Steinwald-Schule, Neukirchen.
-
- Am 5. November 2004 wurden im Bereich der Alexander-von-Humboldt-Schule in Viernheim insgesamt 17 DIN-A-3-Plakate sowie in der Albers-Magnus-Schule in Viernheim 20 Plakate mit dem Thema "Projekt Schulhof" geklebt.
 - Am 9. November 2004 verteilte das Bundesvorstandsmitglied der NPD, Doris Zutt, vor vermutlich sechs Schulen in Wetzlar die CD der NPD.
 - Am 12. November 2004 brachten unbekannte Täter in der Leo-Sternberg-Schule in Limburg ein Plakat mit dem Wortlaut: "Anpassung ist Feigheit. www.schulhof.net" an.
 - Im Dezember 2004 (genaues Datum unbekannt) wurden im Kaiser-Friedrich-Gymnasium in Bad Homburg eine Vielzahl von "Schulhof"-Plakaten angebracht. An eine Wand wurde mit roter Farbe "www.schulhof.net" gesprüht. Auf der Mauer und neben dem Eingangstor der Maria-Ward-Schule in Bad Homburg wurde ebenso die Internet-Adresse gesprüht.
 - Am 13. Dezember 2004 wurden geklebte Flyer zum "Projekt Schulhof" im Eingangsbereich der Eichendorffschule in Wetzlar-Dalheim aufgefunden.
 - Am 15. Dezember 2004 sprühten unbekannte Täter mit roter Farbe an acht Stellen auf dem Boden des Pausenhofes der Käthe-Kollwitz-Schule in Frankfurt am Main den Schriftzug "www.schulhof.net".
 - Am 16. Dezember 2004 fand der Hausmeister der Hessenwaldschule auf dem Schulgelände Flyer (DIN A4) zum "Projekt Schulhof". In der Freiherr-vom Stein-Schule in Frankfurt am Main wurden zehn weitere Flyer geklebt.
 - Am 25. Januar 2005 wurde an einer Bushaltestelle in Dipperz (Kreis Fulda) ein Plakat mit "Projekt Schulhof" - Bezug aufgefunden.
 - Am 28. Januar 2005 klebten Unbekannte fünf "Schulhof"-Plakate auf dem Gelände der Heinrich-von-Bibra-Schule in Fulda.
 - Am 5. Februar 2005 wurde ein Plakat an einer Informationstafel einer Bushaltestelle in Hofbieber-OT Wiesen (Landkreis Fulda) festgestellt.
 - In der Nacht zum 15. April 2005 wurden die Plakate an der Friedrich-Fröbel-Schule und der Alexander-von-Humboldt-Schule in Viernheim angebracht.
 - Am 6. September 2005 verteilten Unbekannte an einer Bushaltestelle in Königstein etwa 30 CDs, die ähnlich der genannten "Projekt Schulhof"-CD aufgemacht waren. Auf den CDs waren die Internet-Adresse des "Projekt Schulhof" sowie "www.front-stadt.tk" aufgedruckt. Unter der zweiten Adresse konnte man bis vor kurzem die rechtsextremistische Organisation "Freie Nationalisten Rhein-Main" im Internet aufrufen.

Am 8. und 9. September 2005 wurde in Hessen erstmals die "Schulhof"-CD - Anpassung ist Feigheit verteilt:

- Willingshausen-Steina Bushaltestelle,
- Gilserberg Bushaltestelle und Platz der Begegnung,
- Schwalmstadt-Treysa Schulhof,
- Schwalmstadt-Ascherode Bushaltestelle,
- Schwalmstadt-Trutzhain Bushaltestelle.

Weitere Fundorte:

- Schwalmstadt-Treysa Siebenbürgener Weg 13. September 2005,
- Fritzlar Schulgelände 29. September 2005.

Weitere Aktivitäten von Rechtsextremisten in Verbindung mit Schulen oder anderen öffentlichen Plätzen:

- In den letzten Jahren kam es in Hessen, anlässlich des Todestages von Rudolf Heß (17. August), wiederholt zu Plakatierungsaktionen (Transparente, Flyer und Plakate) von Rechtsextremisten an öffentlichen Plätzen.
- Am 4. und 8. Mai 2005 stellte die Polizei zwei Mitglieder der "Freien Nationalisten Rhein-Main" beim Verteilen der rechtsextremistischen Publikation "Unabhängige Nachrichten" (UN) auf öffentlichen Plätzen in Königstein, Frankfurt-Schwanheim, Wehrheim und Neu-Anspach fest.
- Am 20. Juli 2005 verteilten Mitglieder der "Freien Nationalisten Rhein-Main" in der Taunus-Schule und in angrenzenden Straßen in Königstein Flugblätter. Der Inhalt richtete sich an die Schüler und den Direktor der Schule, mit dem Hinweis, dass man nach den Sommerferien eine Art Diskussionsveranstaltung über die "wahre Deutsche Geschichte" durchführen will. Falls es zu keiner Diskussion kommen sollte, könnten die Schüler über die Homepage der "Freien Nationalisten Rhein-Main" mit ihnen in Kontakt treten.
- Während der Personenkontrollen im Umfeld der öffentlichen Jubiläumsveranstaltung zum 60. Gründungstag der CDU Hessen im Hessenpark Neu-Anspach am 25. September 2005 wurde das Auftauchen von Mitgliedern der "Freien Nationalisten Rhein-Main" festgestellt, die die Veranstaltung offensichtlich stören wollten. Die Polizei stellte bei den Rechtsextremisten verschiedene Flugblätter sowie "Schulhof-CDs" mit dem Aufdruck "frontstadt.tk" sicher.

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indizierte am 6. April 2006 auf Antrag des Landesjugendrings Brandenburg die Internetseite "www.schulhof.net" des rechtsextremistischen organisationsübergreifenden "Projekt Schulhof".

Nach Bewertung der BPjM enthalten die dort veröffentlichten Texte insbesondere ausländerfeindliches Gedankengut. Zudem bietet die Website das den Nationalsozialismus glorifizierende Lied "Sieg" der brandenburgischen Ski-Headband "Confident of Victory" zum Herunterladen an, das bereits am 4. Januar zur Indizierung der CD "F.N.A.B." ("Fight for freedom, nation and blood") der Band geführt hatte.

Auch die NPD hatte vor den Landtagswahlen in Sachsen im September 2004 eine eigene Musik-CD mit dem Titel "Schnauze voll? Wahltag ist Zahltag" gefertigt und an Berufsschulen, Gymnasien und Realschulen in mehreren Bundesländern verteilt.

Im November 2004 verteilten hessische NPD-Mitglieder die CD an verschiedenen Wetzlarer Schulen. Da sämtliche Titel des Samplers jedoch als nicht strafrechtlich relevant eingestuft wurden, konnte keine Beschlagnahmeverfügung erlassen werden.

Anlässlich der Bundestagswahl 2005 veröffentlichte die NPD am 29. August 2005 eine zweite "Schulhof-CD". Diese Neuauflage mit dem Titel "Hier kommt der Schrecken aller Spießer und Pauker" sollte hauptsächlich die Gruppe der Jung- und Erstwähler ansprechen, da diese für die NPD eine Hauptzielgruppe darstellen. 200.000 Stück der CD sollten bundesweit an Schulen, vor allem Gymnasien und Berufsschulen, verteilt werden. Am 12. September 2005 kam es zu einer bundesweiten Verteilaktion der Schulhof-CD, die auf großes Medieninteresse stieß. Dabei wurden etwa 100.000 Stück an Schüler und Berufsschüler verteilt. Da auch diese CD keine strafrechtlich relevanten Titel enthält, hatte die Polizei keine Eingriffsmöglichkeit. Genaue Angaben zu Verbreitungsorten in Hessen liegen nicht vor. Zusätzlich konnte die zweite Schulhof-CD ab dem 29. August 2005 kostenlos von der Homepage der NPD heruntergeladen werden.

Seit drei Jahren beobachten zudem Mitarbeiter des hessischen Projektes IKARus (Informations- und Kompetenzzentrum Ausstiegshilfen Rechtsextremismus) in Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Landesamt für Verfassungsschutz diese Entwicklung.

IKARus berät die Schulen und entwickelt mit ihnen die erforderlichen Handlungsstrategien, um sowohl präventiv als auch aktiv die Aktionen zu unterbinden. Die Schulen setzen ihr Hausrecht ein, in dem sie die auf dem Schulgelände verteilten Musik-CDs umgehend konfiszieren und sofort die Polizei, den Staatsschutz und die Geschäftsstelle von IKARus benachrichtigen.

Den Schulen wird empfohlen, das Schulkollegium, die Eltern und Schülerinnen und Schüler über die "Aktion Schulhof" und das Beratungsangebot von IKARus zu informieren.

Mit Schreiben vom 29. August 2005 wurden die Schulen über die Staatlichen Schulämter durch das Hessische Kultusministerium erneut auf geplante Verteilaktionen vor der Bundestagswahl hingewiesen und über die von der NPD verteilte CD informiert.

Frage 2. Mit welchen außerschulischen Kooperationspartnern arbeiten Schulen zusammen, um rechtsextremer Gesinnung und Gewalt vorzubeugen?

Hessen beteiligt sich am Bund-Länder-Kommissions-Modellversuch (BLK) "Demokratie lernen und leben". Das hessische BLK-Projekt "Mediation und Partizipation" ist Teil dieses Vorhabens. Der Programmträger ist die Freie Universität Berlin.

Das Programm will der aktuellen Entwicklung von Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Schulen sowie Politikverdrossenheit entgegenwirken. Das Programm dient der Entwicklung einer demokratie-förderlichen Schule, das heißt einer Schule, die Schülerinnen und Schüler grundlegende Erfahrungen demokratischer Prozesse, Normen und Institutionen vermittelt und sie auf Handeln in einer demokratischen Gesellschaft einstimmt. Das Programm verfolgt gleichzeitig individuelle und institutionelle Entwicklungsziele. Zum einen geht es um die Entwicklung demokratischer Handlungskompetenz von Kindern und Jugendlichen und zum anderen um die Entwicklung einer demokratischen Schulkultur als Teil pädagogischer Schulentwicklung.

Die Ziele des hessischen BLK-Projektes sind:

- Entwicklung einer gelebten Konfliktstruktur an der Schule durch Umsetzung und Verankerung von Vorhaben und Programmbausteinen der konstruktiven Konfliktbearbeitung.
- Entwicklung und Realisierung weiterer innovativer, demokratiepädagogischer, partizipativer Vorhaben im Unterricht und durch Projekte, die der Schulentwicklung dienen.
- Weiterentwicklung zu einer demokratischen Schule durch die Entwicklung neuer Formen von Partizipation im Hinblick auf die Organisationsstruktur der Schule und gegebenenfalls ihre Wirkung in das Gemeinwesen hinein.

Die Modellschulen sind in drei Sets zusammengefasst, die jeweils unter sich Netzwerke bilden:

- Set Grundschule,
- Set Sekundarstufe I,
- Set Berufsschule.

Set Grundschule

- Grundschule Fürstenhagen, Schulstraße 19, 37235 Hessisch Lichtenau,
- Riederbergschule (assoziiert), Philippsbergstraße 26-28, 65195 Wiesbaden,
- Grundschule Obervorschütz, Burggraben 1, 34281 Obervorschütz,
- Albert-Schweitzer-Schule, Berliner Allee 35, 63225 Langen,
- Aueschule, Talstraße 1-3, 68128 Dietzenbach,
- St. Martin-Schule-Mardorf, Am Dorfgraben 2, 35287 Amöneburg.

Set Sekundarstufe

- Gesamtschule Ahnatal, Mittelring 20, 34246 Vellmar 3
- Gutenbergschule, Gabelsbergerstraße. 4-8, 64297 Darmstadt,
- Ohmtalschule, Hochstraße. 1, 35319 Homberg/Ohm,
- Johann-Heinrich-Wichern-Schule, Viktor-Gollancz-Weg 4, 60433 Frankfurt am Main,
- Landschulheim Steinmühle, Steinmühlenweg 21, 35043 Marburg-Cappel,
- Morneweg-Schule, Hermannstraße. 21, 64285 Darmstadt,
- Philip-Reis-Schule, Hoher Weg 29, 61381 Friedrichsdorf.

Set Berufsschule

- Käthe-Kollwitz-Schule, Buchhügelallee 90, 63071 Offenbach,
- Hans-Viessmann-Schule, Marburger Straße 23, 35066 Franke nberg,
- Kaufmännische Schulen der Universitätsstadt Marburg, Leopold-Lucas-Straße 20, 35037 Marburg,
- Schulze-Delitzsch-Schule, Welfenstraße. 13, 65189 Wiesbaden,
- Werner-Heisenberg-Schule, Königsstädter Straße 72-82, 65428 Rüsselsheim,
- Willy-Brandt-Schule, Brückenhofstraße 90, 34132 Kassel.

Frage 3. Welche Fortbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer hält das staatliche Fortbildungsangebot zum Thema Rechtsextremismus bereit?
Ist aus Sicht der Landesregierung eine Weiterentwicklung der bestehenden Angebote notwendig?

Zum Thema Rechtsextremismus bietet die Landeszentrale für politische Bildung Veranstaltungen an.

Da der Adressatenkreis der Landeszentrale für politische Bildung alle Bürgerinnen und Bürger umfasst, nehmen immer auch Lehrerinnen und Lehrer an den Bildungsangeboten teil. Im Rahmen von Tagungen zur NS-Zeit wird themenspezifisch auch der aktuelle Rechtsextremismus behandelt, in einzelnen Vortragsveranstaltungen steht dieser auch im Mittelpunkt. Darüber hinaus enthält unser Publikationsangebot unter dem Stichwort "Politische Kultur/Extremismus" auch Veröffentlichungen zum Rechtsextremismus.

Außerdem arbeiten zwei an dem Amt für Lehrerbildung (AfL) mit voller Stundenzahl abgeordnete Kollegen beim Fritz-Bauer-Institut in Frankfurt im Rahmen des dortigen Fortbildungsprogramms mit. Im Rahmen ihrer Tätigkeit sind sie an Fortbildungsveranstaltungen zur Geschichte des Nationalsozialismus und dessen Bezügen zur Gegenwart beteiligt. Bei speziellen Nachfragen bezüglich Fortbildung zu aktuellen Problemen im Hinblick auf Rechtsextremismus und Rassismus verweisen wir auch auf die Veranstaltungen der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank in Frankfurt.

Im Rahmen des BLK Projekts "Demokratie lernen und leben" sind in den vom AfL durchgeführten Fortbildungen latent Bezüge zu Formen von Menschenrechtsverletzung und Diskriminierung angesprochen.

Zu den vom IQ akkreditierten Angeboten im Bereich Rechtsextremismus/Nationalsozialismus gehört ein "Multiplikatorentraining für den politischen Unterricht an beruflichen Schulen - Maßnahmen gegen Gewalt und Rechtsextremismus (Anbieter: Internationale Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte, Hadamar).

Des Weiteren ist auf Online-Angebote, unter anderem auch Angebote der Landesarchive, den Hessischen Bildungsserver, den "IT -Lehrplan Geschichte" und schulinterne Fortbildungen zu bestimmten Themen zu verweisen.

Das ressortübergreifende "Informations- und Kompetenzzentrum Ausstiegshilfen Rechtsextremismus" (IKARus) bietet Lehrkräften fallbezogene sowie allgemeine Beratung und Fortbildung zum Thema Rechtsextremismus an; dies wurde auch schon häufig in Anspruch genommen.

Durch die Stärkung des regionalen Fortbildungsansatzes werden die Staatlichen Schulämter in die Lage versetzt, flexibel auf die Fortbildungsbedürfnisse der Schulen zu reagieren. Bei verstärkter Beobachtung z.B. von rechtsradikalen Aktivitäten ist somit eine unmittelbare regionale Gegensteuerung möglich.

Durch die Intensivierung der Akkreditierung werden weitere Fortbildungsangebote erfasst und so das Fortbildungsspektrum des Landes um die Angebote privater Träger erweitert.

Zur Thematik "Rechtsextremismus im Internet" wurden in den letzten Jahren regelmäßig hessenweite Fortbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer gemeinsam von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und "Jugendschutz.net" angeboten. Darüber hinaus wird auf folgende Projekte und Veranstaltungen hingewiesen:

I. Studien

1. Studie: "Rechte Jugendcliquen in Hessen, Alltag einer neuen Jugendkultur", Hg. Benno Hafener, Mechtild M. Jansen, Weinheim/München 2001.

Die Studie wurde als Buch veröffentlicht und auch über das Publikationsverzeichnis der HLZ einem größeren, interessierten Publikum zugänglich gemacht.

2. Studie: "Rechte Jugendcliquen in Hessen - Szene, Aktivitäten, Folgerungen", Hg. Benno Hafener Mechtild M. Jansen, Schwalbach/Ts. 2002.

Diese Studie wurde ebenfalls veröffentlicht und über das Publikationsverzeichnis der HLZ einem breiten Publikum zugänglich gemacht. Die Studien wurden öffentlich präsentiert.

II. Veranstaltungen:**"Rechtsextreme Jugendmilieus"**

(Kooperation mit der Evangelischen Akademie Arnoldshain und dem Hessischen Jugendring) 4. und 5. Dezember 2000, Arnoldshain, 4.000 DM

"Rechte Jugenddeliquen in Hessen"

Nachuntersuchung und Fortführung des Projektes aus den Jahren 1999 und 2000 (Kooperation mit der Philipps-Universität Marburg, Institut für Erziehungswissenschaft), 2001/2002, 9.000 DM.

"Pädagogischer Alltag mit rechten Jugendlichen"

23. Mai 2002/10. September 2002 Kassel/Frankfurt am Main.

"Rechte Jugenddeliquen in Hessen"

Fortführung des Projektes aus den Jahren 1999, 2000 und 2001 (Kooperation mit der Philipps-Universität Marburg, Institut für Erziehungswissenschaft), 2002, 2.200 €.

"Rechte Männer - Rechte Frauen"

Geschlechterverhältnisse im Rechtsextremismus 31. Oktober 2002, Wiesbaden. Die Veranstaltungen hatten als Ziel, sowohl die Ergebnisse der Studien als auch Informationen und Erkenntnisse zum Thema Jugend und Rechtsextremismus einem breiten Publikum, vor allem Pädagoginnen und Pädagogen sowie Politikerinnen und Politikern zugänglich zu machen, um für den Umgang mit rechten Jugendlichen gerüstet zu sein.

Frage 4. In welchen Unterrichtsfächern und in welchen Lehrplänen der verschiedenen Bildungsgänge ist die Auseinandersetzung mit Fragen des Rechtsextremismus der Gegenwart und der NS-Geschichte in den gültigen Richtlinien und Lehrplänen vorgesehen?

Siehe Anlage 8.

Integrierte Gesamtschulen:

An integrierten Gesamtschulen wird das Fach Geschichte im Rahmen des Lernbereichs Gesellschaftslehre unterrichtet. Der Rahmenplan Gesellschaftslehre, Sekundarstufe I sieht das Thema Nationalsozialismus für die Jahrgangsstufen 9/10 vor: Themenfeld "Menschenrechte"; Thema "Nationalsozialismus" (Themenblatt 26).

Die Handreichungen "Gesellschaftslehre an schulformübergreifenden Gesamtschulen" verweisen auf Themen des Bildungsgangs Realschule Geschichte 10.1 und 10.2.

Als verbindliche Unterthemen werden genannt:

(Stundenzahl 22):

- Spuren der nationalsozialistischen Herrschaft,
- Wie ergreift die Gewalt die Macht?,
- Von der Massenarbeitslosigkeit zur Vollbeschäftigung - ein wirtschaftliches Wunder?,
- Ein Volk von Ja-Sagern - Überzeugung oder Anpassung?,
- Juden und andere Minderheiten - diskriminiert, entrechtet, verfolgt, ermordet,
- Beschwichtigungen, Aggression, Vernichtung - Eskalation der Gewalt in der Außenpolitik,
- Nicht alle erliegen der Verführung - Menschen im Widerstand,
- u.a.: Neue Anfänge in Deutschland - was wird aus den Deutschen?

Um zu gewährleisten, dass auch diejenigen Schülerinnen und Schüler, die die Schule nach dem Jahrgang 9 verlassen, das Thema Nationalsozialismus behandelt haben, muss dieses (neben anderen Themen) bis zum Ende des Jahrgangs 9 verbindlich erfüllt sein.

Über die verbindlichen Unterrichtsinhalte hinaus finden sehr verbreitet Exkursionen zu Holocaust-Gedenkstätten und auch Befragungen von Zeitzeugen statt.

Bildungsgang Förderschule

Die neuen Entwürfe der Lehrpläne befinden sich derzeit in Vorbereitung. In dem Rahmenlehrplan "Geschichte/Sozialkunde" für die Schule für Lernhilfe sind die Fragen von Gewalt, Unterwerfung und Vernichtung im NS-Staat sowie die Frage der Widerstandsbewegung in der Lernstufe 9 vorgesehen.

Nach den Plänen für katholische und evangelische Religion lassen sich Anknüpfungen schaffen, etwa im Zusammenhang mit der Umsetzung der Thematiken "Mensch sein", "Gewaltlosigkeit" und "persönliche Verantwortung übernehmen". Entsprechendes ist vorgesehen in den neuesten Entwürfen der Lehrpläne

für die Schule für Lernhilfe, hier vor allem im Lehrplan-Entwurf Gesellschaftslehre - Erdkunde/Geschichte/Politik und Wirtschaft - Abschnitt Hauptstufe 9: "Missbrauch von Macht - Nationalsozialismus", Antisemitismus, Verletzung der Menschenrechte; Vernichtung jüdischer Menschen, Sinti, Roma und andere Menschen in den besetzten Gebieten. Entsprechende Verknüpfungen lassen sich zudem mit den Lehrplanentwürfen für katholische und evangelische Religion sowie für Ethik herstellen (Würde des Menschen, Krieg und Frieden, als Christ leben, verantwortungsvolles Handeln und Verantwortung übernehmen, Umgang mit Gewalt, Friedenserziehung).

Die Förderschulen mit zielgleicher Ausrichtung (Sprachheilschulen, Schulen für Blinde, für Sehbehinderte, für Hörgeschädigte, Schulen für Körperbehinderte, für Erziehungshilfe, für Kranke) orientieren sich an den Lehrplänen der allgemeinen Schulen in den entsprechenden Bildungsgängen (z.B. Hauptschule, Realschule).

Selbstverständlich gehört in allen Bildungsgängen die Lektüre und Interpretation von Texten zum Holocaust und Nationalsozialismus zum Inhalt des Deutschunterrichts (zeitgenössische Literatur) und zum Lektürekanon der Fremdsprachen (Landeskunde, la résistance, le franco-allemand).

Berufliche Schulen:

Die Behandlung von Fragen des Rechtsextremismus geschieht in den Beruflichen Schulen im Wesentlichen in den Fächern/Lernbereichen Politik/Politik und Wirtschaft sowie gegebenenfalls auch im Religions- bzw. Ethikunterricht. Teilweise wird hierbei nicht konkret das Themenfeld "Rechtsextremismus" benannt, sondern die Thematik aus größeren Gesamtzusammenhängen heraus betrachtet.

Beispiel:

Auszüge aus dem Lehrplan der Fachschule für Sozialpädagogik

Lernbereich I: Gesellschaft und Kultur
Lerngebiet: Soziologie/Politik
Aufgabenfeld: Gesellschaftliche Orientierung
<u>Individualisierung/Modernisierung/offene Gesellschaft</u>
Gesellschaft-/Wirtschaftssystem: (...) Demokratie Konzepte der politischen Parteien Pluralismus
Demographie/Bevölkerungspolitik: Migration (...)
Aufgabenfeld: Individuum - Gruppe - Organisation - Schichtung
Gruppe: Vorurteile (...)
Lernbereich II: Sozialpädagogische Theorien und sozialpädagogische Praxis
Lerngebiet: Ethik
Aufgabenfeld: <u>Recht und Gerechtigkeit</u>
<u>Macht und Machthörigkeit</u>
Manipulation und Verführbarkeit: Drittes Reich - Nationalsozialismus Milgram-Experiment Stanford-Prison-Experiment (...)
<u>Gewalt und Gewaltlosigkeit</u>
Anpassung und Widerstand: ziviler Ungehorsam (z.B. Martin Luther-King, Martin Bonhoeffer, Gandhi (...)
Aufgabenfeld: <u>Verantwortung</u>
<u>Phänomene der Ausgrenzung</u>
<u>Randgruppen (...)</u>
<u>Entstehung, Form, Funktion und Wirkung von Vorurteilen</u>
<u>Maßnahmen zum Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung</u>

Eine systematische inhaltliche Synopse sämtlicher Lehrpläne der beruflichen Bildung ist nicht möglich.

Frage 5. In welchem Umfang findet im Bereich der Fächer der politischen Bildung erhöhter Unterrichtsausfall statt oder wird fachfremder Unterricht erteilt?

Ein erhöhter Unterrichtsausfall in den Fächern Politik/Politik und Wirtschaft kann nicht festgestellt werden.

Der Begriff "fachfremder Unterricht" muss im Bereich der politischen Bildung differenziert betrachtet werden. Nach § 6 (2) HSchG kann im Einzelfall nach Entscheidung der Gesamtkonferenz die Möglichkeit vorgesehen werden, unter

anderem die Unterrichtsfächer Geschichte, Erdkunde sowie Politik und Wirtschaft als Lernbereich Gesellschaftslehre zusammenzufassen. Der Lernbereich ist unabhängig von den Vorgaben der Studentafel. Daraus ergibt sich, dass der Lernbereich nur an Schulen für Lernhilfen und IGS möglich ist. Diese Fächer können nach § 6 (3) HSchG "von einer Lehrerin oder einem Lehrer (fachübergreifend) unterrichtet werden, um übergreifende Erkenntnisse auch in der Schule zur Geltung zu bringen und die Schülerinnen und Schüler zu befähigen, ein Problem vom unterschiedlichen Ansatz verschiedener Fächer her zu beurteilen."

Der Lernbereich Gesellschaftslehre (IGS) ist kein die Einzelfächer Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde ersetzendes Gesamtfach und keine bloße Versammlung dieser Fächer. Vielmehr bringen die Fächer des Lernbereichs in die Bearbeitung der Unterrichtsgegenstände ihren je unterschiedlichen Bildungsauftrag, ihre fachspezifischen Zugänge, Betrachtungsweisen und Fragestellungen ein. Unterrichtseinheiten in Gesellschaftslehre sind in der Regel fachübergreifend angelegt, das heißt in der Regel werden historische, sozialkundliche und/oder geographische Fachanteile miteinander verbunden. Gesellschaftslehre wird an der schulformübergreifenden (integrierten) Gesamtschule in der Regel von einer Lehrkraft unterrichtet. Das bedeutet, dass fachfremder Unterricht - bezogen auf die den Lernbereich konstituierenden Fächer Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde - häufiger stattfindet (insbesondere an integrierten Gesamtschulen). Daraus resultiert die Notwendigkeit intensiver Kooperation und enger Arbeitsbeziehungen (vgl. dazu VOBGM §§ 3, 35⁴). Dies und eine entsprechende Unterrichtserfahrung sind höher zu bewerten als formale Qualifikationen.

Zu den besonderen Bildungs- und Erziehungsaufgaben der Schulen zählen vor dem Hintergrund von "Schule und Rechtsextremismus" unter anderem Erziehung zur Gleichberechtigung, Friedenserziehung, Rechtserziehung. Diese Aufgabengebiete werden fachübergreifend unterrichtet (vgl. dazu HSchG § 6 (4)).

Frage 6. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, in welchem Umfang und durch welche Maßnahmen projektorientierter Unterricht zum Thema Rechtsextremismus durchgeführt wird?

Projektorientierter Unterricht zum Thema Rechtsextremismus findet verbreitet statt. Gesonderte Erkenntnisse hierzu liegen nicht vor.

Frage 7. Welche Landesprogramme gibt es, die die interkulturelle Verständigung und die gemeinwesenorientierte Verantwortung stärken sollen, und in welchem Umfang werden diese Programme durch das Land finanziell unterstützt?

Es besteht die grundsätzliche Verpflichtung von Schulen, im Rahmen ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages, wie er in § 2 des Hessischen Schulgesetzes (HSchG) verankert ist, und der dafür zur Verfügung gestellten Ressourcen wichtige Integrationsaufgaben sowohl für die bereits in Hessen lebenden als auch für die neu einreisenden Migrantinnen und Migranten zu erfüllen und

⁴ VOBGM = Verordnung zur Ausgestaltung der Bildungsgänge und Schulformen der Grundstufe (Primärstufe und der Mittelstufe (Sekundarstufe I) und der Abschlussprüfungen in der Mittelstufe

VOBGM § 3 Kooperation und Koordination in der Schule

Eine enge Zusammenarbeit aller Lehrkräfte, insbesondere im Rahmen der Lehrerkonferenzen, ist erforderlich. Diese Konferenzen dienen der Abstimmung fachübergreifender und erzieherischer Grundsätze, der Koordination der Unterrichts- und Erziehungsarbeit durch schuleigene Arbeitspläne, der Abklärung von Vorgehensweisen bezüglich der Leistungserziehung und -beurteilung sowie der Planung von Fördermaßnahmen. Konferenzen zur Abstimmung fachübergreifender didaktischer Grundsätze sind insbesondere bei Unterrichtsfächern, die aufgrund ihres engen inhaltlichen Zusammenhangs nach § 6 Abs. 2 des Hessischen Schulgesetzes einen Lernbereich bilden können, erforderlich. Die Zusammenarbeit der Lehrkräfte soll auch auf die persönliche Entwicklung der einzelnen Schülerinnen und Schüler gerichtet sein und die Gestaltung des Schullebens insgesamt einbeziehen. Gegenseitige Unterrichtsbesuche der Lehrkräfte und Gruppenhospitationen sind im Rahmen der Möglichkeiten durchzuführen.

VOBGM § 35 Kooperation und Koordination

Die Aufgabenstellung der schulformübergreifenden (integrierten) Gesamtschule erfordert im besonderen Maße die Zusammenarbeit aller Lehrerinnen und Lehrer. Über § 3 hinaus sind daher in den Fach- und Fachbereichskonferenzen der Halbjahres- oder Jahresplan der einzelnen Fächer und Lernbereiche sowie die Schwerpunkte des Unterrichts und der für die jeweilige Unterrichtseinheit zur Verfügung stehende Zeitraum festzulegen. Darüber hinaus sind gleiche oder aufeinander abgestimmte Lehr- und Lernmittel einzusetzen und abgestimmte Kriterien für die Leistungsmessung und Leistungsbewertung zu entwickeln.

damit zu einer interkulturellen Verständigung und einer Stärkung der gemeinwesenorientierten Verantwortung beizutragen.

Für das Gesamt-Förderkonzept zur Förderung der deutschen Sprachkompetenz, wie es in der Verordnung des Hessischen Kultusministeriums zum Schulbesuch von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache vom 9. April 2003, veröffentlicht im Amtsblatt des Hessischen Kultusministeriums - ABl. - Nr. 5/2003 S. 238, festgelegt ist, werden derzeit mehr als 40 Mio. € für Personal- und Sachausgaben investiert.

Für die Unterstützung von Maßnahmen der außerschulischen Hausaufgabenhilfe für Kinder ausländischer Eltern und von Aussiedlern durch Freie Träger standen im Haushaltsplan des Hessischen Kultusministeriums für das Haushaltsjahr 2005 Mittel in Höhe von 764.000 € zur Verfügung.

Des Weiteren ist zu verweisen auf:

- Finanzielle Unterstützung von Schüleraustausch und -begegnungsfahrten im Rahmen bestehender Schulpartnerschaften durch Landeszuschüsse (Kap. 04 76 - ATG 87).
- Besondere Austauschmaßnahmen und -programme mit den hessischen Partnerregionen (insbesondere Wisconsin, Aquitaine) sowie weiteren Regionen wie Litauen und Alberta (Kanada).
- Berufliche Schulen: In verschiedenen Programmen des Landes, die zur Stärkung der beruflichen Orientierung sowie zur Verbesserung der Integration in das Berufs- und Arbeitsleben beitragen, werden auch Aspekte interkultureller Verständigung bzw. eine gemeinwesenorientierte Verantwortung gefördert. Auf das Programm zur Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt (EIBE) wird weiter unten eingegangen.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Nr. VIII Frage 3 verwiesen.

Frage 8. In welchem Umfang ist der Landesregierung bekannt, welche Schulen Kontakte zu jüdischen Gemeinden vor Ort haben und wie diese Kontakte gepflegt werden?

Je nach regionalen Gegebenheiten gibt es Kontakte von Schulen zu jüdischen Gemeinden vor Ort (unter anderem im Rahmen von Zeugenbefragungen). Kontakte von Schulen zu jüdischen Gemeinden werden durch das Hessische Kultusministerium nicht erfasst.

Frage 9. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung darüber vor, ob und wie sich Schulen mit der Geschichte ehemaliger jüdischer Gemeinden vor Ort beschäftigen?

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

Frage 10. In welchem Umfang wird in hessischen Schulen neben der Aufarbeitung antisemitischer Entwicklungen auch die Verfolgung anderer ethnischer Gruppierungen und Minderheiten (z.B. Sinti und Roma) problematisiert?

Die Verfolgung anderer ethnischer Minderheiten wird in verschiedenen Unterrichtsfächern thematisiert (neben dem Bereich Gesellschaftslehre auch in Englisch (im Bereich der Landeskunde und der Behandlung literarischer Werke) und im Fach Deutsch (hier vorwiegend anhand der Behandlung von Lektüren⁵)). Erkenntnisse über den Umfang liegen dazu nicht vor.

Frage 11. Welche Materialien werden Lehrerinnen und Lehrern zur Aufarbeitung des Themas Rechtsextremismus angeboten?

Schulbuchverlage bieten diverse Materialien zu den Inhalten der Lehrpläne an. Diese umfassen Unterrichtseinheiten zu verschiedenen Fächern, auf der Basis von Sachtexten sowie bezogen auf Lektüren (z.B. auch Jugendbücher⁶).

Auch die Landeszentrale für politische Bildung bietet diverse Materialien an (neben Printmedien auch Software wie z.B. die CD-ROM "Rechtsextremismus im Internet").

Daneben sind unter anderem über den Bildungsserver und über Lehrer-online etc. Materialien und komplette Unterrichtseinheiten zu bekommen.

Zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus und zum Jahrestag der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 2006 stellen das Hessische Kultusministerium und das Institut für Qualitätsentwicklung folgende Publikation online zur Verfügung:

- Gottfried Köbler, Guido Steffens (Hg.): 27. Januar - Lerntag oder Gedenktag? Anregungen zur pädagogischen Gestaltung des "Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus".

⁵ z.B. Hackl "Abschied von Sidonie" (vgl. Lehrplan Gymnasien, Deutsch, Stufe 10)

⁶ z.B. Jan de Zanger "Dann eben mit Gewalt" (vgl. Lehrplan Realschulen, Deutsch, Stufe 9)

Dieses Heft enthält Unterrichts Anregungen, Projektideen und somit Ideen für die unterrichtliche Auseinandersetzung mit diesem Thema (vgl. www.iq.hessen.de).

Frage 12. Wie viele Schulklassen oder Schülergruppen haben in den letzten fünf Jahren KZ-Gedenkstätten besucht?

Der Besuch von Schulklassen und Schülergruppen in KZ-Gedenkstätten wird von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung gefördert.

In den Jahren 2001 bis 2005 sind Besuche und mehrtägige Seminare hessischer Schulklassen und Schülergruppen erfolgt:

Zahl der Schulklassen/Schülergruppen: 370

Zahl der Schülerinnen/Schüler: 17.264

Frage 13. Welche Maßnahmen unterstützt die Landesregierung, um den internationalen Austausch von Schülerinnen und Schülern zu fördern?

A. Grundlagen:

1. Auszug aus dem Regierungsprogramm 2003 bis 2008, Teil XXIII:

2. Internationale und europäische Abkommen im Bildungsbereich

(Kulturabkommen der Bundesrepublik, hessische Vereinbarungen mit Partnerregionen, Vereinbarungen auf Regierungsebene in Abstimmung mit den Ländern, z.B. das deutsch-französische Abkommen zur Förderung des Erwerbs der Partnersprache).

3. Hessisches Schulgesetz:

Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf die Aufgaben als Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (§ 2 Abs. 4 HSchG) durch Intensivierung des interkulturellen Austauschs und Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse.

Stärkung der Befähigung der Schülerinnen und Schüler, Menschen anderer Herkunft, Tradition und Weltanschauung vorurteilsfrei zu begegnen und somit zum friedlichen Zusammenleben verschiedener Kulturen beizutragen (§ 2 Abs. 2 HSchG) durch gemeinsame Bildung und Erziehung von Kindern unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Leistungsvermögens.

4. Lehrpläne (unter anderem Fremdsprachen, politische Bildung, Religion/Ethik)

B. Konkrete Maßnahmen (nur Schwerpunkte):

1. Finanzielle Unterstützung von Schüleraustausch- und Begegnungsfahrten im Rahmen bestehender Schulpartnerschaften durch Landeszuschüsse (Kap. 04 76 - ATG 87).

Zuständig für Fragen des internationalen Schüleraustausches ist das Staatliche Schulamt für den Landkreis Groß-Gerau und den Main-Taunus-Kreis, Service-stelle Internationale Begegnungen.

2. Beratung und Vermittlung für Schüleraustausch- und Begegnungsprogramme, die durch das Deutsch-Französische Jugendwerk, den Pädagogischen Austauschdienst, das British Council und vergleichbare Organisationen organisiert und durchgeführt werden.

3. Beratung von Schulen, Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Erziehungsberechtigten etc. über bestehende Austausch- und Begegnungsprogramme und die Teilnahmemöglichkeiten und Teilnahmevoraussetzungen.

4. Beratung und Unterstützung von Schulen, Lehrkräften und Bildungsverwaltung bei Antragstellungen im Rahmen des EU-Programms SOKRATES.

5. Unterstützung der Arbeit der hessischen UNESCO-Projektschulen.

6. Besondere Austauschmaßnahmen und -programme mit den hessischen Partnerregionen (insbesondere Wisconsin (s.u.), Aquitaine) sowie weiteren Regionen wie Litauen und Alberta (Kanada).

Neben der Durchführung europäischer Programme (z.B. Comenius, Leonardo) liegt ein besonderer Schwerpunkt auf dem Austausch mit den USA (Wisconsin) sowie mit Frankreich (insbesondere der Aquitaine).

Am 20. September 1976 unterzeichneten in Madison, USA, Ministerpräsident Albert Oswald und Governor Lucey die Urkunde, mit der die Partnerschaft zwischen Hessen und Wisconsin begründet wurde. Kernstück der Partnerschaft bildete zunächst die Zusammenarbeit zwischen der Staatskanzlei und dem Deutschen Sprach- und Schulverein Wisconsin mit Sitz in Milwaukee.

Darauf aufbauend entstanden Kontakte auf politischer, wirtschaftlicher und universitärer Ebene. Zur weiteren Vertiefung und Intensivierung der Freundschaft wurde am 20. September 1990 durch Kultusminister Dr. Wagner und Wisconsin State Superintendent Dr. Grover in Wisconsin eine Übereinkunft zur gegenseitigen Förderung von Schulpartnerschaften unterzeichnet.

In der Folge wurden Kontakte mit Partnerschulen in Wisconsin geknüpft und intensiviert. Seit 1990 wurden darüber hinaus jährlich Fortbildungsmaßnahmen im allgemein bildenden Bereich durchgeführt, an denen jeweils zwölf Lehrkräfte aus Wisconsin und Hessen teilnahmen.

Zur Vorbereitung einer gemeinsamen Erklärung zwischen dem Technical College System und dem Hessischen Kultusministerium erfolgte im Mai 1998 ein Besuch einer Hessischen Delegation mit Vertretern des Kultusministeriums, hessischer Berufsschulen und Ausbildern aus dem Bankenbereich in Wisconsin. Die Gruppe besuchte vier Technical Colleges (Madison, Wausau, Appleton und Waukesha), führte in Madison Gespräche mit Vertretern des Governors und traf mit Highschool-Klassen zusammen.

An diesen Besuch anknüpfend wurden am 21. August 1998 eine Gemeinsame Erklärung zwischen dem Technical College System von Wisconsin und dem Hessischen Kultusministerium durch den damaligen Ministerpräsidenten des Landes Hessen, Hans Eichel, und den Governor des Staates Wisconsin, Tommy G. Thompson, unterzeichnet.

Ein Element dieser Vereinbarung ist es, Austauschmaßnahmen für Lehrkräfte zwischen Hessen und Wisconsin durchzuführen, um die folgenden Ziele umzusetzen:

- Mitarbeit beim Prozess der Curriculumentwicklung und der Schulprogrammarbeit.
- Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Lehrkräften und Ausbildungsbetrieben auf Basis internationaler Aspekte.
- Austausch von Erfahrungen im Bereich der beruflichen Bildung.

Die gemeinsame Erklärung führte zu einer Verstärkung der gegenseitigen Austauschbeziehungen. Es entstanden intensive Kontakte zwischen beruflichen Schulen, Betrieben und Technical Colleges, die sich unter anderem über Austauschmaßnahmen von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften äußern.

Inhaltlich existieren im Rahmen der Kooperation zwischen Hessen und Wisconsin für das Hessische Kultusministerium im beruflichen Bereich folgende Schwerpunkte:

- Stärkung und Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem beruflichen Schulwesen in Wisconsin (WTCS, Colleges) sowie dem Department of Public Instruction auf administrativer Ebene.
- Förderung von direkten Kontakten hessischer beruflicher Schulen mit dem beruflichen Schulwesen in Wisconsin sowie Initiierung von Schüleraustauschmaßnahmen und Schülerpraktika beruflicher Schulen zwischen Hessen und Wisconsin.
- Intensivierung von Kontakten von Berufsbildungsverantwortlichen und Multiplikatoren aus dem Bildungsbereich.
- Fortführung des inhaltlichen Austausches im Hinblick auf aktuelle Bildungsfragen, z.B. im Hinblick auf Qualitätssicherung.

Für die Austausche im beruflichen Bereich mit Frankreich werden Mittel des Landes Hessen und des Deutsch-Französischen-Jugendwerkes (DFJW) genutzt. Auch diese Maßnahmen werden vom Staatlichen Schulamt Groß-Gerau begleitet.

Darüber hinaus existiert ein Austauschprogramm des Deutsch-Französischen Sekretariats für den Austausch in der beruflichen Bildung für Jugendliche und Erwachsene in beruflicher Aus- und Weiterbildung, das im Rahmen eines Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik vom 5. Februar 1980 begründet wurde.

Antragsberechtigt sind Ausbildungsbetriebe, Kammern, Verbände, Innungen, Lehrlingsausbildungszentren, überbetriebliche Ausbildungszentren, Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung, Berufliche Gymnasien, Berufsfachschulen und Fachschulen. Austausche im dualen Bereich der Ausbildung und in der Weiterbildung werden vom BMBF gefördert. Die Förderung von Austauschen im Rahmen von vollschulischen Bildungsgängen erfolgt im Rahmen von eigenen Förderprogrammen durch die Kultusministerien des betreffenden Bundeslandes. In Hessen werden deutsch-französische Austauschmaßnahmen über das Staatliche Schulamt Groß-Gerau betreut. Entsprechende Mittel sind in den Landeshaushalt eingestellt.

Des Weiteren wurden Mobilitätsprojekte (Leonardo II) durch das Projektbüro Berufliche Bildung des Hessischen Kultusministeriums initiiert und durchgeführt.

Zielgruppe sind französische und deutsche Jugendliche in der beruflichen Erstausbildung mit einfachen oder mittleren Bildungsabschlüssen und geringen Sprachkenntnissen in der Partnersprache. Sie absolvieren dreiwöchige Praktika in Klein- und Mittelbetrieben des Gastlandes, um zusätzliche berufliche Fertigkeiten zu erlernen und um ihre sprachlichen Kompetenzen zu erweitern. Diese zusätzlichen Qualifikationen werden zertifiziert (EUROPASS). Die teilnehmenden Jugendlichen und die betreuenden Lehrerinnen und Lehrer sollen einen Einblick in das Ausbildungssystem und die Arbeitswelt des Gastlandes gewinnen, gemeinsame und unterschiedliche Ausbildungsinhalte ihres Berufsfeldes erkennen und reflektieren.

Partner sind das Land Hessen, Projektbüro Berufliche Bildung beim Hessischen Kultusministerium, und die Fédération Régional des Maisons Familiales Rurales Champagne Lorraine, eine Einrichtung der beruflichen Bildung in Frankreich. Beteiligt sind berufliche Schulen in ganz Hessen und französische Schulen, insbesondere der Maisons Familiales in der Region Champagne Lorraine.

Frage 14. Wie beurteilt die Landesregierung das Phänomen der Verharmlosung von Vorfällen von Rechtsextremismus durch Lehrkräfte und Schulleitungen zur Vermeidung negativer Publicity?

Das durch die Fragestellung unterstellte Phänomen der Verharmlosung von Vorfällen von Rechtsextremismus durch Lehrkräfte und Schulleitungen ist nicht bekannt.

Frage 15. Welche neuen Projekte zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus wird die Landesregierung in den nächsten Jahren im schulischen Bereich entwickeln?

Das bewährte ressortübergreifende "Informations- und Kompetenzzentrum Ausstiegshilfen Rechtsextremismus" (IKARus) wird seine vielfältigen Tätigkeiten weiterführen und inhaltlich optimieren.

Es sind derzeit darüber hinaus keine neuen Maßnahmen geplant, die sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Rechtsradikalismus beschäftigen.

Die Projekte im beruflichen Bereich, sowohl die zurzeit bereits durchgeführten als auch geplante Projekte, richten sich an deutsche und ausländische Jugendliche. Der Schwerpunkt liegt auf der Stärkung der beruflichen sowie auf dem Ausbau der sozialen Fähigkeiten. Implizit werden durch die Projekte jedoch auch Ausländerfeindlichkeit und Rassismus abgebaut, indem die berufliche und gesellschaftliche Integration von Migrantinnen und Migranten gefördert wird.

VII. Opferschutz

Frage 1. Welche rechtliche und soziale Unterstützung wird Opfern rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten in Hessen geboten?

Frage 2. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, den Opfern rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten eine professionelle Gerichtsbegleitung (Anwälte, psychologische Betreuung) zur Seite zu stellen, und würde die Landesregierung dies unterstützen?

Frage 3. Wie viele Opfer rechtsextremistischer Gewalttaten wurden in der Vergangenheit in Zeugenschutzprogramme aufgenommen?

Hessen verfügt über ein flächendeckendes Netz von sieben Opferberatungsstellen, durch welche Opfer und Zeugen von Straftaten kostenlos durch hierfür speziell eingestellte Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter beraten werden. Die Unterstützung erfolgt unabhängig davon, um welche Deliktsart es sich handelt und ob die Betroffenen Anzeige erstattet haben.

Dieses Beratungsangebot steht auch den Opfern rechtsextremistischer Straftaten zur Verfügung:

Es handelt sich um folgende Stellen

Hanauer Hilfe Opfer- und Zeugenhilfe Hanau e.V.	Salzstr. 11, 63450 Hanau www.Hanauer-Hilfe.de	Tel. 06181/24871
Giessener Hilfe Opfer- und Zeugenhilfe Gießen e.V.	Ostanlage 21, 35390 Gießen www.giessener-hilfe.de	Tel. 0641/97 22 50
Kasseler Hilfe Opfer- und Zeugenhilfe Kassel e.V.	Wilhelmshöher Allee 101, 34121 Kassel www.kasseler-hilfe.de	Tel. 0561/28 20 70
Wiesbadener Hilfe Opfer- und Zeugenhilfe Wiesbaden e.V.	Adelheidstr. 74, 65185 Wiesbaden www.wiesbadener-hilfe.de	Tel. 0611/308 2324
Trauma- und Opferzentrum Frankfurt am Main e. V.	Zeil 81, 60313 Frankfurt am Main www.trauma-undopferzentrum.de	Tel. 069/21655828
Opferhilfe Limburg-Weilburg e.V.	Postfach 1414, 65534 Limburg	Tel. 06431/45045
Opferhilfe Südhessen e.V.	Nikoleyweg 7, 64354 Reinheim www.opferhilfe.de	Tel. 06162/912100

Im Bereich des Generalbundesanwaltes beim Bundesgerichtshof werden darüber hinaus keine weiteren Unterstützungsprogramme für Opfer rechtsextremistischer Taten geführt. Es sei aber unter anderem auf eine von dem DAV errichtete "Stiftung contra Rechtsextremismus und Gewalt" verwiesen, die gegebenenfalls anwaltlichen Beistand stellt (Deutscher Anwaltsverein, Littenstraße 11, 10179 Berlin, Telefon: 030/72 61 52-0, Fax: -190, E-Mail: dav@anwaltsverein.de). Zudem gibt es die Möglichkeit einer Entschädigung von Opfern rechtsextremistischer Übergriffe durch einmalige Kapitalzahlungen im Rahmen einer Billigkeitsentschädigung durch den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof⁷. Drei Personen, die sich mit dem Ziel, aus der rechten Szene auszusteigen, an das Informations- und Kompetenzzentrum "Ausstiegshilfen aus dem Rechtsextremismus in Hessen (IKARus) gewandt haben, waren Opfer rechter Gewalt und wurden bedroht. Diese Personen erfuhren eine besondere Betreuung.

Statistiken zur Zahl der in das Zeugenschutzprogramm aufgenommenen Opfer rechtsextremistischer Gewalttaten werden im HMDJ nicht geführt, sodass detaillierte Angaben hierzu nicht möglich sind.

Frage 4. Welche Präventionsprogramme zum Schutz potenzieller Opfer rechtsextremistischer Gewalt wurden und werden in Hessen durchgeführt?

Eine differenzierte Erfassung von Projekten oder Programmen zur Prävention rechtsextremistischer Gewalt gegenüber spezifischen Personen oder Gruppen oder potentiellen Opfern wird im Geschäftsbereich des Landespräventionsrates nicht durchgeführt. Das Programm "Ausstiegshilfen aus dem Rechtsextremismus in Hessen" berät und betreut Personen, die von der rechten Szene bedroht sind.

VIII. Migrationspolitik als Antidiskriminierungspolitik

Frage 1. In welchen Ressorts der Landesregierung werden Programme gefördert, entwickelt und unterstützt, die sich mit migrationspolitischen Fragen und Problemen beschäftigen?

Im Zuständigkeitsbereich des Hessischen Sozialministeriums wurden mehrere Programme dieser Art entwickelt und gefördert.

Das "Sprachförderprogramm für Kinder im Kindergartenalter" richtet sich insbesondere an Kinder mit Migrationshintergrund, die nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Aus dem Sprachförderprogramm werden gefördert:

- Sprachfördermaßnahmen für Kinder im Kindergartenalter,
- Fortbildungen für Erzieherinnen/Erzieher im Bereich Sprachförderung.

Damit Eltern mit Migrationshintergrund ihre Kinder aktiv begleiten und unterstützen können, fördert das Land Hessen Elternsprachkurse und Mama-lernt-Deutsch-Kurse, die niedrigschwellig ansetzen und oftmals im Verbund mit Kindergärten und Schulen durchgeführt werden. Der Erwerb der deutschen Sprache steht dabei im Vordergrund, jedoch werden in den Kursen auch Informationen unter anderem zu Fragen der Erziehung und Bildung, der Gesundheit, des Arbeitsmarktes und zu Fragen des Alltags vermittelt.

Das Landesprogramm "Förderung von Integrationsmaßnahmen" richtet sich an dauerhaft in Hessen lebende Personen mit Migrationshintergrund.

Dazu gehören auch Spätaussiedler und ihre Familienangehörigen. Zu den Fördermaßnahmen gehören:

- Sprachfördermaßnahmen, soweit sie nicht durch die Integrationskursverordnung des Bundes vom 13. Dezember 2004 (BGBl. 2004, S. 3370 ff.) abgedeckt sind,
- Innovative Integrationsmaßnahmen zur Stärkung der Eigeninitiative, am Integrationsprozess mitzuwirken und der
- Einsatz von Integrationslotsen zur Schaffung von Strukturen einer kooperativen Integrationsarbeit.

Das Programm "Ausbildung in der Migration" will jungen Menschen ohne Chance auf eine betriebliche Ausbildung, die auch von den Agenturen für Arbeit nicht in eine "Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE)" aufgenommen werden (von ihnen haben ungefähr drei Viertel einen Migrationshintergrund), die Möglichkeit eröffnen, trotzdem eine (außerbetriebliche) Berufsausbildung zu absolvieren.

Während das Programm "Ausbildung in der Migration" die Bemühungen der Arbeitsverwaltung im Rechtskreis des SGB II ergänzt, zielt das Programm "Ausbildung statt Arbeitslosengeld II (AstA)" auf junge Menschen im Rechtskreis SGB II ohne Chance auf eine betriebliche Ausbildung. Auch hier ist in

⁷ Merkblatt "Entschädigung von Opfern rechtsextremistischer Übergriffe" vom 2. Mai 2006: Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

vielen Fällen ein Migrationshintergrund Teil der Lebenslage, die in einer außerbetrieblichen Ausbildung mit sozialpädagogischer Begleitung von den jungen Menschen mit Aussicht auf Erfolg bearbeitet werden kann.

Die Programme "Qualifizierung und Beschäftigung junger Menschen" und "Qualifizierung und Beschäftigung für Mädchen" richten sich an junge Menschen mit Benachteiligungen und besonderem Förderbedarf, mit dem Ziel, sie zur Ausbildungs- oder Berufsreife zu bringen. Auch hier ist in vielen Fällen der Migrationshintergrund ein Teil der Problem- und Lebenslage, die mit der im Einzelfall erforderlichen Qualifizierung und sozialpädagogischer Begleitung bearbeitet wird.

Ein Programm für besonders benachteiligte Gruppen ist das ESF-Arbeitsmarktprogramm "Perspektive" II. Mit diesem Programm soll im Sinne einer regionalen, hessischen Arbeitsmarktpolitik die Erwerbsintegration von Menschen mit Migrationshintergrund besonders gefördert werden.

Im Hessischen Kultusministerium wird unter anderem das Programm zur Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt (EIBE) durchgeführt. Im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport wird das Projekt "Start" gefördert. Dieses in Deutschland einmalige Projekt dient der Integration und Antidiskriminierung von Frauen und Mädchen, insbesondere aus dem islamischen Kreis. Projektträger ist der Landesportbund Hessen.

Frage 2. Welche konkreten Antidiskriminierungsprojekte wurden seit dem Jahr 2000 durchgeführt?

Die vom Hessischen Sozialministerium geförderten Integrationsmaßnahmen haben die Integration, das heißt Partizipation zugewanderter Menschen am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zum Ziel. Die geförderten Integrationsprojekte, insbesondere die Sprachfördermaßnahmen für Erwachsene und Kinder, sind Antidiskriminierungsprojekte per se, denn sie wirken einer Benachteiligung der Beteiligten entgegen und erhöhen deren Chancen für eine erfolgreiche Beteiligung in Schule, Beruf und Gesellschaft. Die Programme und Projekte, die im Rahmen der beruflichen Bildung durchgeführt werden, verstehen sich nicht als Antidiskriminierungsprojekte. Über die konkrete inhaltliche Orientierung - Förderung der beruflichen Eingliederung von Migrantinnen und Migranten - wirken sie jedoch gesellschaftlichen und beruflichen Diskriminierungen entgegen.

Frage 3. Welche Maßnahmen und Programme zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden in Hessen durchgeführt und wer - außer den Jugendverbänden und den Kommunen - beteiligt sich an solchen Programmen?

Siehe auch Antwort zu VIII Frage 1.

Zur Förderung der Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und um deren Chancen in Ausbildung und Beruf zu verbessern, fördert das Land Hessen darüber hinaus Sprachkurse für Jugendliche zwischen Schule und Beruf. An den Programmen "Ausbildung in der Migration" und "AstA" beteiligen sich qualifizierte Träger außerbetrieblicher Berufsausbildung. Bei "AstA" erfolgt eine ungefähr hälftige Kofinanzierung aus Eingliederungsmitteln des SGB II. An den Programmen "Qualifizierung und Beschäftigung junger Menschen" und "Qualifizierung und Beschäftigung für Mädchen" beteiligen sich qualifizierte freie und öffentliche Träger der Jugendberufshilfe. Sie werden außer durch die Kommunen noch aus Eingliederungsmitteln des SGB II kofinanziert, soweit die jungen Menschen zum Rechtskreis des SGB II gehören.

Die Kindergärten in Hessen erfüllen im Rahmen ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages und der dafür zur Verfügung gestellten Personal- und Sachmittel wichtige Aufgaben zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Dabei wird von der grundlegenden Überzeugung ausgegangen, dass das Beherrschen der deutschen Sprache den Schlüssel zum Schulerfolg und zu einer gelingenden gesamtgesellschaftlichen Integration darstellt. Kinder im Kindergartenalter, die nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, werden im Rahmen des Sprachförderprogramms für Kinder im Kindergartenalter gefördert. Ziel ist, insbesondere Kindern mit Migrationshintergrund frühzeitig vor der Einschulung das Erlernen der deutschen Sprache zu ermöglichen und somit ihre Chancen in Schule, Beruf und Gesellschaft zu verbessern.

Alle Schulen des Landes Hessen erfüllen im Rahmen ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages und der dafür zur Verfügung gestellten Personal- und Sachmittel wichtige Aufgaben zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Dabei wird von der grundlegenden Überzeugung ausgegangen, dass das Beherrschen der deutschen Sprache den Schlüssel zum Schulerfolg und zu einer gelingenden gesamtgesellschaftlichen Integration darstellt.

Die Verordnung zum Schulbesuch von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache vom 9. April 2003 beschreibt darüber hinaus vielfältige Maßnahmen und Regelungen im Schulbereich, die der Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund dienen.

Auf der Grundlage dieser Verordnung gibt es für alle Kinder und Jugendlichen mit einem Migrationshintergrund im schulischen Bereich unter anderem ein auf ihre jeweiligen Bedürfnisse zugeschnittenes Gesamt-Förderkonzept zur Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse.

Dieses Gesamt-Förderkonzept umfasst:

- freiwillige Vorlaufkurse für noch nicht schulpflichtige Kinder, die vor ihrer Einschulung noch nicht über die erforderlichen Deutschkenntnisse für den Unterricht einer ersten Klasse verfügen,
- verpflichtende schulische Sprachkurse oder verpflichtender Besuch einer Vorklasse für schulpflichtige Kinder bei Zurückstellung vom Schulbesuch wegen nicht hinreichender Sprachkenntnisse,
- Intensivklassen/Intensivkurse für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger, die über keine bzw. nur geringe Deutschkenntnisse verfügen und dem Unterricht in einer Regelklasse noch nicht folgen können,
- Alphabetisierungskurse für Schülerinnen und Schüler ohne schulische Vorbildung,
- Deutsch-Förderkurse für Schülerinnen und Schüler, die sich zwar verständigen können, die deutsche Sprache jedoch in Wort und Schrift noch nicht so beherrschen, dass sie die Anforderungen des Regelunterrichts problemlos erfüllen können.

Das heißt, in Hessen gibt es - je nach Sprachkompetenz - ein gestaffeltes Maßnahmenbündel von Sprachfördermaßnahmen für Migrantenkinder.

Daneben tragen Maßnahmen der außerschulischen Hausaufgabenhilfe für Kinder ausländischer Eltern und von Aussiedlern ebenso zu einer Deutsch-Förderung und Integration der Jugendlichen nicht deutscher Herkunftssprache bei. Diese Maßnahmen werden von Freien Trägern bzw. in der Regel durch karitative Verbände sowie den Trägerverein "Lehrer organisieren Selbsthilfe (L.O.S.*)" durchgeführt.

Darüber hinaus werden unter anderem mit Mitteln des Landes Hessen von einzelnen Trägern, wie z.B. Landkreisen und kreisfreien Städten sowie Freien Trägern, schulbezogene Förderkonzepte (Hausaufgabenhilfe für ausländische Schülerinnen und Schüler) an Schulen durchgeführt, die ebenfalls zu einer Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund beitragen.

Die Entwicklung eines Erziehungs- und Bildungsplanes für Kinder im Alter von 0 bis 10 Jahren in Kooperation von Hessischem Sozialministerium und Hessischem Kultusministerium für eine noch frühere, intensivere und konsequentere Förderung in Verantwortung der Eltern, des Kindergartens und der Schule - unter anderem mit dem Ziel, dass Kinder unterschiedlicher Herkunft möglichst von Anfang an gemeinsam lernen können - führt ebenfalls zu einer besseren Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Ferner werden bereits seit dem Jahr 2000 neue beispielhafte Wege einer intensiven Deutsch-Frühförderung in Grundschulen mit hohem Zuwandereranteil beschritten - so im Projekt "Deutsch & PC", einem Kooperationsprojekt der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung und des Hessischen Kultusministeriums.

Vonseiten des Hessischen Kultusministeriums wird zudem das "START-Stipendienprogramm" der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung für Migrantenkinder mit guten bis sehr guten Zeugnissen und sozialem Engagement in Hessen unterstützt. Das Land Hessen stellt dafür 0.50 Stellen für einen Landeskoordinator zur Verfügung.

An dieser Stelle sei auch das Projekt "Frühstart" als gemeinsames Projekt einiger Stiftungen und Kommunen sowie des Hessischen Sozialministeriums und des Hessischen Kultusministeriums für eine Deutsch-Frühförderung von Kindergartenkindern mit Migrationshintergrund aufgeführt.

Das "Programm zur Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt (EIBE)" des Hessischen Kultusministeriums ist eine Maßnahme für Jugendliche im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) für den Planungszeitraum 2000 bis 2006 (Laufzeit bis Ende des Schuljahres 2006/2007). Die Maßnahme wird von hessischen beruflichen Schulen in Zusammenarbeit mit Trägern der sozialpädagogischen Betreuung durchgeführt.

Die Schwerpunkte der Förderung liegen in der Festigung der Kulturtechniken, der Allgemein- und Persönlichkeitsbildung, im Bereich der Berufsorientierung und der Berufsfindung und in der informations- und kommunikationstechnischen Grundbildung. Die gemeinsame Förderung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist, und deutschen, von Arbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen bildet neben dem integrativen Aspekt die Möglichkeit, den deutschen Spracherwerb zu intensivieren, wobei gemeinsame soziale Benachteiligungen durch die sozialpädagogische Betreuung aufgearbeitet werden sollen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf Integration in unsere Gesellschaft, insbesondere in die Berufs- und Arbeitswelt.

Auch die Programme RegNets (Regionale Netzwerke - finanziert durch den Europäischen Sozialfonds und das Land Hessen) und SchuB (Lernen und Arbeiten in Schule und Betrieb) des Hessischen Kultusministeriums dienen der Integration benachteiligter Jugendlicher und stehen Migrantinnen und Migranten offen.

Frage 4. Wie beurteilt die Landesregierung die Bildungs- und Ausbildungschancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur gleichen Altersgruppe der deutschen Wohnbevölkerung?

Jugendliche mit Migrationshintergrund ohne gute Kenntnisse der deutschen Sprache haben schlechtere Chancen in Ausbildung und Beruf. Um deren Chancen zu verbessern, fördert das Land Hessen Sprachkurse für Jugendliche zwischen Schule und Beruf sowie die in VIII Frage 1 und Frage 3 genannten ausbildungs- und berufsvorbereitenden Maßnahmen und außerbetrieblichen Ausbildungsmaßnahmen.

Die zweite PISA-Studie hat gezeigt, dass weitere Anstrengungen zu einer besseren Förderung und Integration von Migrantinnen und Migranten unternommen werden müssen. Die Hessische Landesregierung hat in der Bundesrepublik Deutschland bereits lange vor Erscheinen der Ergebnisse der Internationalen Vergleichsstudien PISA und IGLU, aber auch im Hinblick auf die dort gewonnenen Erkenntnisse, in beispielhafter Weise eine Vorreiterrolle eingenommen und zielstrebig eine Entwicklung eingeleitet, die eine positive Kehrtwende mit sich bringen wird, um diese Situation zu ändern.

Das Hessische Schulgesetz spricht sich ausdrücklich für die gleichen Bildungschancen von Migrantenkinder aus. So ist in § 3 Abs. 13 HSchG aufgeführt, dass Schülerinnen und Schüler, deren Sprache nicht Deutsch ist, unabhängig von der eigenen Pflicht, sich um den Erwerb hinreichender Sprachkenntnisse zu bemühen, durch besondere Angebote so gefördert werden sollen, dass sie ihrer Eignung entsprechend zusammen mit Schülerinnen und Schülern deutscher Sprache unterrichtet und zu den gleichen Abschlüssen geführt werden können. In der Bestimmung des § 8 a Abs. 1 HSchG ist darüber hinaus festgehalten, dass Maßnahmen der Förderung von Schülerinnen und Schülern, deren Sprache nicht Deutsch ist (§ 3 Abs. 13 HSchG), besondere Unterrichtsangebote zum Erwerb der deutschen Sprache oder zur Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse sind, die in der Regel auf selbst erworbenen Grundkenntnissen aufbauen und die Schülerinnen und Schüler so fördern sollen, dass sie sich so bald wie möglich am Unterricht in der Regelklasse beteiligen können.

Im Bereich der Beruflichen Schulen wird mit dem "Programm zur Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt" (EIBE) Jugendlichen eine Möglichkeit zum Ausgleich von Defiziten und zur Nachholung von Abschlüssen gegeben. Durch spezielle Förderung ist z.B. der Ausgleich von Sprachdefiziten möglich.

Problematisch ist die Situation insbesondere, wenn mehrere Benachteiligungstatbestände zusammentreffen, z.B. bildungsfernes, sozial schwaches Elternhaus, Drogen- bzw. Suchtproblematik im Elternhaus und/oder beim Schüler bzw. bei der Schülerin, Absentismus, psychische Problematiken, z.B. aufgrund von Fluchterlebnissen, Zuzug nach Deutschland erst in einem fortgeschrittenen Alter, etc.

Zugleich steht die Herausbildung von Parallelgesellschaften - unabhängig von etwaigen persönlichen Benachteiligungstatbeständen - dem Erwerb deutscher Sprachkenntnisse entgegen.

Frage 5. Welche besonderen Programme gelten für Integrationsmaßnahmen bei Spätaussiedlern?

Aus dem Landesprogramm "Förderung von Integrationsmaßnahmen" wird speziell für den Personenkreis der Spätaussiedler sowie ihrer Familienangehörigen das Projekt "Auf- und Ausbau eines Netzes der Multiplikatoren zum Zweck der Verstärkung der Integration mit russlanddeutschen Spätaussiedlern" durchgeführt. Träger ist die "Landsmannschaft der Deutschen aus Russland". Zwischenzeitlich arbeiten etwa 60 Multiplikatoren für das Projekt. Bei den Multiplikatoren handelt es sich überwiegend um Spätaussiedler, die bereits vor einigen Jahren in die Bundesrepublik gekommen sind und die ihre Erfahrungen und

Erkenntnisse an Neueingewanderte weitergeben. Dadurch wird der Integrationsprozess nachhaltig unterstützt und beschleunigt. Außerdem wird das Projekt der "Deutschen Jugend aus Russland", Landesgruppe Hessen, "Entwicklung und Stärkung der Eigeninitiative jugendlicher Russlanddeutscher bei der Lösung von Integrationsproblemen" finanziell gefördert. Darüber hinaus werden Integrationsprojekte gefördert, an denen Spätaussiedler und andere Migranten teilnehmen.

Für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler gelten die vorstehend aufgeführten Maßnahmen zur Integration gleichermaßen.

Die Verordnung zum Schulbesuch von Schülerinnen und Schülern nicht deutscher Herkunftssprache vom 9. April 2003 sieht zudem insbesondere im Bereich der Anerkennung von Schulabschlüssen besondere Regelungen für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler vor, die es dieser Schülergruppe ermöglichen, ein Abschlusszeugnis der Hauptschule zu erwerben. Dabei ist der Erwerb eines qualifizierenden Hauptschulabschlusses und eines erweiterten Hauptschulabschlusses oder eines mittleren Abschlusses nach § 13 Abs. 3 und 4 HSchG besonders zu fördern (§ 14 Abs. 4 und 5 der VO).

Im Rahmen der hessischen zweijährigen Sonderlehrgänge zum Erwerb der allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung für Aussiedlerinnen und Aussiedler aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion ermöglicht das Land Hessen Aussiedlern aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion eine Nachqualifizierung zu einem dem Abitur gleichgestellten Abschluss. Den Jugendlichen, die in der ehemaligen Sowjetunion eine Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, die nach den Bestimmungen der ständigen Kultusministerkonferenz (KMK) in Deutschland nicht als Qualifikation für ein Hochschulstudium anerkannt werden kann, werden die für ein Studium an deutschen Hochschulen sowie die Absolvierung gehobener Ausbildungsgänge notwendigen Voraussetzungen in einer Verbindung allgemeiner und beruflicher Bildungsinhalte vermittelt. Neben dem klassischen Fächerkanon der gymnasialen Oberstufe, den neuen Sprachen, der Mathematik und den Naturwissenschaften, werden die Studierenden wahlweise in Technikwissenschaft oder Wirtschaftslehre unterrichtet. In den Ferien absolvieren die Studierenden Betriebspraktika.

Seit Schuljahresbeginn 1992/1993 wird an der Ludwig-Geißler-Schule in Hanau der hessische zweijährige Sonderlehrgang koordiniert und in Kooperation mit den Beruflichen Schulen Gelnhausen erfolgreich durchgeführt.

Darüber hinaus steht auch das "Programm zur Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt" (EIBE) jugendlichen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern offen.

Frage 6. Welche Maßnahmen zur Integration von jüdischen Einwanderern gibt es?

Die oben angeführten hessischen zweijährigen Sonderlehrgänge stehen Berechtigten nach dem Bundesvertriebenengesetz, deutschen Staatsangehörigen aus den Vertreibungsgebieten, die formal nicht unter das BVFG fallen, sowie jüdischen Migrantinnen und Migranten, insbesondere aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion, offen.

Frage 7. Wie hoch ist in Hessen der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst?

Auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage der Abg. Waschke (SPD) betreffend Einstellung von Bewerbern mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst (Drucks. 16/5843) wird verwiesen.

Wiesbaden, 18. September 2006

Bouffier

Anlagen

Demonstrationen und Kundgebungen in Hessen 1995 bis 2006:

Ort	Zeit	Anmelder	Teilnehmer	Organisationen
1995				
Frankfurt	07.05.1995			REP
Maintal	22.07.1995			Skinheads
Willingen-Usseln	05.08.1995			Neonazis
Ffm. -Sachsenhausen	24.08.1995			REP
Frankfurt	16.09.1995			REP
Ffm. -Rathaus	09.10.1995			REP
Frankfurt	14.10.1995			REP
Ihringshausen	03.11.1995			Neonazis
1996				
Wetzlar	27.01.1996	Ludwig Palm	18	JN Hessen/NPD KV Lahn Dill
Frankenberg	30.01.1996			
Frankfurt	30.01.1996			
Nidda-Bad Salzhausen	16.05.1996			
Taunusstein-Hahn	30.05.1996		100	REP
Waldsolms	29.06.1996	Markus Beuth	80	Skinheadtreffen
Braunfels	23.11.1996			NPD KV Lahn Dill
1997				
Königstein	01.01.1997			
Marburg	06.01.1997	REP	30	REP-Hochschulgruppe
Wiesbaden	17.01.1997			
Frankfurt	20.01.1997			
Wetzlar	08.02.1997			
Hanau	14.02.1997		80	REP
Solms	15.02.1997		90	REP
Stadtallendorf	15.02.1997		150	REP
Bad Soden/Allendorf	16.02.1997			
Homberg/Ohm-Büßfeld	19.07.1997	unangemeldet	70	Skinheads
Hanau-Steinheim	26.07.1997	Alexander Hübner	60	Skinheads
Frankfurt	14.04.1997			
Alsfeld	01.05.1997	unangemeldet	200	
Kassel	01.05.1997	unangemeldet	70	NPD
Eschwege	01.05.1997	unangemeldet	50	
Gießen	02.06.1997			
Kassel	29.06.1997	Roy Godenau	50	Bündnis für Gesamtdeutschland
Marburg	14.09.1997	unangemeldet	57	Sauerländer Aktionsfront
Ronneburg-Altwielermus	15.08.1997	unangemeldet	10	Skinheads
Marburg	21.09.1997	Manfred Roeder	16	Skinheads
Marburg	01.10.1997	Manfred Roeder	5	Skinheads
Dornburg-Thalheim	11.10.1997	unangemeldet	130	Skinheads
Butzbach-Wiesental	01.11.1997	unangemeldet	25	JN
Marburg	09.11.1997	Manfred Roeder	100	Skinheads
1998				
Marburg	06.01.1998	Hans Hirzel	20	RHV
Bad Soden-Allendorf	18.01.1998		6	REP-KV
Hofgeismar	18.01.1998	Nico Gießler	20	JN
Kassel	06.06.1998			
Gießen	13.06.1998	Frank Ludwig	10	NPD/JN
Dillenburg-Oberscheld	27.06.1998	unangemeldet	150	Skinheads
Wiesbaden	05.07.1998		130	REP
Wölfersheim-Wohnbach	07.07.1998	Volker Sachs; Ortsverein	35	NPD
Hanau-Steinheim	24.-26.07.98	Andreas Reuhl	180	Skinheads
Hungen	22.08.1998	unangemeldet	100	Skinheads
Frankfurt	12.09.1998		29	NPD
Ehringshausen	19.12.1998	unangemeldet	30	NPD/Skinheads
1999				
Marburg-Cappel	22.01.1999		35	REP KV Marburg-Biedenkopf
Hanau-Steinheim	13.02.1999			
Kassel	12.04.1999		20	Mahler, Mechttersheimer
Rotenburg	13.04.1999	Friedrich Baunack	19	REP
Frielendorf	17.04.1999		23	NPD
Frankfurt	19.04.1999	Bürgerbewegung für unser Land	80	Mahler, REP, RJ, JN, NPD
Kirtorf	01.05.1999			
Korbach	15.05.1999	unangemeldet	17	SAF
Wiesbaden	05.06.1999		20	REP KV Wiesbaden
Kassel	06.06.1999			
Sebbeterode	26.06.1999	unangemeldet	100	Skinheads
Dornburg-Frickhofen	24.07.1999	unangemeldet	70	Skinheads
Erzhausen	24.07.1999	unangemeldet	20	Skinheads
Hanau	23./24.7.99	unangemeldet	243	Skinheads

Wiesbaden	25.07.1999	unangemeldet	7	Skinheads
Wetter-Warzenbach	30.07.1999	unangemeldet	20	Skinheads
Frankfurt	02.08.1999	Bürgerbewegung für unser Land	80	Mahler, REP, RJ, JN, NPD
Guxhagen	07.08.1999	unangemeldet	44	Skinheads
Merenberg	21.08.1999	unangemeldet	26	JN
Rotenburg-Braach	28.08.1999			
Marburg	11.09.1999	Manuel MANN	50	Volkstreues Komitee f. g. Ratschläge
Seligenstadt	11.09.1999	unangemeldet	22	Skinheads
Frielendorf	29.10.1999	REP Ortsverein	70	REP
Willingen	13.11.1999			
Fulda	14.11.1999	Oliver Breitung	16	NPD, Skinheads
Wiesbaden	21.11.1999		200	REP
Kirtorf	27.11.1999	unangemeldet	58	Skinheads
Schnellrode	29.11.1999			
2000				
Wetzlar-Dalheim	01.05.2000	Udo Voigt	140	NPD KV Lahn-Dill/Skinheads
Gießen	01.05.2000			
Ehringshausen	01.05.2000			
Lützellinden	17.06.2000	Frank Ludwig	60	NPD
Dillenburg	24.06.2000			
Griesheim	09.09.2000			
Ffm.-Bornheim	07.10.2000	Jörg Krebs	10	NPD KV Frankfurt
Ffm.-Harheim	18.10.2000			
Ffm.-Harheim	28.10.2000	Jörg Krebs	4	NPD KV Frankfurt
Frankfurt	11.11.2000	Jörg Krebs	2	NPD KV Frankfurt
Ffm.-Nieder-Eschbach	02.12.2000			
Ffm.-Bonames	02.12.2000			
Ffm.-Bonames	09.12.2000	Jörg Krebs	3	NPD KV Frankfurt
Lützellinden	16.12.2000	Frank Ludwig	39	NPD/JN Sonnwendfeier
Lützellinden	21.12.2000			
Lützellinden	23.12.2000			
2001				
Dillenburg	03.03.2001			
Herborn	03.03.2001			
Ortenberg	03.03.2001		5	NPD KV Wetterau
Dillenburg	10.03.2001			
Herborn	10.03.2001			
Wetzlar	10.03.2001	Alfred Zutt	15	NPD KV Lahn-Dill
Ehringshausen	15.03.2001		100	NPD Lahn Dill/Skinheads
Dillenburg	17.03.2001			
Herborn	17.03.2001			
Ffm.-Eckenheim	14.04.2001			
Ffm.-Bonames	14.04.2001			
Frankfurt	01.05.2001	Steffen Hupka	1200	BI für deutsche Interessen
Frankfurt	19.05.2001			
Ffm.-Eckenheim	28.07.2001	Jörg Krebs	3	NPD KV Frankfurt
Ffm.-Bonames	28.07.2001			
Frankfurt	11.08.2001		5	NPD
Heuchelheim	25.08.2001	Frank Ludwig	50	NPD KV Gießen/Alsfeld
Ffm.-Preungesheim	15.09.2001	Ernst Hickisch	5	NPD KV Frankfurt
Ffm.-Eschersheim	15.09.2001	Ernst Hickisch	5	NPD KV Frankfurt
Wetzlar	15.09.2001	Thomas Hantusch	9	NPD KV Lahn-Dill
Frankfurt	06.10.2001		10	NPD
Friedberg	07.10.2001	Frank Ludwig	30	JN
Hanau/Groß-Auheim	13.10.2001	unangemeldet	30	Freie Nationalisten Rhein-Main
Frankfurt	13.10.2001	Jörg Krebs	12	NPD KV Frankfurt
Kirtorf	11.11.2001	Skinheads Kirtorf	23	Skinheads Kirtorf
Ffm.-Griesheim	17.11.2001	Jörg Krebs	7	NPD KV Frankfurt
Leun	18.11.2001	Thomas Hantusch	40	NPD Lahn-Dill
Frankfurt (4 Infostände)	08.12.2001			
Ehringshausen	09.12.2001	Thomas Hantusch	25	NPD KV Lahn-Dill
2002				
Frankfurt	06.04.2002		7	NPD KV Frankfurt
Frankfurt	06.04.2002		5	NPD KV Frankfurt
Ffm.-Nieder-Eschbach	27.04.2002	Jörg Krebs	5	NPD KV Frankfurt
Frankfurt	01.05.2002	Steffen Hupka	350	BI für deutsche Interessen
Frankfurt	04.05.2002	Christian Worch	60	Freie Nationalisten
Frankfurt	04.05.2002			
Frankfurt	01.06.2002			
Frankfurt	29.06.2002			
Ffm.-Bonames	13.07.2002		3	NPD
Frankfurt Steinweg	10.08.2002	Jörg Krebs	8	NPD KV Frankfurt
Frankfurt	16.08.2002	Jörg Krebs	3	NPD KV Frankfurt
Ffm.-Heddernheim	24.08.2002			
Ffm.-Nordweststadt	24.08.2002			
Limburg	27.08.2002		7	NPD LV Hessen
Wiesbaden	27.08.2002		25	NPD LV Hessen
Wetzlar	27.08.2002		10	NPD LV Hessen
Darmstadt	28.08.2002			
Ffm.-Römerberg	28.08.2002		11	NPD LV Hessen

Darmstadt	28.08.2002			
Offenbach	28.08.2002			
Marburg	29.08.2002		13	NPD
Wetzlar	29.08.2002			
Friedberg	29.08.2002			
Gießen	29.08.2002		13	NPD LV Hessen
Kassel	30.08.2002	Thomas Hantusch	14	NPD LV Hessen
Bad Hersfeld	30.08.2002			
Fulda	30.08.2002		20	NPD LV Hessen
Homburg/Efze	30.08.2002		14	NPD LV Hessen
Frankfurt	31.08.2002	Jörg Krebs	4	NPD KV Frankfurt
Wetzlar	14.09.2002			
Leun	17.11.2002	Ludwig Palm	14	NPD Lahn-Dill
2003				
Hanau	29.03.2003	Alexander Neidlein	150	JN Bund
Wetzlar	05.04.2003	Thomas Hantusch	10	NPD KV Lahn
Marburg	30.08.2003	Manuel Mann	11	Volkstreues Komitee f. g. Ratschläge
Amöneburg	16.11.2003	unangemeldet	18	M. Mann, NPD, Skinheads
Marburg	23.12.2003	unangemeldet	15	Aktionsbündnis Mittelhessen
2004				
Gladenbach	17.01.2004	Manuel Mann	130	Aktionsbündnis Mittelhessen
Gladenbach	21.02.2004	Frank Deisenrieder	120	Aktionsbündnis Mittelhessen
Marburg	21.02.2004	Manuel Mann	60	Aktionsbündnis Mittelhessen
Gladenbach	17.04.2004	Manuel Mann	500	Aktionsbündnis Mittelhessen
Pfm.-Niedererlenbach	23.04.2004	Klaus Sauer	60	REP KV Ffm.
Viernheim	08.05.2004			
Biblis	08.05.2004			
Lindenfels	15.05.2004		72	Kameradschaft Bergstraße
Gladenbach	17.07.2004	Manuel Mann	100	Aktionsbündnis Mittelhessen
Lautertal-Reichenbach	15.08.2004	Dominik Kleer	25	Aktionsbüro Rhein-Neckar
Hünstetten-Görsroth	28.08.2004	Matthias Gabler	40	Schwarze Division Germania
Heppenheim	28.08.2004	Dominik Kleer	75	Aktionsbüro Rhein-Neckar
Korbach	04.09.2004	Joachim Sondern	13	Freier Nationaler Club/REP
Heppenheim	03.10.2004	Dominik Kleer	100	Aktionsbüro Rhein-Neckar
Pfungstadt	03.10.2004	Manuel Mann	30	Volkstreues Komitee f. g. Ratschläge
Marburg-Cappel	23.10.2004	Manuel Mann	45	Aktionsbündnis Mittelhessen
Wetzlar	04.12.2004	Thomas Hantusch		NPD
2005				
Gladenbach	29.01.2005	Manuel Mann	27	NPD
Fritzlar	05.03.2005	Joachim Sondern	60	Bürgerbündnis Nordhessen
Zwingenberg	26.08.2005	Rodriguez-Teufer	14	BI für soziale Gerechtigkeit
Lindenfels	30.08.2005	Rodriguez-Teufer	18	BI für soziale Gerechtigkeit
Lampertheim	02.10.2005	Christian Hehl	150	BI für soziale Gerechtigkeit
Viernheim	08.10.2005	unangemeldet	13	Kameradschaft Viernheim
Hünfelden-Mensfelden	13.11.2005	unangemeldet	25	MSC28, Skinheads
2006				
Lahntal-Brungershausen	11.02.2006	Andreas Seckinger	25	Skinheads
Wiesbaden-Erbenheim	21.02.2006	Carsten Propp	30	RJ
Heppenheim	01.05.2006	Lars Käßler	400	Aktionsbüro Rhein-Neckar

"Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) und Wählergruppen

Kreisfreie Städte:

Orte	v.H.		Sitze	
	2006	2001	2006	2001
Frankfurt am Main	1,2	-	1	-

Kreisangehörige Städte und Gemeinden:

Orte	v.H.		Sitze	
	2006	2001	2006	2001
Wölfersheim	10,4	12,1	3	4
Leun	6,2	8,9	2	2
Hirzenhain	5,8	-	1	-
Ehringshausen	4,9	7,1	2	2
Kelkheim	2,6	3,0	1	1
Butzbach	2,5	-	1	-
Büdingen	1,8	-	1	-
Ober-Mörlen	1,8	-	0	-
Kefenrod	1,7	-	0	-
Gedern	1,5	-	1	-
Nidda	0,9	0,0	0	0
Altenstadt	0,8	-	0	-

Kreistagswahlen:

Landkreise	v.H.		Sitze	
	2006	2001	2006	2001
Wetterau	3,6	3,3	3	3
Lahn-Dill	2,0	1,8	2	1

Kreistagswahlen Wählergruppen:

Landkreise	v.H.		Sitze	
	2006	2001	2006	2001
Schwalm-Eder-Kreis Bürgerbündnis	1,6	-	1	-
Bad Hersfeld-Rotenburg Freideutsch	1,0	-	0	-

Mandate insgesamt			19	11
-------------------	--	--	----	----

"Die Republikaner" (REP)

Kreisfreie Städte:

Orte	v.H.		Sitze	
	2006	2001	2006	2001
Offenbach am Main	4,0	5,1	3	4
Wiesbaden	5,0	4,9	4	4
Frankfurt am Main	1,5	2,7	1	3

Kreisangehörige Städte und Gemeinden:

Orte	v.H.		Sitze	
	2006	2001	2006	2001
Stadtallendorf	7,1	9,1	3	3
Haiger	7,7	9,0	3	3
Brachtal	4,7	8,7	1	2
Neustadt	6,1	8,5	1	2
Hanau	6,6	7,0	4	4
Dillenburg	4,5	5,9	2	3
Dietzenbach	2,8	5,3	1	2
Maintal	3,3	4,0	2	2
Bad Homburg v.d.H.	2,3	3,5	1	2
Korbach	3,3	3,4	1	1
Fulda	2,0	2,9	1	2
Wehrheim	2,0	2,8	1	1
Friedrichsdorf	1,9	2,3	1	1
Eltville	4,1	-	1	-

Kreistagswahlen:

Landkreise	v.H.		Sitze	
	2006	2001	2006	2001
Main-Kinzig-Kreis	4,0	5,0	3	5
Waldeck-Frankenberg	2,3	3,8	2	3
Marburg-Biedenkopf	2,5	3,7	2	3
Odenwald-Kreis	3,3	3,5	2	2
Vogelsberg-Kreis	2,4	3,0	1	2
Hochtaunus-Kreis	2,0	2,9	1	2
Rheingau-Taunus-Kreis	2,7	2,7	2	2
Lahn-Dill-Kreis	1,3	2,7	1	2
Fulda	2,2	2,7	2	2
Main-Taunus-Kreis	1,7	2,6	1	2
Limburg-Weilburg	1,9	2,3	1	2
Bergstraße	3,2	-	3	-

Mandate insgesamt			52	66
--------------------------	--	--	-----------	-----------

Nach vorliegenden Erkenntnissen fanden die nachfolgenden aufgelisteten rechtsextremistischen Musikveranstaltungen in den letzten Jahren in Hessen statt:

	Datum	Art der VA	Auftritt von Bands/Sänger	VA-Ort
1	29.06.1996	Skinheadkonzert	Auftritt von 2 Bands - Näheres nicht bekannt	Brandobendorf
2	07.09.1996	CD-Musikabend	Musik von CD abgespielt - kein Auftritt von Bands	Usingen-Wernborn
3	26.07.1997	Skinheadtreffen	Näheres nicht bekannt	Hanau-Steinheim
4	11.10.1997	Geburtstagsfeier/Skinheadkonzert	Auftritt von 2 Bands - Näheres nicht bekannt	Dornburg-Thalheim
5	03.04.1998	CD-Musikabend	Musik von CD abgespielt - kein Auftritt von Bands	Braunfels
6	27.06.1998	Skinhead-Kameradschaftstreffen	Musik von CD abgespielt - kein Auftritt von Bands	Dillenburg-Oberscheld
7	24.-26.07.1998	Skinheadtreffen	Näheres nicht bekannt	Hanau-Steinheim
8	28.11.1998	Liederabend	Frank Rennicke	Wiesbaden-Dotzheim
9	24.04.1999	Geburtstagsfeier/Skinheadkonzert	Näheres nicht bekannt	Lich-Langsdorf
10	07.07.1999	NPD-Stammtisch	Frank Rennicke	Wölfersheim-Wohnbach
11	23.-25.07.1999	Skinheadkonzert/Musikabend	Kein Auftritt von Bands	Hanau-Steinheim
12	24.07.1999	Skinheadkonzert	Celtic Warriors	Dornburg-Frickhofen
13	30.07.1999	Böhse-Onkelz-Party	Kein Auftritt von Bands	Wetter-Warzenbach
14	07.08.1999	Geburtstagsfeier	Hate Society	Guxhagen
15	24.09.1999	REP-Veranstaltung	Frank Rennicke	Biblis
16	11.12.1999	Veranstaltung von Rechtsextremisten	Kein Auftritt von Bands	Hainburg, OT KleinKrotzenburg
17	08.03.2000	Skinheadkonzert	Leitwolf	Ehringshausen
18	06.05.2000	Skinheadkonzert	Böhse Onkelz	Frankfurt am Main
19	26.05.2000	Skinheadkonzert	Hauptkampflinie	Vellmar
20	03.06.2000	Skinheadkonzert	War Lords, Noie Werte, Ultima Ratio	Freiensteinau-Radmühl
21	22.07.2000	Skinheadkonzert	Oidoxie, Weiße Wölfe, Reinheitsgebot	Veranstaltungsort nicht bekannt
22	03.03.2001	Skinheadkonzert	Böhse Onkelz	Frankfurt am Main
23	07.04.2001	Skinheadkonzert	Hauptkampflinie	Schwarzenborn
24	01.-03.06.2001	Skinhead-Party	Musik von CD abgespielt - kein Auftritt von Bands	Hanau - Langenselbold
25	29.06.2001	Feier/Skinheadtreffen	Kein Auftritt von Bands	Moisheid
26	11.08.2001	Geburtstagsfeier	Morrigan	Geilshausen / Rabenau
27	31.03.2002	Geburtstagsfeier/Skinheadkonzert	Kategorie C	Kirtorf
28	24./25.08.2002	Geburtstagsfeier	Auftritt einer Musikgruppe - Näheres nicht bekannt	Rodgau-Dudenhofen
29	09.10.2002	Skinheadkonzert	Auftritt von 5 Mitgliedern amerikanischer Bands	Kirtorf
30	09.11.2002	Geburtstagsfeier/Grillfest	Garde 18, Totenburg, Selection, Gegenschlag	Neuenstein-Raboldshausen
31	06.09.2003	Skinheadkonzert	Gegenschlag, Rassenhass, Rachezug	Kirtorf
32	01.11.2003	Geburtstagsfeier/Skinheadkonzert	Rachezug	Büdingen
33	29.11.2003	Veranstaltung von Rechtsextremisten	Auftritt von 1 Band - Näheres nicht bekannt	Kelkheim
34	20.03.2004	Skinheadkonzert/Einweihungsparty	Gegenschlag, Rachezug, Agitator	Kirtorf
35	10.04.2004	Skinheadkonzert	Rachezug, Gegenschlag, Nordglanz	Wehrheim-Friedrichsthal
36	17.04.2004	Geburtstagsfeier/Skinheadkonzert	Semtex	Nidderau-Heldenbergen
37	12.06.2004	Geburtstagsfeier/Skinheadkonzert	Näheres nicht bekannt	Kirchhain OT Großseelheim
38	03.07.2004	Skinheadkonzert	Absurd, Aryan Rebels, Garde 18	Kirtorf
39	09.10.2004	Musik-Veranstaltung/Skinheadkonzert	Haftbefehl	Oberaula
40	03.12.2004	Skinheadkonzert	Haftbefehl, Nordglanz, HKL, White Unity	Lohra OT Damm
41	25.02.2005	Balladenabend	Auftritt von 4 Künstlern - Näheres nicht bekannt	Frankfurt-Rödelheim
42	19.03.2005	Skinheadkonzert	Haftbefehl, Nordglanz	Groß-Umstadt OT Richen
43	05.11.2005	Party mit Musikdarbietung/ Skinheadkonzert	Auftritt v. Bands - Näheres nicht bekannt	Rimbach OT Mitlechtern
44	11.11.2005	Skinheadkonzert	Julemond, Royal Hatred	Felsberg
45	19.11.2005	Skinheadkonzert	Auftritt von Edei von Kraftschlag, N. B., Timmy von Störmanöver	Südhessischer Raum
46	03.12.2005	Skinheadkonzert	Störmanöver	Heppenheim
47	07.01.2006	Skinheadkonzert	Blitzkrieg, Breakdown, Eternal Bleeding, Gigi und die braunen Stadtmusikanten	Griesheim
48	28.01.2006	Geburtstagsfeier	Kein Auftritt von Bands	Kirtorf

Nach Erkenntniszulieferung der Polizeipräsidien waren die nachfolgenden Musikveranstaltungen als "Privatveranstaltungen" angemeldet:

	Datum	VA-Ort	Sachverhalt
01	24.04.1999	Lich-Langsdorf	Die Räumlichkeiten wurden für eine private Geburtstagsfeier angemietet. Nach polizeilicher Überprüfung handelte es sich um ein Skinheadkonzert.
02	14.08.1999	Wohratal OT Wohra	Die Räumlichkeiten wurden für ein Klassentreffen angemietet. Nach Intervention durch die Polizei wurde von dem Vertrag zurückgetreten, da es sich um ein Skinheadkonzert handeln sollte. Die Veranstaltung fand nicht statt.
03	01.11.2003	Büdingen	Die Räumlichkeiten sollten für eine Geburtstagsfeier genutzt werden. Im Rahmen der polizeilichen Maßnahmen wurde festgestellt, dass eine Skinhead-Band auftreten soll. Daraufhin wurde eine Verbotserfügung ausgesprochen. Diese wurde durch die Polizei durchgesetzt und die Veranstaltung beendet.
04	20.03.2004	Kirtorf	Die Räumlichkeiten sollten für eine Einweihungsfeier genutzt werden. Nach polizeilicher Überprüfung handelte es sich um ein Skinheadkonzert.
05	10.04.2004	Wehrheim OT Friedrichsthal	Die Räumlichkeiten wurden für eine private Geburtstagsfeier angemietet. Nach polizeilicher Überprüfung handelte es sich um ein Skinheadkonzert.
06	12.06.2004	Kirchhain OT Großseelheim	Die Räumlichkeiten wurden für eine Geburtstagsfeier angemietet. Nach polizeilicher Überprüfung handelte es sich um ein Skinheadkonzert.
07	03.07.2004	Kirtorf	In dem Anwesen eines Rechtsextremisten aus Kirtorf wurde eine Geburtstagsfeier angekündigt. Nach polizeilicher Überprüfung handelte es sich jedoch um ein Skinheadkonzert.
08	04.10.2004	Wehrheim OT Friedrichsthal	Die Räumlichkeiten wurden für eine Geburtstagsfeier angemietet. Durch Voraufklärung wurde bekannt, dass es sich um ein Skinheadkonzert handeln sollte. Daraufhin wurde die Nutzung der Räumlichkeiten untersagt und die Veranstaltung abgesagt.
09	09.10.2004	Oberaula	Die Räumlichkeiten wurden für eine Verlobungsfeier angemietet. Nach polizeilicher Überprüfung handelte es sich um ein Skinheadkonzert.
10	03.12.2004	Lohra OT Damm	Die Räumlichkeiten wurden für eine Familienfeier angemietet. Im Zuge polizeilicher Ermittlungen in anderer Sache wurde bekannt, dass es sich um eine Skinhead-Musikveranstaltung gehandelt hat.
11	16.02.2005	Knüllwald/Rengshausen	Die Räumlichkeiten wurden für eine private Geburtstagsfeier angemietet. Nachdem bekannt wurde, dass die Anmieter zur rechten Szene gehören und es sich vermutlich um ein Skinheadkonzert handeln könnte, wurde der Mietvertrag annulliert und die Veranstaltung fand nicht statt.
12	25.02.2005	Frankfurt am Main OT Rödelheim	Die Räumlichkeiten wurden für eine private Feier angemietet. Nach polizeilicher Überprüfung handelte es sich um einen Liederabend der rechtsextremistischen Szene.
13	19.03.2005	Groß-Umstadt OT Richen	Die Anmietung der Halle erfolgte ursprünglich für eine Weihnachtsfeier und war für Dezember 2004 geplant. Der Termin wurde jedoch vom Vermieter verschoben und stellte sich nach polizeilicher Überprüfung als Skinheadkonzert heraus.
14	05.11.2005	Rimbach OT Mitlechtern	Die Räumlichkeiten wurden für eine Verlobungsfeier angemeldet. Nach polizeilicher Überprüfung handelte es sich um ein Skinheadkonzert.
15	11.11.2005	Felsberg-Heßlar	Die Räumlichkeiten wurden für eine Geburtstagsfeier angemietet. Nach polizeilicher Überprüfung handelte es sich um ein Skinheadkonzert.
16	03.12.2005	Heppenheim	Die Räumlichkeiten wurden für eine Weihnachtsfeier angemietet. Im Nachhinein stellte sich die Veranstaltung als Skinheadkonzert dar.
17	07.01.2006	Griesheim	Die Räumlichkeiten wurden für eine private Geburtstagsfeier angemietet. Nach polizeilicher Überprüfung handelte es sich um ein Skinheadkonzert.

Tabelle

Wie viele Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten wurden wegen welcher Straftaten eingeleitet und wieviel dieser Ermittlungsverfahren betrafen fremdenfeindliche Straftaten?

Zeitraum	Ermittlungsverfahren eingeleitet wegen §§..... StGB								insgesamt	
	86, 86 a	125, 125a	130, 131	211, 212	223ff.	306ff	antisem. Bestrebungen, Grabchänd. usw	Sonstige Delikte		davon*
1992	277**	11**	214**	9**	24**	18**	15**	213**	861	501
1993	499	15	376	2	35	19	45	385	1.376	669
1994	383	3	130	0	19	5	31	144	715	220
1995	325	3	70	0	7	4	8	65	482	100
1996	262	2	93	0	6	1	4	54	422	104
1997	982	14	360	0	59	2	1	230	1.648	409
1998	822	5	345	2	19	0	3	105	1.301	182
1999	578	4	233	0	25	4	14	114	972	204
2000	982	14	360	0	59	2	1	230	1.648	409
2001	1.138	2	261	1	53	3	2	213	1.673	331
2002	941	0	243	0	15	1	5	77	1.282	174
2003	1.006	4	444	1	28	1	2	182	1.668	398
2004	905	4	497	2	21	0	2	192	1.623	313
2005	773	3	366	0	29	0	2	120	1.293	249

* Straftaten gegen Ausländer

** ohne Ergebnisse der Staatsanwaltschaft Kassel

Anlage 6

Wegen der Verurteilungen, die nicht nach Straftaten aufgeschlüsselt erfasst werden, ergibt sich für den Zeitraum seit 1992 folgendes Bild:

Jahr	Verurteilungen zu Jugend- oder Freiheitsstrafe						
	bis 6 Monate		6 Mon. bis 1 Jahr		1 bis 2 Jahre		mehr als 2 Jahre
	insgesamt	dar. Bewährung	insgesamt	dar. Bewährung	insgesamt	dar. Bewährung	
1992	2	1	4	4	2	1	1
1993	10	6	15	13	4	1	5
1994	3	1	2	2	4	2	0
1995	3	2	2	2	0	0	0
1996	2	1	7	3	1	1	1
1997	2	2	0	0	0	0	0
1998	8	3	2	2	0	0	0
1999	9	5	4	4	0	0	0
2000	3	3	3	2	1	1	1
2001	6	5	3	3	3	1	0
2002	5	4	7	6	1	1	0
2003	5	3	5	3	0	0	0
2004	8	7	8	7	2	1	0
2005	2	2	2	1	2	0	0

Anlage 7

Jahr	Einstellung			
	nach § 170 II StPO		nach §§ 153 ff StPO	nach §§ 45, 57 JGG
	insgesamt	Täter nicht ermittelt		
1992	759	558	7	3
1993	1648	781	23	9
1994	737	430	24	12
1995	482	278	10	12
1996	416	231	20	12
1997	527	377	33	21
1998	741	518	91	16
1999	536	472	45	20
2000	711	679	74	53
2001	882	225	92	44
2002	766	393	76	28
2003	919	382	69	13
2004	864	372	106	31
2005	716	422	66	28

Bildungsgang Hauptschule:

Fach	Jahrgang	Stundenzahl	Thema	Unterthemen
Geschichte	9	20	Der Nationalsozialismus - Verführung zur Gewalt	<ul style="list-style-type: none"> Wie ergreift Gewalt die Macht? Juden und andere Minderheiten Eskalation der Gewalt Vorgesehen ist hier auch der Besuch von Gedenkstätten
Politik und Wirtschaft	8	10	Die Jugend im Rechtsstaat	<u>Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben</u> <ul style="list-style-type: none"> Entwicklung von Rechten und Pflichten mit zunehmendem Alter (Kind - Jugendlicher - Erwachsener) Jugendkriminalität (Jugendliche kommen mit dem Gesetz in Konflikt) Jugendstrafrecht (erzieherische Maßnahmen, Strafe und Resozialisierung) Betreuungsangebote: Präventive und begleitende Maßnahmen bei Jugendlichen <u>Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben</u> <ul style="list-style-type: none"> Täterumfeld: Schule, Familie, peer-groups, Medien Suchtgefährdung Beschaffungskriminalität Rechtsradikalismus Sekten
Politik und Wirtschaft	8	8	Die politische Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland	<u>Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben</u> <ul style="list-style-type: none"> Gründung der Bundesrepublik als demokratischer Staat 1949 Die repräsentative Demokratie (demokratisch gewählte Abgeordnete vertreten die Bürger im Parlament) Gewaltenteilung (gegenseitige Kontrolle der Teilgewalten verhindert eine Diktatur) Grundrechte (Verankerung der Grund- und Menschenrechte in der Verfassung) Verfassungsorgane sichern den Bestand der Bundesrepublik als demokratischer und sozialer Rechtsstaat
	10	12	Extremismus und Gewalt	<u>Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben</u> <ul style="list-style-type: none"> Gewalt in der politischen Auseinandersetzung (Formen, Ursachen und Folgen politisch motivierter Gewalttaten) Extremistische Parteien und Organisationen Jugendliche in extremistischen Gruppierungen (Was macht extremistische Organisationen für Jugendliche attraktiv?) Wie kann Jugendlichen beim Ausstieg aus extremistischen Gruppierungen geholfen werden? Opfer extremistische Gewalt
Ev. Rel.	9	12	Vorbilder und die Suche nach Orientierung	<ul style="list-style-type: none"> Dietrich Bonhoeffer und Andere
Kath. Rel.	10	12	Juden und Christen - Eine leidvolle Geschichte	<ul style="list-style-type: none"> Spuren für ein gelungenes und misslungenes Zusammenleben von Juden und Christen Wachsamkeit erzeugen gegenüber neuem Antisemitismus Fakultativ: Anpassung und Widerstand - Kirche im Dritten Reich
Ethik	7		Meine Freiheit ist die Freiheit des anderen	Zivilcourage
	10		Gewissen und Verantwortung	<ul style="list-style-type: none"> Schwerpunkt Überzeugungstäter (SS, SA) Fakultativ: Rechtbeugung im Unrechtssystem

Bildungsgang Realschule:

Fach	Jahrgang	Stundenzahl	Thema	Unterthemen
Geschichte	10	22	Der Nationalsozialismus - Verführung zur Gewalt	<ul style="list-style-type: none"> Wie ergreift Gewalt die Macht? Juden und andere Minderheiten Eskalation der Gewalt Vorgesehen ist hier auch der Besuch von Gedenkstätten
Politik und Wirtschaft	9	8	Jugend in der Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> Jugend und Politik/Politikverdrossenheit Rechtsextremismus Umgang mit sozialen Gruppen/Minderheiten Jugendkultur/Freizeit und Konsum Jugendliche und Clique Jugendkriminalität und Resozialisierung
	10	8	Friedenssicherung	<ul style="list-style-type: none"> u. a.: Menschenrechte Gewalt im Alltag - Ursachen von Aggressionen
Ev. Rel.	10	16	Die Kirche in der Neuzeit	<ul style="list-style-type: none"> Anpassung im Nationalsozialismus Verrat an Arbeitern und Juden Widerstand im Dritten Reich
Kath. Rel.	10	12	Juden und Christen - Eine leidvolle Geschichte	<ul style="list-style-type: none"> Spuren für ein gelungenes und misslungenes Zusammenleben von Juden und Christen

				<ul style="list-style-type: none"> Wachsamkeit erzeugen gegenüber neuem Antisemitismus Fakultativ: Anpassung und Widerstand - Kirche im Dritten Reich
Ethik	Vgl. Lehrplan für die Hauptschule			

Bildungsgang Gymnasium:

Fach	Jahrgang	Stundenzahl	Thema	Unterthema
Geschichte			"Lernen aus der Geschichte", Schülerprojekte zum Thema Nationalsozialismus und Holocaust in Schule und Jugendarbeit, entwickelt in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut, Internetportale, Virtual Library Geschichte, "IT-Lehrplan Geschichte", Anregungen zum Besuch von Gedenkstätten	
	10/9 G	16	Nationalsozialismus und 2. Weltkrieg	
	10	11	Weimarer Republik. Demokratie ohne Demokraten? - Weltwirtschaftskrise, Weg in die Diktatur	Präsidialsystem und Aufstieg der NSDAP; Bürgertum und Nationalsozialismus;
	12/2 - 11 G/2	Halbjahres-thema	Modernität und Antimodernität in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus	
Politik und Wirtschaft	7	14	Jugend in der modernen Gesellschaft	Gruppendruck und Selbstbestimmung, Rollenerwartungen, Normen, Sanktionen; Umgang mit Minderheiten und Randgruppen, Fremdenfeindlichkeit; Subkulturen
	10	18	Parlamentarische Demokratie und politisches System	Meinungsbildung, Entscheidungsfindung und Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie; Wahlkampf, Wahlsystem; Aufgaben, Stellung und innere Struktur der Parteien; Mehrheitsbildung; Grund- und Menschenrechte; Volkssouveränität, Gewaltenteilung, demokratischer und sozialer Rechtsstaat; "wehrhafte Demokratie"
	10	18	Internationale Zusammenarbeit und Friedenssicherung	
Ev.Rel.	7 6 G	12	Judentum - nicht du trägst die Wurzel, die Wurzel trägt dich (Holocaust). Judentum	Auseinandersetzung und Begegnung zwischen Juden und Christen. Das jüdische Denken als ein Beitrag zur Entwicklung des menschlichen Geistes. Der Holocaust und das Lernen aus dem Holocaust. Juden heute in Deutschland und in Israel.
	9	12	Scheitern, Schuld, Vergebung - Jenseits von Eden - kollektive Schuld und Vergebung (Holocaust)	
	10 9 G	12	Kirche in der Neuzeit - Der Wunsch nach Einheit wächst	<ul style="list-style-type: none"> Versagen, Anpassung im Nationalsozialismus, Verrat an Arbeitern und Juden) Kirche und Herausforderung in der Neuzeit
	12/2 11 G/2	36	Als Mensch handeln	Christ sein im Nationalsozialismus
	13/2 12 G/2	24	Als Christ leben	Christ sein und Kirche im Wandel der Zeit; Kirche im Nationalsozialismus
Kath.Rel.	9/8 G	12	Darf man alles, was man kann	
	10	12	Juden und Christen - eine leidvolle Geschichte Geschwister im Glauben	
	13	43/24	Die Frage nach dem Menschen und seine Verantwortung	
Ethik	9	12	Freiheit bedeutet Selbstbestimmung aller Menschen unter dem Anspruch der Vernunft	<ul style="list-style-type: none"> Die Würde bedingt die Grundannahme der Freiheit (die Verankerung dieser Thesen in allgemeinen Rechtsprinzipien und Verfassungsdokumenten) Macht als aus Freiheit zugestandene und begrenzte Verfügungsgewalt über andere Macht als erzwungene Verfügungsgewalt, als "Recht des Stärkeren" (Formen des Machtmissbrauchs / der Machtkontrolle)
	10	13	Ethische Identität und Verantwortung	
	9	14	Würde des Menschen	Sicherung der Einlösung der Menschenrechte Projekt: Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus
	10	14	Menschenbilder	Der Mensch als soziales Wesen; Menschenbild des Nationalsozialismus
	12	36	Menschenbilder in Philosophie und Wissenschaft	
Kunst	12 - 11 G	18	Sprache der Bilder - Wirkung von Bildmedien in der Gesellschaft (Stalinismus - Nationalsozialismus)	

Neben den konkreten Fundstellen im Lehrplan werden über die "Querverweise" in den Jahrgangstableaus Hinweise zu Fächern verbindenden/fachübergreifenden Projekten gemacht.